

32. Sitzung

Mittwoch, den 06.10.2010

Erfurt, Plenarsaal

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Diezel, Präsidentin	2659
Fiedler, CDU	2660
Ramelow, DIE LINKE	2661

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Aktuelle Fragen der Thüringer Wirtschaftspolitik - 20 Jahre nach der deutschen Einheit“ 2661

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/1501 -

Barth, FDP	2661, 2670, 2671
Lemb, SPD	2662
Hausold, DIE LINKE	2663
Heym, CDU	2664, 2665
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2666, 2672
Ramelow, DIE LINKE	2667
Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	2668, 2671

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Keine Abschiebung von Roma-Familien aus Thüringen“ 2673

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 5/1522 -

Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2673, 2674

Holbe, CDU

2674

Bergner, FDP

2675

Kanis, SPD

2676, 2677

Berninger, DIE LINKE

2677, 2678,

2679

Prof. Dr. Huber, Innenminister

2678

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Auswirkungen des Fehlens der Rechtsverordnungen auf die Umsetzung des Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes“

2680

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 5/1525 -

Jung, DIE LINKE

2680, 2681,

2688

Kowalleck, CDU

2681

Hitzing, FDP

2682

Pelke, SPD

2683

Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2684

Prof. Dr. Merten, Staatssekretär

2685, 2688

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „16. Shell-Jugendstudie - Auswertung mit Blick auf die junge Generation Thüringens“

2689

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 5/1548 -

Meißner, CDU

2689, 2690,

2694

König, DIE LINKE

2690

Metz, SPD

2691

Siegismund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2692

Koppe, FDP

2693

Dr. Schubert, Staatssekretär

2694

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Wintersport- und Tourismuszentrum Oberhof“

2695

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 5/1586 -

Aussprache

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie

2696, 2703

Heym, CDU

2697, 2698

Recknagel, FDP	2699
Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2699
Korschewsky, DIE LINKE	2701, 2704
Höhn, SPD	2702
Untermann, FDP	2705

**Ernennung und Vereidigung
der Mitglieder und stellvertre-
tenden Mitglieder des Thürin-
ger Verfassungsgerichtshofs** 2705

Die in der 22. Plenarsitzung am 28. Mai 2010 gewählten Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Thüringer Verfassungsgerichtshofs Herr Eckart, Peters, Herr Dr. Hartmut Schwan, Frau Elke Heßelmann, Herr Thomas Schneider, Herr Prof. Dr. Christoph Ohler, LL.M., Herr Prof. Dr. Walter Bayer, Herr Prof. Dr. Matthias Ruffert, Frau Dr. Iris Martin-Gehl, Herr Michael Menzel, Frau Petra Pollak und Frau Brigitte Baki erhalten die von der Landtagspräsidentin unterzeichneten Ernennungsurkunden und leisten den gemäß § 5 des Thüringer Verfassungsgerichtshofsgesetzes vorgeschriebenen Eid.

Fragestunde 2707

a) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Schubert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 2707
Bau von Grünbrücken aus Konjunkturmitteln
- Drucksache 5/1481 -

wird von Abgeordneten Dr. Augsten vorgetragen und von Staatssekretärin Dr. Eich-Born beantwortet. Zusatzfragen.

Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2707, 2708
Dr. Eich-Born, Staatssekretärin	2707, 2708, 2708
Kuschel, DIE LINKE	2708

b) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Lukin (DIE LINKE) 2708
Investitionen des Freistaats Thüringen in die ICE-Neubaustrecke
- Drucksache 5/1505 -

wird von Staatssekretärin Dr. Eich-Born beantwortet. Zusatzfrage.

Dr. Lukin, DIE LINKE	2708, 2709
Dr. Eich-Born, Staatssekretärin	2709, 2709

c) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Korschewsky (DIE LINKE) 2710
Weitere Entwicklung des Wintersportzentrums Oberhof
- Drucksache 5/1509 -

wird von Staatssekretär Dr. Schubert beantwortet. Zusatzfragen.

Korschewsky, DIE LINKE	2710, 2711, 2711
Dr. Schubert, Staatssekretär	2710, 2711, 2711, 2711
Leukefeld, DIE LINKE	2711

- d) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten König (DIE LINKE) 2711**
Fortführung der KZ-Gedenkstätte Außenlager „Laura“ fraglich
 - Drucksache 5/1510 -
- wird von Staatssekretär Prof. Dr. Deufel beantwortet. Zusatzfragen.*
- König, DIE LINKE 2711, 2713
 Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär 2712, 2713,
 2713
 Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2713
- e) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Leukefeld (DIE LINKE) 2713**
Steuerfahndung in Thüringen
 - Drucksache 5/1516 -
- wird von Staatssekretär Dr. Spaeth beantwortet. Zusatzfragen.*
- Leukefeld, DIE LINKE 2713, 2714
 Dr. Spaeth, Staatssekretär 2713, 2714,
 2714
 Kuschel, DIE LINKE 2714
- f) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Bärwolff (DIE LINKE) 2715**
Kürzung des Elterngeldes für Hartz-IV-Empfänger - Auswirkungen auf Thüringen
 - Drucksache 5/1517 -
- wird von Staatssekretär Dr. Schubert beantwortet. Zusatzfragen.*
- Bärwolff, DIE LINKE 2715
 Dr. Schubert, Staatssekretär 2715, 2716,
 2716
 Blechschmidt, DIE LINKE 2716
 Kuschel, DIE LINKE 2716
- g) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Bergner (FDP) 2716**
Anhörung der Verbände und Interessenvereinigungen zum Vergabe- und Mittelstandsförderungsgesetz
 - Drucksache 5/1519 -
- wird von Staatssekretär Staschewski beantwortet. Zusatzfragen.*
- Bergner, FDP 2716, 2717,
 2717, 2717, 2717, 2717
 Staschewski, Staatssekretär 2716, 2717,
 2717, 2717, 2717, 2717, 2718
 Kuschel, DIE LINKE 2717
 Recknagel, FDP 2718
- h) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Blechschmidt (DIE LINKE) 2718**
Änderungsgesetz der Landesregierung zum Thüringer Ministergesetz - Wie weiter?
 - Drucksache 5/1520 -
- wird von Minister Dr. Schöning beantwortet. Zusatzfragen.*
- Blechschmidt, DIE LINKE 2718, 2719
 Dr. Schöning, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei 2718, 2719,
 2719, 2719
 Kuschel, DIE LINKE 2719, 2719

- i) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Untermann (FDP)** 2719
Bauverzögerung beim Jagdbergtunnel bei Jena
- Drucksache 5/1545 -

wird von Staatssekretärin Dr. Eich-Born beantwortet. Zusatzfragen.

Untermann, FDP	2719, 2719, 2720
Dr. Eich-Born, Staatssekretärin	2719, 2720, 2720, 2720, 2720, 2720
Bergner, FDP	2720, 2720, 2720

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bergemann, Diezel, Emde, Fiedler, Grob, Günther, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Krauße, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Mohring, Scherer, Schröter, Tasch, Dr. Voigt, Walsmann, Worm, Wucherpfennig, Dr. Zeh

Fraktion DIE LINKE:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Enders, Hauboldt, Hausold, Hellmann, Hennig, Huster, Jung, Keller, Dr. Klaubert, König, Korschewsky, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Dr. Lukin, Ramelow, Renner, Sedlacik, Sojka, Stange, Wolf

Fraktion der SPD:

Baumann, Döring, Doht, Eckardt, Gentzel, Dr. Hartung, Hey, Höhn, Kanis, Künast, Lemb, Marx, Matschie, Metz, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Taubert, Weber

Fraktion der FDP:

Barth, Bergner, Hitzing, Koppe, Recknagel, Untermann

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Dr. Augsten, Meyer, Rothe-Beinlich, Schubert, Siegesmund

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsidentin Lieberknecht, die Minister Prof. Dr. Huber, Machnig, Matschie, Dr. Poppenhäger, Dr. Schöning, Taubert, Walsmann

Beginn: 14.02 Uhr

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie zur heutigen Sitzung des Thüringer Landtags willkommen, die ich hiermit eröffne. Ich begrüße die Gäste auf der Zuschauertribüne und die Vertreterinnen und Vertreter der Medien. Weiterhin begrüße ich zum ersten Mal hier in ihrer neuen Funktion im Thüringer Landtag die Ausländerbeauftragte Frau Petra Heß und den Beauftragten für das Zusammenleben der Generationen Herrn Michael Panse. Herzlich willkommen.

(Beifall im Hause)

Als Schriftführer hat neben mir Platz genommen der Abgeordnete Metz, die Rednerliste führt der Abgeordnete Meyer.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt der Abgeordnete Kemmerich, der Abgeordnete von der Krone, der Abgeordnete Primas, der Minister Carius, der Minister Reinholz, der Abgeordnete Wetzel und die Frau Abgeordnete Dr. Kaschuba.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, verehrte Gäste, am vergangenen Sonntag haben wir 20 Jahre deutsche Einheit gefeiert. Überall im Land wurde dieser Tag feierlich begangen. Gestatten Sie mir zu Beginn dieser Sitzung einige Worte aus Anlass dieses Datums.

Die historischen Ereignisse vom Herbst 1989 und die erste gelungene Revolution der deutschen Geschichte wirken durch ihre Begeisterung und Euphorie der Menschen bis auf den heutigen Tag nach. Es ist daher erfreulich, dass wir in diesen Tagen dank vieler Ausstellungen und Dokumentationen im ganzen Land Gelegenheit haben, die vielschichtigen und vor allem die weitreichenden Ereignisse von vor 20 Jahren zu rekapitulieren. Bei uns im Landtag ist die Ausstellung von HAP Grieshaber, die Ausstellung des Landesamtes für Geodäsie und die Ausstellung der Stiftung für Aufarbeitung zu sehen. Dies ist ein Erinnerung, das eine ehrliche Bestandsaufnahme möglich macht. Wir können aufnehmen in den Bestand vieles Geglückte, aber auch noch viel Entwicklungsbedarf. So kann Erinnerung Orientierung werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Programm und der Leitspruch der friedlichen Revolution von 1989 sollten und mussten ihren Niederschlag in der am 18. März 1990 freigewählten politischen Vertretung der Bürgerinnen und Bürger finden. Das Votum, das der Souverän der freigewählten Volkskammer aufgetragen hatte, war so eindeutig wie einzigartig. Bis auf den heutigen Tag erscheint es beinahe wie ein Wunder, dass es den Abgeordneten der Volkskammer in jenen 199 Tagen gelungen ist, eine Arbeit für Jahrzehnte zu leisten. Es waren drei große Staatsverträge und über

150 Gesetze, die zu beraten und zu verabschieden waren. Die Abgeordneten Wolfgang Fiedler und Siegfried Wetzel waren aus unseren Reihen dabei und können dies bestätigen. Ich möchte von diesem Pult aus beiden Abgeordneten herzlich danken.

(Beifall im Hause)

In einem schmalen Fenster der Geschichte zwischen Oktober 1989 und Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung Wirklichkeit. Innerhalb dieses einzigartig historischen Zeitfensters haben viele politische Akteure diesseits und jenseits der Grenze dazu beigetragen, den Wiedervereinigungsprozess unumkehrbar zu machen. Dass die Volkskammer einen großen Beitrag zur Wiedervereinigung leistete, ist ihr historischer Verdienst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Thüringen hat im 20. Jahrhundert einen weiten und schweren Weg bis zum Sieg der parlamentarischen Demokratie zurücklegen müssen. Im Jahr 1920 - vor 90 Jahren - hat diese Geschichte mit der Gründung des Landes Thüringen begonnen. Doch erst 1990 sollte die parlamentarische Demokratie endgültig festen Fuß fassen.

Vor 20 Jahren begann ein neues Zeitalter für unser Land. Zu Recht ist dieser Tag seither ein hoher staatlicher Feiertag und für viele ein privater Freudentag. Die neuen Länder bildeten sich und wurden ein wichtiger Identitätsanker für die Menschen.

Am 25. Oktober werden wir 20 Jahre Thüringer Landtag feiern. Wenn wir heute, im Jahr 2010, auf fast 20 Jahre Freistaat Thüringen zurückblicken, so dürfen wir berechtigt stolz sein. Unser Land ist politisch gefestigt, Demokratie und Rechtsstaat erfreuen sich großer Zustimmung in der Bevölkerung. Dies zeigen nicht allein die vielen Projekte der jungen Menschen in unseren Schulen gerade jetzt in den Tagen um den 3. Oktober. Zugleich genießen die Menschen, dass Thüringen wieder ein vielversprechender Standort von Kunst, Wissenschaft und Hochtechnologie ist. In den letzten 20 Jahren ist in Thüringen und in anderen neuen Ländern ungeheuer viel geschehen in Infrastruktur, in Städtebau, in der Wirtschaftsförderung und im Bereich der Telekommunikation. Wir sind stolz darauf, dass unser Freistaat zu den erfolgreichsten der neuen Bundesländer gehört und dass wir uns durchaus in vielen Bereichen mit den alten Ländern und mit Ländern in Europa und der ganzen Welt messen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz dieser großen Fortschritte, die in den letzten 20 Jahren erreicht wurden, bleibt die Vollendung der inneren Einheit eine Zukunftsaufgabe, der wir uns alle weiterhin stellen müssen. Wir müssen die Sorgen und Ängste der Menschen ernst nehmen. Wir müssen in Thüringen und in ganz Deutschland Reformen konsequent angehen. Die Menschen in Thüringen

(Präsidentin Diezel)

haben vor 20 Jahren und in den 20 Jahren ihre Reformfähigkeit und ihre Reformfreude bewiesen. Das sollte uns Abgeordneten allen Mut machen, um zuversichtlich in die letzten und die nächsten Jahre zu gehen. Halten wir es mit dem Dichter Max Frisch: „Demokratie ist, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen.“ Lassen Sie uns das tun und ganz kräftig in den nächsten drei Tagen. Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen und gestatten Sie mir nun einige allgemeine Hinweise für unsere Plenarsitzung in den nächsten drei Tagen.

Im Anschluss an unsere heutige Plenarsitzung findet der Empfang anlässlich der Verabschiedung des ehemaligen Präsidenten des Thüringer Verfassungsgerichtshofs Herrn Harald Graef und der Einführung des neuen Präsidenten und der neuen Verfassungsrichter statt. Eine Einladung ist Ihnen allen zugegangen.

Der Thüringer Volkshochschulverband hat morgen einen parlamentarischen Abend angekündigt und er lädt Sie dazu recht herzlich ein.

Im Foyer des Funktionsgebäudes präsentiert sich morgen das Frauenzentrum der Landesarbeitsgemeinschaft Frauenzentren in Thüringen.

Für den Redakteur Andreas Kieselbach, Online-Redaktion, hat der Ältestenrat gemäß § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung eine Dauergenehmigung für Bild- und Tonaufnahmen erteilt.

Folgende allgemeine Hinweise zur Tagesordnung:

Die Fraktionen sind im Ältestenrat übereingekommen, die morgige Plenarsitzung mit dem Tagesordnungspunkt 8, der Haushaltsberatung, zu beginnen, den Tagesordnungspunkt 11 am Freitag als ersten Tagesordnungspunkt und den Tagesordnungspunkt 10 am Freitag als zweiten Tagesordnungspunkt aufzurufen.

Der Tagesordnungspunkt 40, Ernennung und Vereidigung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Thüringer Verfassungsgerichtshofs, wird heute um 17.30 Uhr aufgerufen.

Weiterhin ist der Ältestenrat übereingekommen, dass in der morgigen Plenarsitzung der Aufruf des letzten Tagesordnungspunkts um 20.00 Uhr erfolgt.

Die Beschlussempfehlung des Innenausschusses zu Tagesordnungspunkt 1 hat die Drucksachennummer 5/1583.

Im Ältestenrat wurde vereinbart, zu Tagesordnungspunkt 2 a, Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen, in Drucksache 5/1397, im Anschluss an die zweite Beratung, so-

fern keine Ausschussüberweisung beschlossen wird, gleich die dritte Beratung durchzuführen. Ich gehe davon aus, es gibt keinen Widerspruch. Den sehe ich nicht.

Die Fraktion DIE LINKE hat ihren Antrag in Tagesordnungspunkt 19, „Eckdaten zur Aufstellung der Kommunalhaushalte 2011 vorlegen!“, zurückgezogen.

Zu Tagesordnungspunkt 41 - Fragestunde - kommen die Mündlichen Anfragen in den Drucksachen 5/1549, 5/1551, 5/1567, 5/1573 sowie 5/1580 und 5/1581 hinzu. Der Abgeordnete Lemb hat angekündigt, seine Mündliche Anfrage in Drucksache 5/1573 zurückzuziehen.

Die Landesregierung hatte bereits für die letzten Plenarsitzungen angekündigt, zu den Tagesordnungspunkten 16 und 17 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 GO Gebrauch zu machen. Außerdem hat sie angekündigt, zu den Tagesordnungspunkten 18, 20, 24, 28, 31, 32, 33, 35, 36, 37 und 39 von der Möglichkeit eines Sofortberichts Gebrauch zu machen.

Gibt es weitere Ergänzungen zur Tagesordnung? Ich sehe, das ist nicht der Fall, dann würde ich über die Tagesordnung abstimmen lassen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? 1 Gegenstimme. Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall.

Herr Abgeordneter Fiedler hatte angekündigt, eine persönliche Erklärung zu seinem Abstimmverhalten abzugeben.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Frau Präsidentin, vielen Dank. Meine Damen und Herren, ich habe der Tagesordnung heute nicht zugestimmt aus folgendem Grund: Ich bin persönlich darüber tief bedrückt, dass es dem Hohen Haus nicht wert war - ich danke noch mal ausdrücklich der Frau Präsidentin, dass sie ihre Worte am Anfang so gewählt hat -, zu 20 Jahre deutsche Einheit heute oder in den nächsten zwei Tagen zu sprechen. Ich hatte erwartet, dass zu so einem wichtigen Ereignis auch der Thüringer Landtag spricht und ich hatte erwartet, dass die Landesregierung dazu eine Regierungserklärung abgibt.

(Beifall FDP)

Was kann es eigentlich Wichtigeres geben, wenn ich mir die Tagesordnung heute anschau, als mal ein Resümee zu ziehen über das, was in den 20 Jahren deutsche Einheit, 20 Jahre Thüringen geworden ist.

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Hätten Sie doch einen Antrag eingereicht.)

Wissen Sie, versuchen Sie doch einmal, bei einem so ernsten Thema ernst zu bleiben. Mir ist es des-

(Abg. Fiedler)

wegen, Frau Präsidentin, so wichtig und ich bin persönlich darüber betroffen - Sie haben dankenswerterweise vorhin gesagt, dass da zwei Abgeordnete doch noch im Hause sind, die dem zugestimmt haben, ich gehöre dazu. Aber ich muss auch eines dazu sagen, das war die Entscheidung, die ich am 20. August dieses Jahres vor 20 Jahren getroffen habe. Ich glaube, das war die wichtigste politische Entscheidung überhaupt - außer mein Privatleben -, die ich jemals getroffen habe. Ich bin tief betroffen, dass der Thüringer Landtag diese Debatte in diesem Hohen Hause nicht führt.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Gibt es weitere persönliche Erklärungen? Bitte schön, Herr Ramelow.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich habe der Tagesordnung zugestimmt, obwohl ich angesichts der persönlichen Erklärung des Kollegen Fiedler viel Sympathie darin erkennen kann und aus ähnlichen Gründen zu einem ähnlichen Befund hätte kommen können. Aber ich habe der Tagesordnung zugestimmt, weil das der parlamentarische Brauch so ist, dass wir im Ältestenrat die Tagesordnung aufstellen. Dort hat meine Fraktion einen solchen Antrag gestellt. Dieser Antrag liegt dem Hohen Hause vor. Wir könnten über die Tagesordnung sehr schnell die Tagesordnung umstellen

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und hätten damit die Gelegenheit, diese Debatte genau aus der Perspektive 20 Jahre deutsche Einheit zu führen. Ich will aber auch deutlich sagen, warum ich jetzt zugestimmt habe, weil die Mehrheitsverhältnisse im Ältestenrat eindeutig waren, die Umstellung war im Ältestenrat nicht gewünscht. Ich halte mich an die parlamentarischen Gepflogenheiten, achte die Mehrheiten in diesem Parlament und ich bedanke mich dafür, dass es einen Festakt zur deutschen Einheit gegeben hat, zu dem Landesregierung und Landtagspräsidentin und wir alle eingeladen, geladen waren. In diesem Sinne wünsche ich mir in den nächsten drei Tagen eine intensive Debatte, die dem Parlament würdig ist und in dem Sinne werden wir morgen, wenn wir in die Tagesordnung einsteigen, auch eine Besonderheit haben, nämlich zum ersten Mal eine Tagesordnung mit dem Haushalt ohne Finanzausgleich für die Kommunen. Auch das ist ein Vorgang, über den es sich lohnt, nach 20 Jahren dann morgen gemeinsam zu reden. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das sehe ich nicht.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 42** - Aktuelle Stunde - auf. Alle Fraktionen haben jeweils eine Aktuelle Stunde beantragt. Die Zeit für die einzelnen Themen beträgt 30 Minuten. Die Redezeit der Landesregierung bleibt unberücksichtigt. Die Redezeit eines Beitrages beträgt 5 Minuten.

Ich rufe auf den **ersten Teil** der Aktuellen Stunde

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Aktuelle Fragen der Thüringer Wirtschaftspolitik - 20 Jahre nach der deutschen Einheit“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/1501 -

Als Erster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Barth von der FDP-Fraktion.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, dann sprechen wir jetzt doch indirekt über das Thema deutsche Einheit. Am Sonntag haben wir in Erfurt und an vielen anderen Orten und vielen anderen Städten unseres Landes den 20. Jahrestag der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes gewürdigt und auch gefeiert. Die Ministerpräsidentin hat in ihrer Ansprache hier in Erfurt beim Festakt der Landesregierung den Einigungsprozess und die Entwicklung in Thüringen in den vergangenen 20 Jahren als Erfolg bezeichnet. Die Präsidentin hat eben gesagt, wir dürfen stolz auf das Erreichte sein. Dieser Einschätzung schließe ich mich für meine Fraktion ganz ausdrücklich an,

(Beifall FDP)

ohne dass wir dabei natürlich übersehen, dass es nach wie vor viel zu tun gibt, dass es viele Probleme gibt, dass es Unzufriedene gibt, berechtigt und unberechtigt Unzufriedene.

(Beifall CDU)

Frau Präsidentin hat eben gesagt, dass es Entwicklungsbedarf gibt, also politischen Handlungsbedarf auf allen Feldern zur Vollendung der inneren Einheit.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, wenige Tage vor diesem Termin, vor dem 3. Oktober, hat das Wirtschaftsministerium dieses Mittelstandsförderprogramm verabschiedet, vorgestellt und auch in die Büros ver-

(Abg. Barth)

schickt, in dessen Vorwort der Minister wörtlich schreibt, ich zitiere: „Die ostdeutsche Wirtschaftspolitik wollte in den vergangenen 20 Jahren möglichst schnell das Niveau der alten Bundesländer erreichen. Von dieser hektischen Aufholjagd sollten sich die neuen Länder 20 Jahre nach der Wiedervereinigung verabschieden. Diese hatte negative Begleiterscheinungen wie Niedriglöhne, Abwanderungen und unüberlegte Ansiedlungen, die einzelne Regionen nicht weitergebracht, sondern zurückgeworfen haben.“

Zunächst, meine sehr verehrten Damen und Herren, stellt sich die Frage, wie man dazu kommt, die Abwanderung als Folge des Aufholprozesses zu bezeichnen.

(Beifall FDP)

Ich habe das so wahrgenommen, dass der Aufholprozess nötig war und nötig ist, um die Abwanderung zu bekämpfen und die Abwanderung zu stoppen.

(Beifall FDP)

In den 30 Jahren vorher hat man die Abwanderung mit anderen Mitteln gestoppt. Da gab es Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl mit über 1.000 Toten an der innerdeutschen Grenze. Ich sage ehrlich, mir ist der Aufholprozess als Mittel zur Bekämpfung der Abwanderung wesentlich lieber.

(Beifall FDP)

Was unüberlegte Ansiedlungen sind, kann ich beim besten Willen nicht sagen. Ich habe lange darüber nachgedacht, was damit gemeint sein könnte. Sicherlich war nicht jede Ansiedlung erfolgreich. Aber was eine unüberlegte Ansiedlung ist, das bleibt bisher das Geheimnis des Verfassers.

Der eigentliche Skandal, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist aber die Behauptung, einzelne Regionen in unserem Land seien durch die Wirtschaftspolitik der vergangenen 20 Jahre zurückgeworfen worden. Da erhebt sich für mich die Frage, zurückgeworfen - wohin denn? Auf den Stand von vor 1990 etwa? Das ist ja die zwingende Schlussfolgerung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer sich erinnert, in welchem Zustand sich dieses Land vor 20 Jahren befunden hat, wer das erlebt hat, und wer nicht völlig ideologische Scheuklappen auf hat, der muss sich bei dieser Lektüre die Frage stellen, wie jemand, der auch nur einigermaßen bei Trost ist, ernsthaft eine solche Behauptung aufstellen kann.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, mit dieser Behauptung, einzelne Regionen seien durch die Wirtschaftspolitik der letzten 20 Jahre zurückgeworfen worden, werden nicht nur die Aufbauleistungen der Men-

schen, die wir eben hier gewürdigt haben in unserem Land, die Leistungen der Unternehmerinnen und Unternehmer, die Risiko auf sich genommen und Verantwortung übernommen haben für unser Land, diffamiert und diskreditiert. Auch die politischen Entscheidungen dieses Landtags und aller Landesregierungen vor dieser inklusive von zwei Wirtschaftsministern der CDU und zwei Wirtschaftsministern der FDP werden so diskreditiert und infrage gestellt. Deswegen frage ich die Ministerpräsidentin - sie wird es hören, weil sie sich im Vorraum befindet - ob diese Behauptung tatsächlich die Meinung der von ihr geführten Landesregierung darstellt. Im Sinne dessen, was Herr Fiedler eben gesagt hat, ist das eine Debatte über 20 Jahre deutsche Einheit. Wenn das nicht die Meinung dieser Landesregierung ist, dann kann ich, wovon ich mal ausgehe, die Ministerpräsidentin nur auffordern, diesen Minister dahin zu schicken, wo er hergekommen ist oder dorthin, wo er hingehört, wo immer das auch sein mag, das ist mir auch egal,

(Beifall FDP)

weil beides ist nicht Thüringen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und wenn die Ministerpräsidentin das endlich tut, dann weiß ich und dann weiß meine Fraktion auch endlich, warum wir diese Ministerpräsidentin zu Beginn dieser Legislatur mitgewählt haben, denn diese Art von ideologischer Geschichtsfälschung hätten wir von einem Ministerpräsidenten Ramelow ganz genauso haben können. Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Dieser Satz war richtig blöd, stark angefangen ...)

Präsidentin Diezel:

Danke, Herr Abgeordneter Barth. Als Nächster spricht der Abgeordnete Lemb von der SPD-Fraktion.

Abgeordneter Lemb, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist genau das, was ich unter der Aktuellen Stunde, beantragt von der FDP, vermutet habe, Herr Barth, nämlich, dass es Ihnen nicht wirklich um die Diskussion zu den aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik 20 Jahre nach der Einheit geht, sondern dass es Ihnen darum geht, den Wirtschaftsminister des Freistaats Thüringen zu diskreditieren. Sie tun also genau das, was Sie ihm vorwerfen.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das macht der Minister ganz allein.)

(Abg. Lemb)

Das weiß ich nicht, der Minister wird dazu sicherlich selber etwas sagen. Wenn Sie selber sagen, Sie überschätzen sich, dann will ich dem nicht widersprechen.

(Beifall SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man das Thema ernsthaft diskutiert, also die aktuelle Frage der Wirtschaftspolitik 20 Jahre nach der deutschen Einheit, was ja eigentlich der Titel der Aktuellen Stunde ist, dann heißt es natürlich, wir müssen gemeinsam eine Bewertung vornehmen, und zwar eine Bewertung, die auf dem Erreichten aufbaut, also durchaus die positiven Entwicklungen der wirtschaftlichen Situation in Thüringen berücksichtigt, allerdings ohne die Herausforderung zu vernachlässigen, die wirtschaftlichen Kerne, die in den letzten 20 Jahren entwickelt wurden und die wirtschaftlichen Potenziale, die weiterzuentwickeln sind. Das heißt, natürlich auch zu bewerten, wie es uns bisher gelungen ist, die Menschen - arbeitsmarktpolitisch betrachtet - mitzunehmen in dem Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung im Freistaat. Wo stehen wir heute, einige Tage nach dem historischen Tag 20 Jahre deutsche Einheit? „Auferstanden aus Ruinen“, so formulierte es der ehemalige Bundesbankpräsident und Sonderberater des damaligen Bundeskanzlers Dr. Hans Tietmeyer. Das gilt natürlich auch für Thüringen. Ausgehend von einer maroden Infrastruktur, niedriger Arbeitsproduktivität, hoher Umweltverschmutzung hat sich Ostdeutschland und insbesondere Thüringen zu einem in weiten Teilen leistungsfähigen Wirtschaftsstandort entwickelt. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Weg ist nicht abgeschlossen. Wir verfügen heute über wichtige und zukunftsfähige industriepolitische Potenziale, beispielsweise in der Automobilindustrie, der Solarwirtschaft, der Medizintechnik, im Maschinenbau und natürlich auch in der optoelektronischen Industrie. Zu berücksichtigen ist aber, dass wir diese Positionen, diese wirtschaftliche Entwicklung weiterentwickeln müssen. Der Mittelstand ist das Rückgrat - das wissen wir alle - der Thüringer Wirtschaft. Aber auch der Mittelstand muss weiterentwickelt werden und deshalb, Herr Kollege Barth, sollten Sie vielleicht nicht nur das Vorwort lesen, sondern auch über das Vorwort hinaus weiterlesen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass es Sie grämt als - wie Sie selber ja immer behaupten - Mittelstandspartei in Thüringen und in der Bundesrepublik, dass eine andere Partei, eine andere Regierungskonstellation und ein anderer Wirtschaftsminister tatsächlich Mittelstandsförderpolitik betreibt, das glaube ich Ihnen gern. Aber das liegt nicht an diesem Wirtschaftsminister, sondern liegt an Ihrer bisherigen politischen Weichenstellung.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, den Mittelstand weiterzuentwickeln bedeutet, wir müssen die Eigenkapitalausstattung verbessern, wir müssen den notwendigen Wandel, die notwendige Anpassung an den technischen Wandel herbeiführen und wir müssen vor allen Dingen die F- und E-Potenziale in unserem Mittelstand im Freistaat verbessern. Wir haben hier eine Quote von 1,4 Prozent in Thüringen gegenüber 3,5 Prozent in Baden-Württemberg. Also hier gibt es erhebliches Aufholpotenzial.

Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, kann man nicht sagen, es ist alles im grünen Bereich 20 Jahre nach der deutschen Einheit, sondern, ich glaube, die Herausforderungen in Thüringen werden in den nächsten Jahren völlig andere sein, als in den letzten 20 Jahren. Die Unternehmen stehen bereits heute im knallharten Wettbewerb um gute Fachkräfte und um die klügsten Köpfe. In den nächsten 20 Jahren werden wir im Freistaat ein Drittel der Fachkräfte verlieren; allein in den nächsten fünf Jahren werden 80.000 neue Fachkräfte gebraucht. Deshalb muss zielgerichtete Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt stehen, dass wir zur Kenntnis nehmen, wer Billiglöhne heute noch als Standortvorteil preist - wie Sie das ja immer tun -, hat von Fachkräftebedarf und damit zukunftsorientierter Wirtschaftspolitik keine Ahnung. Wer prekäre Beschäftigung als zukunftstaugliches Mittel ansieht, wie Sie es auch tun, versteht nichts von nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik. Wer die Herausforderung auf dem Arbeitsmarkt nicht anerkennt, nimmt billigend in Kauf, dass ein großer Teil der Thüringer Bevölkerung dauerhaft von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen bleibt. Das ist, Kolleginnen und Kollegen, nicht Ziel dieser Landesregierung. Wir verfolgen eine andere zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik. Hier steht im Mittelpunkt eine weitere Förderung und Unterstützung des Mittelstandes. In diesem Sinne sollten Sie vielleicht das Mittelstandsförderprogramm in ihrer Gänze lesen, denn es gilt der alte Grundsatz - Lesen bildet. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lemb. Als Nächster spricht der Abgeordnete Hausold von der Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Hausold, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, es steht außer Frage, dass vieles in der wirtschaftlichen Entwicklung in Thüringen der letzten 20 Jahre sehr positiv zu bewerten ist. In allererster Linie haben wir das unserer mittelständischen Wirtschaft und dem Handwerk in diesem Land zu

(Abg. Hausold)

verdanken, weniger allerdings den in den zurückliegenden Jahren Regierenden; das will ich auch deutlich anmerken.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel hat vor Kurzem eine positive Bilanz auch zu wirtschaftspolitischen Fragen gezogen. Sie hat dabei auch deutlich gemacht, dass insbesondere in den Fragen der Innovation, der Forschung in Unternehmen im Osten Aufholbedarf besteht. Ja, meine Damen und Herren, der besteht auch hier in Thüringen, auch aufgrund des Nichthandelns vorgegangener Regierungen. Deshalb ist es natürlich gerechtfertigt, wenn selbst die Kanzlerin darauf hinweist an diesem Tag und bei diesem Thema, auch auf kritische Aspekte einzugehen. Es gibt ja eine Länder-Ranking-Studie, zu vertreten durch EW-Consult in Zusammenarbeit mit der Initiative „Neue soziale Marktwirtschaft“ und der „Wirtschaftswoche“. Da sieht das Bild, was Thüringen betrifft, durchaus differenziert aus. Natürlich können wir feststellen, dass wir bei der Arbeitsplatzversorgung - diese stieg von 2006 bis 2009 immerhin um 6,1 Prozent, bundesweit waren es nur 3,1 Prozent - einen hervorragenden 1. Platz belegen. Das betrifft auch die Steuerkraft und das betrifft auch die Produktivitätsentwicklung in Thüringen, wo unser Bundesland vordere Plätze einnimmt im Vergleich.

Doch diesen guten Nachrichten, meine Damen und Herren, und gerade das fordert Demokratie heraus, müssen wir auch die kritischen Aspekte hinzufügen. Betrachtet man die Platzierung Thüringens in Einzelindikatoren, so ist die Bewertung durchaus nicht so gut - Platz 15 zum Beispiel erreicht Thüringen in der Einwohnerentwicklung. Das Land musste zwischen 2006 und 2009 einen Rückgang von 2,8 Prozent verkraften. Herr Barth, das hat selbstverständlich nicht nur, aber auch mit wirtschaftspolitischen Entwicklungen in diesem Land zu tun. Ich zitiere Frau Ministerpräsidentin von der IHK-Tagung neulich in Suhl: Es ist eben heute leider nicht mehr so auch aufgrund politischer Verhältnisse, dass Produktivitätssteigerungen und die Tatsache, dass es bestimmten wirtschaftlichen Bereichen gut geht, auch dem Land insgesamt und den Menschen im Land hier gut geht. Das ist die politische Herausforderung und da kritisieren wir die zurückliegenden Thüringer Regierungen, zum Teil allerdings auch die heutige ganz deutlich, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Da sind wir zum Beispiel, Wolfgang Lemb hat es schon erwähnt, bei dem Einkommen. Das verfügbare Einkommen in Thüringen liegt gegenwärtig bei 15.361 € je Einwohner, der Bundesdurchschnitt liegt bei 19.071 €. Damit nimmt Thüringen den vorletzten Platz ein ebenso wie bei dem Arbeitnehmerentgelt die Arbeitnehmer. Nur noch in Mecklenburg-

Vorpommern werden geringere Löhne gezahlt in der Bundesrepublik Deutschland. Das hat natürlich dann mit der Binnennachfrage zu tun und das hat dann wiederum mit Wirtschaftsentwicklung und Möglichkeiten zu tun und das zeigt ganz stringenten politischen Handlungsbedarf in Richtung Mindestlöhne auf, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Dabei ist übrigens die gegenwärtige Thüringer Landesregierung, das Thema bekommen wir ja morgen noch, wie ich zum Beispiel beim Vergabegesetz feststellen muss, weiterhin reichlich wankelmütig. Thüringen im Dynamikvergleich hat auch ein Problem mit der Beschäftigung von Hochqualifizierten und Absolventen mit Hoch- und Fachschulabschluss. Wir nehmen hier den 14. Platz ein und das ist die Folge der verfehlten Politik der zurückliegenden Landesregierung im Bereich Forschung und Entwicklung. Es ist, meine Damen und Herren, nicht gelungen, den Status der verlängerten Werkbank wirklich zu überwinden und eine ausreichende Zahl an hochwertigen Arbeitsplätzen in diesem Land zu schaffen. Das bleibt weiter Aufgabe und Herausforderung auch im Sinne des eingangs von Frau Präsidentin Erwähnten, dass man der positiven Bilanz auch die kritischen Punkte hinzufügen muss. Das könnte man übrigens weiterführen anhand der Ergebnisse beim Bruttoinlandsprodukt und natürlich zum Beispiel auch bei der Kaufkraft - ich habe das schon erwähnt - im Zusammenhang mit der Möglichkeit der Entwicklung der Binnennachfrage. Deshalb, meine Damen und Herren, kommt es darauf an, einerseits ganz neue Seiten aufzuschlagen, insbesondere was Innovation und Forschungsmöglichkeiten in unseren Unternehmen betrifft, aber andererseits auch in den Bereichen der Beschäftigungs- und der Lohnpolitik in diesem Land. Da sind wir noch lange nicht dort, wo wir hinwollen, um gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet und somit auch hier in Thüringen zu erreichen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächster spricht der Abgeordnete Heym von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Heym, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, nach 20 Jahren deutsche Einheit eine Bilanz der Thüringer Wirtschaft zu ziehen, ist im Rahmen einer Aktuellen Stunde wohl kaum zu schaffen, wenn man den Anspruch auf Umfänglichkeit stellt. Trotzdem bin ich der FDP-Fraktion dankbar, dass sie diese Erfolgsgeschichte in die heutige Debatte eingesteuert hat, denn sie gibt uns damit

(Abg. Heym)

schon Gelegenheit, einmal in Erinnerung zu rufen, wo wir herkommen und was Thüringen wirtschaftlich aus seinen Chancen bis heute gemacht hat.

Ausgangslage: Ein von den Kommunisten nicht nur politisch moralisch verwerfliches System, sondern eine auch von dieser Truppe in den Dreck organisierte Volkswirtschaft waren die Bilanz ihrer 40 Jahre Diktatur des Proletariats.

(Beifall CDU)

40 Jahre nichts in Infrastruktur investiert, die Betriebe fast ausnahmslos konkurrenzunfähig unter nun marktwirtschaftlichen Bedingungen, zumal die Partner im Osten Europas alle weggebrochen waren. Dieser Trümmerhaufen war das Fundament, von dem aus dieses Land in den letzten 20 Jahren seinen Weg finden musste. Betriebsschließungen, Umbrüche von wirklich gigantischen Ausmaßen, in fast jeder Familie hat mindestens ein Elternteil, ein Ernährer sich beruflich komplett neu orientieren müssen. Das war der wirtschaftliche Start in die deutsche Einheit. Die Thüringer Regierungen mussten sich schnell auf den Weg machen, Rahmenbedingungen zu schaffen, um neuen Unternehmen beim Start zu helfen. Viele unserer Leute haben den Weg in die Selbständigkeit gewählt und heute nach 20 Jahren können die meisten auch ihr 20-jähriges Firmenjubiläum feiern. Thüringen hat über all die Jahre mit der niedrigsten Arbeitslosenquote gegläntzt und das bis heute. Wir haben eine Beschäftigungsquote in der Industrie, die dichter ist als in vielen der alten Länder. Selbst der neue Ministerpräsident aus Niedersachsen David McAllister hat uns erst kürzlich beneidet um die Beschäftigungsquoten, die in seinem Land nach der Wirtschaftskrise nicht so gut sind wie bei uns.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Recht hat er.)

(Beifall CDU, FDP)

Durch die Wirtschaftskrise sind wir bemerkenswert gut durchgekommen, was sicherlich durch die Programme der Bundesregierung unterstützt wurde, aber auch, weil unsere Wirtschaft in Thüringen so kleinteilig und so robust aufgestellt ist. Da komme ich noch einmal zurück in die Historie unserer letzten 20 Jahre. Herr Minister, ich bin froh, dass z.B. in den 90er-Jahren Ihre Kollegen nicht mit in Verantwortung waren in Thüringen, als es darum ging, solche wichtigen Infrastrukturprojekte wie A 71/A 73 durchzusetzen.

(Beifall CDU, FDP)

Ihre Kollegen waren damals dagegen. Ich glaube, man muss an dieser Stelle nicht aufzählen, was für gewerbliche Ansiedlungen entlang dieser Infrastrukturachsen in den letzten Jahren auch dort bewerkstelligt werden konnten. Alte Branchen sind wieder entstanden und haben ihre Kompetenz

längst unter Beweis gestellt. Ich komme z.B. aus einer Region, in der die Metallverarbeitung eine lange Geschichte hat. An diese Geschichte wurde angeknüpft und die Wirtschaftspolitik hat mit viel finanzieller Unterstützung und auch Unterstützung durch die Verwaltung Großes geleistet. Seit rund einem Jahr, Herr Machnig, sind Sie hier in Verantwortung und Sie meinen, so war es zumindest zu lesen, dass wirtschaftspolitisch hier in den letzten 20 Jahren - wenn man es einmal verkürzt formuliert - nur Unfug getrieben wurde. Das ist gegenüber den vielen engagierten Menschen in diesem Land - das hat Kollege Barth schon gesagt - eine Ohrfeige, die sie nicht verdient haben.

(Beifall CDU, FDP)

Ich meine, manchmal schadet es auch Ihnen nicht, den Menschen in diesem Land zunächst einmal zuzuhören, ihre Wege nachzuvollziehen, um zu verstehen, was in den letzten 20 Jahren hier geleistet werden musste. Sie können nicht wissen, wie die Verhältnisse hier vor Ort waren - das ist kein Vorwurf -, aber mit politisch motivierten Bewertungen könnten Sie sich wenigstens in der Form etwas zurückhalten.

(Beifall FDP)

Ich will Ihnen sagen, viele Unternehmen, die nicht im Bereich Greentech oder erneuerbare Energien angesiedelt sind, haben mich schon mit Sorge angesprochen, ob denn das Ruder hier in Thüringen nun gänzlich umgerissen werden soll. Solche Fragen stellt man nicht an einen Minister, aber an einen einfachen Abgeordneten schon. Das sind solche von den kleinen Unternehmen, die ich angesprochen habe, die nicht so viele Gewerkschaftsmitglieder haben und deshalb vielleicht auch nicht in Ihrem besonderen Fokus stehen. Die erwarten aber trotzdem, dass sie auch in Zukunft mit derselben Sorgfalt begleitet werden, wie sie das von den letzten 20 Jahren kennen. Sie, Herr Minister, haben die große Aufgabe, mit dafür Sorge zu tragen, dass unsere Unternehmen im Jahr 2013, wenn die Förderperiode ausläuft, auf eigenen Beinen stehen können. Bei aller Unterstützung durch Greentech und erneuerbare Energien, die Wirtschaft ist mehr und sie ist breiter aufgestellt. Das wissen Sie auch.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit.

Abgeordneter Heym, CDU:

Ich möchte zum Schluss kommen. Letzter Satz: Herr Minister, es tut Ihrem Ansehen überhaupt keinen Schaden, wenn Sie nach dieser Debatte die Leistungen der Thüringer Wirtschaft in den letzten 20 Jahren noch einmal etwas mehr würdigen, und Sie sollten dankbar sein, dass Sie auf einem sol-

(Abg. Heym)

chen Fundament in den nächsten Jahren weiterarbeiten können.

(Beifall CDU, FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächster spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Herr Abgeordnete Adams.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst will ich kurz auf die Vorredner eingehen.

Herr Heym von der CDU, ich finde es relativ komisch, dass Sie ständig oder diesmal hier zum zweiten Mal im Parlament beklagen, dass es keine Debatte um die letzten 20 Jahre gibt. Sie hätten es doch selbst in der Hand gehabt, hier mit der Mehrheit eine solche Debatte einzufordern.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stattdessen lassen Sie sich von der LINKEN vorführen, die das dann hier einbringt. Das fand ich ein bisschen komisch, das zu beklagen. Ansonsten bin ich Ihnen sehr dankbar ebenso wie Herrn Hausold für seinen Beitrag in dieser Debatte. Sie haben nämlich, ganz im Gegensatz zum Antragsteller der FDP, wirklich etwas zur Wirtschaftspolitik gesagt und dafür möchte ich mich herzlich bedanken.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dennoch war das eher ein Rückblick und wenn ich aber das Thema richtig lese, dann sind das aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik. Da will ich versuchen im Weiteren etwas darauf einzugehen. Zuvor noch ganz kurz zu Herrn Lemb. Mit Ihnen habe ich einen Dissens, und zwar haben Sie gesagt, Sie hätten exakt das von der FDP erwartet, was hier gekommen ist. Ich kann sagen, ich hätte etwas ganz anderes erwartet, nämlich den Versuch, hier den Mythos von der Wirtschaftspartei weiter aufrechterhalten zu wollen. Ich habe wahrgenommen, dass Sie das nicht einmal versuchen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Dann hatte ich gedacht, möglicherweise geht es darum, noch einmal - was ja legitim gewesen wäre - beiden FDP-Wirtschaftsministern aus der 1. Legislatur hier danken zu wollen, aber auch das haben Sie nicht gemacht. Es liegt vielleicht daran, dass Herr Kniepert den ersten Wirtschaftsminister Herrn Schultz geschasst hat und Herr Bohn auch in Ihrer Partei schon einmal ein Ausschlussverfahren am Hals hatte. Aber das wäre heute der Tag gewesen,

an dem Sie den beiden Herren hätten einmal danken können.

Ich will noch mal zur Wirtschaftspolitik kommen und will ein Beispiel aufmachen, worüber es vortrefflich sich hätte hier diskutieren lassen. Wichtig ist, doch einmal darauf zu schauen, was sind denn die großen Größen in der Thüringer Wirtschaft. Da schaue ich ganz neidlos als Erfurter nach Jena und denke an Carl Zeiss und Ernst Abbe. Was hatten die gemacht? Nach dem Tod von Carl Zeiss hat Ernst Abbe eine Stiftung gebildet und hat darin das Unternehmen überführt und schon sehr voraussehend Mindestlöhne und Arbeitszeitbegrenzungen eingeführt. Die waren Vorreiter gewesen. Das ist etwas, gegen das Sie sich permanent wenden. Da sollten Sie mal hinschauen und etwas lernen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war - und das ist von meinen Vorrednern schon gesagt worden, deshalb kann ich es kurz machen - besonders in den 90er-Jahren die Aufgabe, die Relikte der Planwirtschaft hier zu beseitigen. Und es gilt allen Menschen - das will ich im Namen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagen -, die hier mitgetan haben, unser ausdrücklicher Dank und unsere Hochachtung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist aber so, meine sehr verehrten Damen und Herren - da gehe ich noch mal auf Herrn Barth ein -, dass es mit Sicherheit hier eine hektische Aufholjagd gab, und die war nicht immer gut. Hier gibt es auch vieles zu kritisieren, Beschleunigungsgesetze, der permanente Druck Lohnverzicht zu üben und weitere Dinge oder falsche Infrastrukturmaßnahmen - das ist nämlich ein Problem der CDU, ich werde darauf zurückkommen - sind hier wirkliche Probleme gewesen und die lohnt es sich auch einmal anzusprechen und hier ganz deutlich zu benennen, denn nur so können wir für die Zukunft auch lernen.

Die FDP hat sich in den letzten Jahren auf zwei Dinge begrenzt, nämlich die Leier vom Bürokratieabbau und die Steuersenkung hier zu bedienen. Man kann es nur ganz kurz sagen: Wie durchsichtig und wie klein dieses Anliegen ist, macht sich daran deutlich, was Sie erst im Januar dieses Jahres den Hoteliers aufgebrummt haben, obwohl Sie immer die Bürokratie abschaffen wollen, ihre Kosten für Verpflegung und Unterbringung auseinanderzuklämmern und einzelne Mehrwertsteuerbeiträge hierauf zu erheben. Das zeigt Ihre Kompetenz beim Bürokratieabbau außerordentlich deutlich.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf Ihre Steuersenkungspolitik will ich nur ganz kurz eingehen. Sie wissen das und das werden wir in den nächsten Wochen und ab morgen diskutie-

(Abg. Adams)

ren, dass Ihre Steuerpolitik auf der Bundesebene dazu führt, dass Kommunen und Länder verarmen. Und das ist schlecht und deshalb ist es eine schlechte Politik, die Sie machen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber es ist auch so, dass wir uns, einmal in die Zukunft schauend, mit Thüringen auseinandersetzen können. Thüringen hat - Herr Heym hat das sehr deutlich herausgearbeitet - wesentliche Potenziale und Pfeiler in der Industrie; die optische Industrie und auch die Automobilindustrie sind hier wesentliche Pfeiler. Das Einzige, was in den letzten 20 Jahren jedoch hier komplett neu dazugekommen ist, sind die Erneuerbaren, ist das EEG. Das ist ein rot-grünes Projekt, damals unterstützt durch die CDU, ein rot-grünes Projekt, das Thüringen exakt vorangebracht hat. Viele Arbeitsplätze, viel Hoffnung hat es gebracht. Und das ist ein Projekt, gegen das Sie immer wieder aufstehen als Atompartei. Das nehmen wir Ihnen übel und das zeigen wir ganz deutlich.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da ist Ihre Wirtschaftskompetenz nämlich am Ende. Vielen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Abgeordneter Ramelow, wir haben noch 3 Minuten Redezeit.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Werte Kolleginnen und Kollegen, Dieter Hausold hat ja darauf hingewiesen, was an Dingen auch gut gelaufen ist und wo kritische Momente sind. Aber wenn der Kollege Barth fragt, wo Dinge völlig in den Sand gesetzt worden sind, und er sagte, Herr Kollege Machnig hätte ja keine Ahnung, denn er wäre ja nicht von hier. Erstens höre ich da mal wieder die Kampagne von den nicht nach Thüringen gehörenden Westdeutschen heraus. Herr Voigt sei begrüßt von mir. Ich glaube, das schadet uns ganz stark, wenn wir einteilen in Gewollte und Ungewollte,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hiesige und Fremde. Wir brauchen ganz im Gegenteil einen Zuwachs von jungen Leuten und von Menschen, die aus den alten Bundesländern hier herkommen und nicht eine Einteilung, wer ist nützlich und welcher Partei ist er nützlich und wer ist unnützlich. Das finde ich verheerend, auch das Signal am 20. Tag der deutschen Einheit, dass man einteilt in Wessis und Ossis, da sage ich,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entschuldigung, Herr Barth, pfui, schämen Sie sich, das ist wirklich voll am Thema vorbei.

Zweite Geschichte: Sie wollten fachlich wissen, was denn schiefgegangen sei. Güterverkehrszentrum als ein Beispiel.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: ... was unüberlegt war. Das ist etwas anderes.)

Wissen Sie, Sie sind ein so unsäglicher - nein, ich sage es nicht,

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sonst werde ich gerügt und das wäre auch nicht nett. Aber manches von dem, was ich jetzt aus Ihrem Mund höre, ist ein solches Geschwätz, es tut mir einfach leid, aber das Güterverkehrszentrum ist eine solche völlige Fehlentwicklung gewesen von Anfang an.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dort ist uns versprochen worden, den Bürgern in Thüringen, das sei das zentrale Logistikumschlagzentrum für eine gigantische Eisenbahn, die quasi ein Hafen wäre zwischen Mittelmeer und Ostsee - hier in Erfurt. Und jetzt schauen Sie sich mal an, was daraus geworden ist aus Steuergeldern, völlig versenkt, es haben sich eine ganze Reihe von Leuten eine goldene Nase daran verdient und die Fläche ist versiegelt worden und die Bürger drum herum müssen die Last tragen. Das finde ich einfach ein solches Paradebeispiel, wo etwas völlig unnützlich und völlig fehlerhaft und völlig deplatziert war.

(Beifall DIE LINKE)

Ein Zweites: Wenn wir überlegen, dass Thüringen lange beworben wurde als Logistikstandort, dann war es immer damit verbunden, dass für jede Ansiedlung bis zu 50 Prozent Steuergelder als Subvention gegeben wurde. Und ich will nur verweisen, der Logistikstandort eines großen Versandhändlers in Ohrdruf führt dazu, dass mittlerweile die Beschäftigten zum dritten Mal verkauft worden sind, zum dritten Mal den Lohn gesenkt bekommen haben und trotzdem von der Arbeitslosigkeit permanent bedroht sind. Das heißt, diese Form von Ausbeutung, die angereizt wird durch Steuergelder, bei denen die Halle subventioniert ist, aber im Kern die Menschen in den Hintern getreten kriegen, das ist eine Politik, die hätten Sie gern. Und bei einem wirtschaftspolitischen Sprecher, der selber die Verantwortung hat für Menschen, die für 3,81 € pro Stunde arbeiten müssen, kann ich nur sagen, pfui.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Wir sollten uns doch in der Ausdrucksweise ein bisschen mäßigen.

Herr Minister, möchten Sie sprechen? Ja. Bitte.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir leben heute im 20. Jahr nach der deutschen Einheit, und lassen Sie mich am Anfang eines sagen: Vor 20 Jahren haben wir eines der wichtigsten Kapitel deutscher Geschichte wahrscheinlich mit in diesem Jahrhundert erlebt und eigentlich hätte ich erwartet, dass wir an diesen Tagen ein paar Leuten danken, die dort damals Großartiges geleistet haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will mal ein paar Namen nennen: Ich sage, auch wenn er nicht meiner Partei angehört, Helmut Kohl, er hat Großartiges in diesem Einigungsprozess geleistet.

(Beifall CDU)

Ich sage Hans-Dietrich Genscher, er hat Großartiges geleistet. Ich sage aber auch, Sozialdemokraten wie Willy Brandt und Helmut Schmidt, die Wichtiges

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

geleistet haben, damit dieser Einigungsprozess möglich geworden ist. Und da gibt es viele andere mehr, die ich jetzt nicht genannt habe - Herr Barth gehört nicht dazu.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Und Herr Machnig auch nicht.)

(Heiterkeit DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt will ich eine zweite Bemerkung machen: Einer Partei, die so vordergründig wie die FDP heute, drei Tage nach einem wichtigen historischen Ereignis, einem Weltereignis, vordergründig nach Aktualität sucht im Rahmen einer Aktuellen Stunde, wird der historischen Dimension dieses Tages nicht gerecht.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Deswegen heißt es so.)

Das gehört dann auch zur Wahrheit. Im Übrigen eine Partei, die an einem Tag, wo ich eingeladen hatte nach Berlin zusammen mit den anderen sechs Wirtschaftsministern der neuen Bundesländer, es noch nicht mal für nötig befunden hat, irgendjemanden dort hinzuschicken. Der Einzige, der dort war, war der Generalsekretär der FDP, der sich durch eines ausgezeichnet hat, dass er während der Beiträge von Prof. Sinn und Prof. Paqué in der ersten

Reihe gegessen hat und nichts Besseres zu tun hatte, als in seinem iPhone oder seinem BlackBerry seine Mails abzurufen. Das ist das Interesse der FDP an diesem Thema, und ich muss sagen, das ist nicht nur schäbig, sondern da merkt man, wie groß die Not ist. Wir reden hier über eine Partei, die liegt bei 4 Prozent, die versucht, wieder auf 5 Prozent zu kommen. Mit solchen Debattenbeiträgen wird Ihnen das nicht gelingen, das sage ich Ihnen voraus.

Jetzt etwas zur Wirtschaftspolitik: Ich habe ein langes Papier von meinem Haus, das könnte ich jetzt alles hier vortragen, was hier geleistet wurde, ich will das nicht tun.

Ich will am Anfang eines sagen: Vor 20 Jahren ist Historisches geleistet worden, und zwar von vielen, auch von Leuten in der Wirtschaft. Für diesen Prozess gab es keine Blaupause, nirgendwo, die lag in keiner Schublade. Was passiert dann, wenn es keine Blaupause gab? Leute müssen anpacken, Leute fangen an zu arbeiten und es werden Dinge nach vorn gebracht. Im Rahmen dieses Prozesses gibt es viel, was gelingt, aber es gibt auch Dinge, die laufen in eine falsche Richtung.

Jetzt zu meinem Vorwörtchen, das ich dort geschrieben habe. Jetzt wird versucht, über ein Vorwort, ohne wirklich das Papier mal zu lesen, etwas zu konstruieren, was der historischen Situation nicht gerecht wird. Ich weiß, und da bin ich mit vielen, im Unterschied zur FDP, in der Wirtschaft im Gespräch, die hier Großes geleistet haben, die ihr Unternehmen aus dem Nichts aufgebaut haben, und zwar in allen Branchen. Ich sage mal - damit Sie auch wissen, dass ich nicht nur über Greentec nachdenke -, die Lebensmittelbranche, die Optik, viele andere Bereiche haben hier Großartiges geleistet und haben einen Beitrag zu einem geleistet, dass Wachstum und Beschäftigung vorangekommen sind. Aber zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme gehört auch, darauf hinzuweisen, dass auch Fehler gemacht worden sind. Ich sage, ich werde auch Fehler machen in meinem Amt, wer wollte das bestreiten, dass man nicht Fehler macht. Herr Barth, Sie kriegen ja nie so ein Amt, deswegen können Sie auch keine Fehler machen, das ist wahr.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will mal ein Beispiel sagen - Herr Heym, hören Sie mir mal eine Sekunde zu -, weil ich mal in dem Bereich tiefer gearbeitet habe. Anfang der 90er-Jahre hatten wir noch einen großen Bereich der Industrieforschung in den neuen Bundesländern. Es gibt viele Ökonomen und Technologie- und Innovationspolitiker, die sagen heute: Einer der strategischen Fehler damals wäre, dieses Industrieforschungspotenzial - nicht alles war auf der Höhe der Zeit, das verstehe ich - nicht genutzt zu haben.

(Minister Machnig)

Das ist ein Beispiel, wo ich sage, hätte man damals eine Sekunde länger gewartet, hätten wir im Bereich zum Beispiel der Industrieforschung, im Bereich der Technologie und Innovationspolitik vielleicht eine etwas breitere Grundlage und bessere Startbedingungen gehabt als dann erreicht worden ist dadurch, dass diese Industrieforschung nicht mehr vorhanden war, nicht mehr genutzt worden ist.

Jetzt noch ein zweites Beispiel: Wir alle - und das gehört auch zur Wahrheit - wissen noch eines, es hat natürlich Projekte gegeben, die würde heute niemand mehr machen. Wie viele Kläranlagen sind denn gebaut worden regional, und wir wissen, diese brauchen wir überhaupt nicht, zumindest nicht in der Anzahl. Wie viele Schwimmbäder sind gebaut worden, von denen wir wissen, diese können sie eigentlich nicht betreiben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist alles der Situation geschuldet - ich sage es ausdrücklich, ich verurteile auch niemanden -, zur Realität und zu einem differenzierten Umgang gehört auch der Hinweis darauf, wo wir neu nachdenken müssen. Das ist für mich der entscheidende Punkt. Mehr wollte ich eigentlich gar nicht sagen in diesem Vorwort.

Herr Heym, Sie wissen, dass ich mich um andere Bereiche der Wirtschaft genauso kümmere wie um den Bereich Greentec um den Bereich Opel - im Übrigen bin ich auch von der FDP angegriffen worden - oder andere Bereiche.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Zu Recht.)

Ja sicher, klar. Der Abbruchminister Brüderle in der Tat hätte das nicht gemacht. Wir haben uns gekümmert und deswegen ist es gut, dass wir die sichere Standortentscheidung jetzt für Eisenach haben. Dafür sollten Sie uns dankbar sein,

(Unruhe FDP)

das ist unsere Leistung, dass wir den Standort gesichert haben, dass wir neue Produkte nach Thüringen geholt haben, dass wir den „Junior“ bekommen haben, das ist auch eine Leistung, die wir, glaube ich, gemeinsam miteinander erstritten haben.

(Beifall SPD)

Deswegen sage ich noch einmal sehr deutlich - ich glaube, das hat mit Besserwisseri überhaut nichts zu tun, sondern mit einem Punkt -, ich bin immer dafür, dass man sehr differenziert auf Entwicklungen schaut. Ich glaube auch, dass man aus Prozessen lernen kann und im Rahmen dieses Prozesses überlegen muss, was getan werden muss. Wer im Übrigen auf der Veranstaltung in Berlin war und Prof. Paqué und Prof. Sinn, beide bekanntermaßen keine Sozialdemokraten, in ihrer sehr differenzier-

ten Analyse zugehört hat, der wird feststellen, dass das sehr nah bei meiner Position liegt.

(Heiterkeit FDP)

Natürlich! Sie waren doch nicht da. Sie haben keine Ahnung. Ich will das noch mal ausdrücklich sagen, Sie waren doch gar nicht da. Sie haben doch gar nicht gehört, was dort diskutiert worden ist.

(Unruhe FDP)

Im Übrigen, Sie haben noch nie ein Buch von denen gelesen. Also wie können Sie das eigentlich beurteilen, meine lieben Freunde von der FDP. Deswegen sage ich noch einmal eindeutig, Prof. Sinn ...

(Beifall DIE LINKE)

(Unruhe FDP)

Ja lesen tut gut, das bildet.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Freunde?)

Der lädt mich ein, im Unterschied zu Ihnen. Ich will das gern noch einmal sagen, worüber Prof. Sinn gesprochen hat.

Er hat von einem verpatzten Kaltstart gesprochen, er hat davon gesprochen, welche Fehlentscheidungen damals auch getroffen worden sind. Die mache ich mir gar nicht alle zu eigen, aber er entwickelt ein differenziertes Ziel. Prof. Paqué' das Gleiche. Der hat gesagt, einer der größten Fehler damals, so Prof. Paqué', war, dass es auf beiden Seiten zum Beispiel völlig unrealistische Erwartungen im Hinblick auf das ökonomische Fortkommen gegeben hat - ich stimme dem ausdrücklich zu - und dass wir zum Teil nicht konzentriert in die eigentlichen Zukunftsfelder nicht viel früher investiert haben. So weit Prof. Paqué' und einige andere. Deswegen sage ich, ich fühle mich da in guter Gesellschaft, bei denen, die differenziert darauf schauen, was geht.

Im Übrigen, dass es differenzierte Stellungnahmen gibt, da will ich auch an eine verweisen. Ich empfehle die Lektüre des Berichts, den der Bundesinnenminister Thomas de Maiziére vorgelegt hat. Eine sehr differenzierte Analyse, wo man genau nachlesen kann im Übrigen, wo es richtige Entwicklungen, wo es falsche Entwicklungen, wo es Fehler und wo es auch Korrekturbedarf gibt. Das ist die Form der Auseinandersetzung der Debatte, die ich mir wünschen würde, denn nur so zeigen wir, dass wir lernfähig, dialogfähig sind und dass wir in der Lage sind, uns konzeptionell weiterzuentwickeln.

Das Gleiche gilt im Übrigen auch für den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes und andere, die sich in den letzten Tagen dazu geäußert haben.

Dann an Herrn Barth, weil der immer noch die mentale Mauer zwischen Wessis und Ossis im Kopf hat, will ich gern noch einmal ein Zitat von Willy Brandt mit auf den Weg geben. Willy Brandt, ich glaube ein

(Minister Machnig)

großer Deutscher, der eben nicht in Ost- und Westkategorien gedacht hat, hat Folgendes gesagt: „Abgeschlossen ist der Prozess des Zusammenwachsens erst dann, wenn wir nicht mehr wissen, wer die neuen und wer die alten Bundesbürger sind.“ Das ist wahr. Das ist ein sehr wichtiger Satz.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, den Satz sollten wir uns alle zu eigen machen. Das ist die Grundlage dafür, dass wir endlich aufhören, in den Köpfen zu differenzieren.

Jetzt noch ein letzter Hinweis auf das, was wir im Rahmen des Symposiums, das übrigens sehr interessant war, diskutiert haben. Da will ich noch einmal eine Bemerkung machen: Es gibt die neuen Bundesländer nicht, sondern Thüringen war und ist anders als Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mecklenburg-Vorpommern ist anders als zum Beispiel Sachsen oder Brandenburg oder was auch immer. Alle, die dort gesprochen haben, im Übrigen auch die Wirtschaftsminister egal welcher Partei, oder die Staatssekretäre - der FDP-Minister war nicht da, zeugt auch von hoher Diskussionsbereitschaft - haben auf eines hingewiesen, dass es in den nächsten Jahren auf eine Frage ankommt, dass die einzelnen Ländern eigenständige wirtschaftspolitische Profile aufbauen und daran arbeiten auch alle. Mecklenburg-Vorpommern, um ein Beispiel zu nennen, ist das Erfolgsland im Bereich des Tourismus und die werden massiv in den nächsten Jahren ausbauen. Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg sind zum Beispiel die Länder im Bereich der erneuerbaren Energien, der Photovoltaik, wo wir Enormes geschafft haben. Sachsen ist zum Beispiel das Land der Automobilindustrie noch im stärkeren Maße als wir oder auch der Chipindustrie. So werden Länder sehr unterschiedliche wirtschaftspolitische Profile aufbauen und das ist auch gut so. Wir brauchen Spezialisierung und Differenzierung in den nächsten Jahren. Das ist die große Aufgabe der Wirtschaftspolitik, und zwar sowohl bei kleinen und mittelständischen Unternehmen als auch bei etwas größeren Unternehmen.

Dabei müssen wir auf eines aufpassen, in der Tat sind die KMUs unsere große Stärke. Das unterstreiche ich dreimal. Die haben auch in der Krise Großes geleistet, weil sie sehr anpassungsfähig waren. Allerdings gilt auch, sie können dann zu einer Schwäche werden, wenn es uns nicht gelingt, den Technologieanteil in der Wertschöpfung in den nächsten Jahren zu erhöhen. Dann sind ihre Produkte ersetzbar und das ist meine Sorge. Deswegen möchte ich gern, dass wir in technologieorientierte Entwicklung investieren, dass wir an den großen Trends uns z.B. orientieren, die da heißen

z.B. Energie- und Ressourceneffizienz, und dort Produkte auf den Markt bringen, die ermöglichen, dass die Wertschöpfung auf hohem Niveau bleibt, dass unser Exportanteil, der bei 30 Prozent liegt und damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, in den nächsten Jahren wächst. Das ist mein Denken und daran versuche ich auch, meine Politik zu orientieren.

Ich hätte mir gewünscht, dass statt vordergründig kleinkariertem parteipolitischen Gehacke, wie von Herrn Barth hier vorgeführt - ist ja auch nichts Neues -, wir ein bisschen intensiver und differenzierter gesprochen hätten über das, was in den nächsten Jahren notwendig ist. Das, glaube ich, ist notwendig.

Jetzt will ich noch mit Willi Brandt enden, der einen richtigen Satz gesagt hat. Er hat nämlich gesagt: Besinnt euch auf eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will. Das ist wahr, jede Zeit braucht eigene Antworten und wir brauchen jetzt neue Antworten für die nächsten zehn Jahre, die hoffentlich die ökonomische Einheit und die politisch-psychologische und auch mentale Einheit noch stärker macht als in den letzten 20 Jahren. Ich würde mir das zumindest wünschen. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt noch dreieinhalb Minuten Redezeit. Für die FDP-Fraktion hat sich der Abgeordnete Barth zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Barth, FDP:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister, ich will noch einmal auf Ihr Vorwort zu sprechen kommen. Sie schreiben - und dazu haben Sie kein Wort gesagt: „Die ostdeutsche Wirtschaftspolitik in den vergangenen Jahren hat einzelne Regionen in unserem Land zurückgeworfen.“ Sie haben das verniedlicht und als Vorwörtchen bezeichnet, so nach dem Motto, das hat ja weiter nichts Besonderes zu sagen, so ungefähr, ich wollte ja nur mal was aufgeschrieben haben. Sie sind Mitglied dieser Landesregierung, sprechen in dieser Funktion in dieser Veröffentlichung auch als Mitglied dieser Landesregierung. Wer Sie kennt - und wir waren ja alle gezwungen, Sie in den letzten Monaten schon kennenzulernen -, der weiß zumindest eines, dass Sie selten etwas Unüberlegtes tun. Ob es immer richtig ist, das ist bei uns allen so, das haben Sie auch eben gesagt, aber dass Sie selten etwas Unüberlegtes tun; deswegen glaube ich nicht, dass das hier ein Vorwörtchen ist, was man mal so schnell am Abend zusammenschreibt und unterschreibt, sondern, dass das schon Ergeb-

(Abg. Barth)

nis einer Überlegung ist. Ob es eine Einschätzung ist oder ob Sie damit eine tatsächliche Lageeinschätzung oder eine politische Einschätzung zum Ausdruck bringen wollen - ich vermute Letzteres -, die bedeutet, in diesem Land hat es in den letzten 20 Jahren Regionen gegeben, die heute schlechter dastehen als 1990 und daraus schlussfolgernd die Überlegung: Was will uns denn der Künstler damit sagen? Nämlich, die Politik der letzten 20 Jahre auch ein Stück weit zu diffamieren und zu diskreditieren.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ein Blödsinn!)

Diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen, weil Sie strukturiert normalerweise arbeiten und auch denken.

(Beifall FDP)

Herr Minister, weil Sie auch gesagt haben, dass Sie mit so vielen Akteuren aus der Thüringer Wirtschaft immer reden, das war ja auch in Ihrem kleinen Anschreiben zu dem Mittelstandsförderprogramm wieder der Fall, in dem Sie schreiben: „Das Papier habe ich heute im Rahmen des ersten Thüringer Mittelstandsförums mit Akteuren des Thüringer Mittelstands diskutiert und in einer anschließenden“ - hier müsste korrekterweise stehen „unmittelbar anschließenden“ - „Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt“. Ich habe mir tatsächlich mal die Mühe gemacht und habe mal auf Ihre Homepage geschaut, wer denn zu diesem Mittelstandsforum eingeladen war und habe die dann alle mal angeschrieben und gefragt, wie denn diese Diskussion so verlaufen ist.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wären Sie doch einfach mal hingekommen, dann hätten Sie es gewusst.)

Das waren durchaus interessante Antworten. Einer hat es ganz kurz zusammengefasst und hat gesagt: Eine Meinungsbildung zu dem Programm hat dort nicht stattgefunden, sondern es war eine Podiumsdiskussion, auf der das Ding vorgestellt wurde und anschließend haben Sie es dann der Presse vorgestellt. Ein anderer hat gesagt: Wenn man in diesen Runden bei Herrn Machnig nicht ausdrücklich und für das Protokoll Widerspruch äußert, dann gilt man sozusagen als mit bespaßt und zugestimmt und wird am Ende auch mit verhaftet für die Dinge. Das ist eine Art von Vereinnahmungspolitik, auf die Sie sich ein bisschen spezialisiert haben, die aber so nicht funktioniert. Bei einer Veranstaltung in der letzten Woche in Thüringen bei einer Eröffnung einer Firma - ich sage an der Stelle nicht, wo - hat ein mittelständischer Unternehmer gesagt: Dieser Wirtschaftsminister ist eine Gefahr für die Thüringer Wirtschaft.

(Beifall FDP)

Dem kann ich mich nur anschließen, meine Damen und Herren. Herr Minister, wenn Sie - und das zum Schluss - die Veranstaltung in Berlin und meinen Generalsekretär zitieren, dann will ich Ihnen sagen, die beiden Thüringer FDP-Abgeordneten sind wenigstens zu Ihrer Veranstaltung hingegangen und haben Interesse gezeigt.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie auch?)

Von der CDU war einer da.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Barth.

Abgeordneter Barth, FDP:

Mein letzter Satz, Frau Präsidentin. Von der SPD aus Thüringen war kein einziger Bundestagsabgeordneter bei der Veranstaltung anwesend.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Herr Schneider war da.)

So viel - der Herr Schneider war nicht da - zu dem Interesse, was Ihre eigenen Veranstaltungen bei Ihren eigenen Parteifreunden verursacht. Danke.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Wünschen Sie das Wort, Herr Minister?

(Zuruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Ja, gern.)

Sie haben das Wort.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Herr Barth, ich verstehe ja, dass Sie auf bestimmten Punkten immer weiter herumreiten, Sie haben ja nichts anderes. Nur, ich würde dann schon mal genauer schauen. Was ich dort sage, entspricht dem Geiste dessen, was ich hier vorgetragen habe, ist eine differenzierte Betrachtung und auch ein Prozess, wo wir uns anschauen, was kann verändert, was muss verbessert werden. Natürlich hat es Regionen gegeben und so ist doch der Satz zu verstehen, wo auch durch einzelne wirtschaftspolitische Entscheidungen eines passiert ist. Sie sind nicht strukturstärker geworden, das ist wahr. Wer wollte das denn bestreiten? Wer wollte das denn bestreiten, obwohl natürlich auch im Bereich der Infrastrukturen investiert worden ist, dass z.B. beschäftigungspolitisch bestimmte Regionen nicht vorangekommen sind. Das ist wahr. Daran kann man nicht vorbeireden und natürlich ist auch wahr, dass wir heute etwa im Bereich der ALG-II-Empfänger eine doppelt so hohe Anzahl von Menschen in

(Minister Machnig)

Thüringen haben als in den westdeutschen Bundesländern. Auch das ist wahr. Darauf wird man doch mal hinweisen dürfen, wenn man darüber nachdenkt, was in den nächsten Jahren anders gemacht werden soll.

Im Übrigen, Herr Schneider war natürlich auf dieser Veranstaltung; natürlich war er da und natürlich waren aus meiner Fraktion eine Reihe von anderen Akteuren auch da. Die haben zumindest eines gemacht, die haben zugehört. Ihr Generalsekretär hat Mails bearbeitet, so wichtig hat er diese Diskussion genommen. Es war ja gar nicht meine Veranstaltung; Ihr Wirtschaftsminister aus Sachsen hat im Übrigen mit dazu eingeladen und von daher hätte ich mir ein bisschen mehr Interesse schon gewünscht.

Jetzt der letzte Punkt, Sie müssen auch richtig zitieren. Wie ich das Mittelstandsförderprogramm vornahm, habe ich gesagt, dieses Programm ist noch gar nicht fertig, sondern ich fordere euch auf - und das habe ich auf dieser Veranstaltung gesagt -, gebt mir Hinweise darauf, was denn und wo wir in den nächsten Jahren weitere Akzente setzen wollen. Das ist die Realität.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das müssen Sie auch vor der Öffentlichkeit sagen.)

Vor der Öffentlichkeit habe ich genau das Gleiche gesagt. Wenn Sie nicht ertragen können, dass Sie in den Medien nicht vorkommen und ich schon, dafür kann ich nichts, Herr Barth. Das habe ich auch vor den Medien gesagt und nichts anderes und genauso werden wir auch verfahren. Wir werden so verfahren, dass das, was ich dort eingebracht habe, weiter diskutiert wird. Wenn es kluge und wichtige Hinweise gibt, dann werden die selbstverständlich aufgenommen, damit habe ich am allerwenigsten Probleme, weil - ich sage jetzt mal, was mein Prinzip ist - immer dann, wenn ich ein neues gutes Argument lerne, das ich noch nicht kannte, bin ich der Allerletzte, der ein solches gutes Argument nicht nimmt. An der Stelle bin ich ganz offen, da bin ich ein lernendes System. Ich finde, das sollten wir alle sein, ein lernendes System, das mit Menschen im Gespräch ist, mit unterschiedlichen Akteuren, mit Wissenschaftlern im Gespräch ist. Wenn dort gute Ideen vorgetragen werden, von denen ich glaube, dass sie dem Land und seiner wirtschaftlichen oder sozialen Entwicklung helfen, dann werde ich die aufnehmen, davon wird die FDP mich auch nicht abhalten. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Wir haben jetzt drei und eine Viertel Minute neue Redezeit. Es hat sich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Adams gemeldet. Frau König und Herrn Lemb habe ich übrigens

auch auf der Rednerliste, falls noch Redezeit übrig bleibt.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst einmal eine Beobachtung aus dieser Debatte hier. Ich frage mich gerade - leider ist die Ministerpräsidentin nicht da, dass ich die Frage direkt stellen könnte -, wer in diesem Parlament hier eigentlich Opposition ist. Wenn ich noch mal die CDU und die FDP zusammennehme,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Das frage ich mich auch. Das ist eine gute Frage.)

dann habe ich den Eindruck, dass die Opposition sich hier ganz neu gebildet hat. Um das einmal ganz deutlich zu machen, wo wir GRÜNE unsere Opposition ausleben und ausleben werden in der Wirtschaftspolitik. Wir haben ja das Problem als GRÜNE durchaus, dass wir einen Wirtschaftsminister haben, der uns oft aus dem Herzen spricht. In manchen Teilen heute hier in der Debatte auch. Aber eines wird auch immer wieder ganz deutlich und das werde ich hier nicht müde zu sagen, Minister Machnig ist ein industrieller Wachstumsjünger. Und wir GRÜNE glauben an die Grenzen des Wachstums. Das unterscheidet uns qualitativ

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und das bringt auch einen quantitativen Spalt, den wir nicht übertuschen können und den wir immer wieder ausdiskutieren müssen. Deshalb bin ich persönlich sehr froh, darauf hätte ich noch gewartet, dass das mal kommt. Diese Woche hat uns ein Professor aus Jena, der Herr Prof. Fritsch, etwas ins Stammbuch geschrieben. Er hat gesagt, hört auf mit dieser übertriebenen Industrie-Investitionsförderung, sondern sucht neue Wege. Sucht nach Wegen wie man Networking, wie man Kommunikation fördern kann. Denn es ist eine Wahrheit, dass wir in das vollkommen Falsche investiert haben. Die CDU hat und das hatte ich vorhin schon angedeutet, nämlich eine ganz falsche Richtung eingeschlagen, Sie haben in Beton, in unglaublich viel Beton investiert als Infrastruktur und haben komplett vergessen, etwas Neues zu machen. Wir brauchen nämlich Breitband eher als breitere Straßen. Das haben Sie bis heute noch nicht begriffen und das ist eine wichtige Sache. Es kann nicht sein, dass eine Ortschaft in der Landeshauptstadt immer noch keinen Internetanschluss hat, während die Landeshauptstadt schon zweimal umspannt ist mit Schnellstraßen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Adams)

Das müssen Sie mal wahrnehmen, da sind Sie vollkommen auf der falschen Fährte. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Opposition für uns heißt, uns auch der SPD zuzuwenden. Wir verlangen von Herrn Minister Machnig - und das wird die Diskussion ab morgen im Haushalt zeigen - ein Umsteuern in der Wirtschaftsförderung. Wir können nicht mehr mit dem Argument, wir nehmen alles, was wir kriegen können, Hauptsache wir haben das Geld nach Thüringen geholt und hier neu versiegeln, neue Industrien schaffen, die alle nicht lebensfähig sind. Wir müssen darauf achten, dass das, was wir jetzt investieren, wenn es auch nur ein kleiner Anteil von Thüringer Mitteln ist, immer dazu führt und so wirkt, dass wir in 15 Jahren daraus einen klaren Vorteil haben. Das wird eine schwere Diskussion und so, wie ich den Haushalt bisher lesen konnte, werden wir uns da hart mit Ihnen anlegen. Wir freuen uns auf unsere Oppositionsarbeit. Wenn die CDU auch mitmachen will, okay, dann haben wir neue Mehrheiten.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Genau!)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Da muss sogar die eigene Fraktion lachen.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Da es jetzt keinen Gesprächswunsch seitens eines Mitglieds der Landesregierung gibt, stelle ich fest, dass die Redezeit erschöpft ist in der Aktuellen Stunde Teil a).

Ich rufe auf den **zweiten Teil**

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Keine Abschiebung von Roma-Familien aus Thüringen“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/1522 -

Als Erste erhält das Wort Frau Rothe-Beinlich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste - ich sage es auch ganz deutlich -, liebe Betroffene, wir haben diese Aktuelle Stunde für heute hier beantragt, weil auch unter uns in Thüringen Familien leben, die jeden Tag Angst davor haben müssen, abgeschoben zu werden. Abgeschoben in eine ganz unsichere Zukunft, in ein Land, das ihre Kinder gar nicht ken-

nen, dessen Sprache sie nicht sprechen. Und wir meinen, dass das ein Zustand ist, den wir diesen Familien auf keinen Fall zumuten dürfen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns sind im Moment in Thüringen drei Familien bekannt, denen es so geht. Eine der Familien ist durch die Presse gegangen. Ich will aber zunächst etwas generell zur Problematik sagen. Für Minderheiten, Angehörige, insbesondere für Roma aus dem Kosovo, galt bis Anfang 2009 aufgrund der Sicherheitslage für diesen Personenkreis im Kosovo ein faktischer Abschiebestopp, der auch durch die Innenministerkonferenz regelmäßig verlängert wurde. Trotzdem konnten die Roma aus dem Kosovo von dem seit 2007 in Deutschland existierenden Bleiberechtsregelungen nicht wirklich profitieren. Durch die hohen Hürden zum Beispiel bei der Lebensunterhaltssicherung sind gerade Roma strukturell benachteiligt, weil sie häufig sehr viele Kinder haben und dadurch die geforderte wirtschaftliche Unabhängigkeit, die sie nachweisen müssen, um in den Status einer Bleiberechtsregelung zu kommen, nur schwer erreichen können. In Deutschland, wo circa 11.000 Menschen aus dem Kreis der Roma, Ashkali und Ägypter leben, droht ihnen nun die Abschiebung in den Kosovo. Und viele der von der Abschiebung Bedrohten sind hier aufgewachsen oder geboren, wie zum Beispiel eben auch eine Familie, von der wir jetzt schon viel lesen konnten, die fünf kleine Kinder hat und im Moment unter uns in Gotha lebt. Die Vorgehensweise der beabsichtigten Abschiebung steht aus unserer Sicht in eklatantem Widerspruch zur tatsächlichen Situation der Roma im Kosovo. Wer heute Roma in den Kosovo abschiebt, der weiß, sie landen fast ausnahmslos in unzumutbaren Verhältnissen und sind auf sich allein gestellt. Roma sind im Kosovo weiterhin Opfer massiver Diskriminierung. Ihr Zugang zu elementaren Lebenschancen ist faktisch verunmöglicht. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, den seit langen Jahren in Deutschland lebenden Familien und so auch in Thüringen endlich ein Aufenthaltsrecht aus humanitären Gründen zu erteilen und die Rückführungspläne umgehend zu stoppen. Genau deshalb haben wir diese Aktuelle Stunde anberaumt, weil wir hoffen, so Öffentlichkeit dafür zu schaffen, dass wir die Roma-Familien vor Abschiebung schützen und ihnen einen rechtmäßigen Aufenthalt gewährleisten.

(Beifall DIE LINKE)

Ich möchte einige zitieren, die das ähnlich sehen. Ich nehme da als Erstes Berlins Innensenator Ehrhart Körting von der SPD, der das Abkommen, das die Bundesregierung im April mit dem Kosovo über die Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen vereinbart hat, für völlig unpraktikabel hält. Er sagt, ich zitiere: „Es besteht die Gefahr, dass Abschiebung-

(Abg. Rothe-Beinlich)

gen in nicht gesicherte Gebiete erfolgen.“ Die Evangelische Kirche Deutschlands hat erklärt - das möchte ich auch zitieren: „Vor diesem Hintergrund“ - den ich eben schon beschrieben habe - „setzen sich die EKD und das Diakonische Werk der EKD nach wie vor für ein Bleiberecht für Menschen, wie Familie B. ein, die langjährig in Deutschland geduldet werden und sich mittlerweile trotz widriger Umstände sehr gut integriert haben. Die Kirche hält es für erforderlich, die Beurteilung des Kosovo im Lagebericht des Auswärtigen Amts zu überprüfen und das Rücknahmeabkommen mit dem Kosovo auszusetzen und anzuerkennen, dass eine Rückkehr in Menschlichkeit, in Sicherheit und in Würde überhaupt nicht möglich ist.“

Ich möchte aber auch noch aus eine Studie der UNICEF zitieren aus dem Sommer, die ganz deutlich sagt: „Roma-Kinder aus dem Kosovo sind Kinder ohne Chance.“ Wir meinen, dass das Kindeswohl der ausschlaggebende Faktor sein muss, wenn wir über die drohende Abschiebung von Roma-Familien auch aus Thüringen sprechen. Ich möchte ganz kurz zitieren, was die UNICEF-Studie über Kinder sagt, die Roma-Familien angehören und die im Kosovo leben oder dorthin abgeschoben wurden: „Demnach gehen drei von vier Kindern, die bislang schon aus Deutschland zurückkehrten und hier zur Schule gingen, im Kosovo nicht mehr zur Schule. Die größtenteils in Deutschland aufgewachsenen Kinder sprechen kaum albanisch oder serbisch und landen nach der Abschiebung im sozialen Abseits.“ Tom Königs, ein UNICEF-Vorstandsmitglied sagte dazu: „Viele Kinder und Jugendliche aus dem Kosovo sind in Deutschland gut integriert. Sie sollten ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten. Stattdessen werden sie zurückgeschickt, ohne dass ihr Wohl und ihre Rechte überhaupt in den Blick genommen werden. Das verletzt die völkerrechtlichen Bestimmungen der UN-Kinderrechtskonvention. Jedes Kind hat das Recht auf Schutz, deshalb müssen die Abschiebungen gestoppt werden.“

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Dies ist mein letzter Satz. Meine Damen und Herren, bitte lassen Sie uns alles dafür tun, dass die Roma-Familien, die hier in Thüringen leben, hier auch eine gesicherte Zukunft bekommen. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion erhält Frau Abgeordnete Holbe das Wort.

Abgeordnete Holbe, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, werde Gäste, dieses Thema „Abschiebestopp für Roma in den Kosovo“ haben wir schon im Juniplenium sehr ausführlich diskutiert und haben die Standpunkte der einzelnen Fraktionen ausgetauscht. Ich möchte trotzdem noch einmal erinnern, dass mit dem am 14.04.2010 geschlossenen Rücknahmeabkommen zwischen Deutschland und dem Kosovo schon eine rechtliche Grundlage zustande gekommen ist, die diese Rückführungen im Einvernehmen beider Länder ermöglicht und für diejenigen Staatsangehörigen, die bis dato einen gesicherten Aufenthaltsstatus in unserem Land erreicht haben, entsprechend diese Regelungen anzuwenden sind. Dabei gibt es keinerlei Unterscheidung in verschiedene ethnische Gruppen, keine Privilegierung und keine Diskriminierung.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE:
Das ist völliger Unsinn.)

Erstens ist es überhaupt sehr schwer, verlässliche Aussagen über die in Deutschland und in Thüringen lebenden Roma zu finden. Sowohl das Statistische Landesamt in Thüringen als auch das Ausländerzentralregister haben diese Angaben nicht verfügbar. Oft werden diese ethnischen Zugehörigkeiten erst während laufender Verfahren bekannt und diese sind dann für das Verfahren nicht relevant. Im Ausländerzentralregister ist nicht ersichtlich, wie viele Roma hier in Thüringen leben, in Deutschland, aus welchen Ländern sie kommen. Zu vermuten ist, dass sie aus dem Kosovo, Serbien und Montenegro stammen. So ist es schwierig festzustellen, wie viele Ausweisungen, Rückführungen, auch freiwillige Rückführungen, von Roma demnächst hier in Thüringen stattfinden. Sie alle kennen auch die Vorgaben des Bundesinnenministers Thomas de Maizière, die Rückführung nach verschiedenen Kriterien schonend zu organisieren.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: ...
können sie verweigern.)

Mit der Aktuellen Stunde mit dem Titel „Keine Abschiebung von Roma-Familien aus Thüringen“ will die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die schwierige Situation der Roma-Familien hinweisen. Ich denke, im Vergleich mit Frankreich - diese Bilder sind durch Funk und Fernsehen gegangen - gibt es bei uns keine Massenabschiebung - das möchte ich betonen - und auch keine derlei Unterkünfte, wie wir sie dort im Fernsehen gesehen haben.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Für die Menschen ist das völlig unerheblich.)

(Abg. Holbe)

Vielen ist inzwischen das Schicksal der von Ihnen erwähnten Familie bekannt. Es ist durch die Presse gegangen. Diese Familie lebt seit 11 Jahren hier und steht vor der Abschiebung. Die letzte Instanz, wo sich Flüchtlinge und abgelehnte Asylbewerber, deren Verfahren nicht endgültig negativ entschieden wurde - das heißt, die alle möglichen Instanzen ohne positives Ergebnis durchlaufen sind -, hinwenden können, ist die Härtefallkommission, die sich einschaltet, wenn sie zu der Meinung gelangt, dass alle Voraussetzungen seitens des Antragstellers erfüllt sind.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE:
Das ist zynisch, was Sie erzählen.)

Das ist nicht zynisch. Die Einschätzung der Kommission wird an das Innenministerium weitergeleitet. Wenn das Innenministerium einer positiven Empfehlung der Härtefallkommission nicht folgt, dann ist das meistens darin begründet, dass es an Verfehlungen des Antragstellers liegt, hauptsächlich Straftaten über einen gewissen Grad hinaus, langjährige vollständige Abhängigkeit vom Sozialsystem trotz eingeräumter Arbeitsmöglichkeiten, geringe Integrationsleistung.

In diesem Fall hat es eine erneute Prüfung gegeben, die die Entscheidung der Ausländerbehörde in Gotha unterstützt, so dass mindestens einer der Gründe hier zum Tragen gekommen ist. Die Härtefallkommission setzt sich aus verschiedenen Verbänden, Ausländerbeauftragten, Kirchenvertretern, dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses des Thüringer Landtags zusammen. Sie unterscheidet nach humanitären Gründen und gibt entsprechende Empfehlungen ab. Natürlich wird das, was ich an Kriterien gesagt habe, immer mit beachtet. Hier konnten die besagten Gründe herangezogen werden. Das Bleiberecht konnte nicht eingeräumt werden. So bedauerlich es für die Familie ist, es gibt Regeln, die es einzuhalten gilt und die den Betroffenen auch bekannt sind. Auch dieses Einzelschicksal berührt mich genauso, aber es ist in allen Instanzen ausgehandelt. Ich muss leider abbrechen, weil meine Redezeit zu Ende ist. Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP hat sich der Abgeordnete Bergner zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu diesem Thema gab es mit den Drucksachen 5/836 vom 23.04. und 5/1361 vom 18.08.2010 bereits zwei Kleine Anfragen mit der Drucksache 5/1063 vom 03.06.2010 direkt abgelehnt mit 27 zu 43 zu 6 Stim-

men und mit der Drucksache 5/1149 vom 17.06.2010 zwei weitere Anträge. Die Bundesrepublik und die Republik Kosovo haben am 14.04.2010 ein Abkommen über die wechselseitige Rückübernahme ausreisepflichtiger Personen aus dem Gebiet der jeweils anderen Vertragspartei unterzeichnet. Frau Kollegin Holbe hat das gerade erwähnt. Es ist dabei natürlich nicht zu übersehen, dass zahlreiche Menschenrechtsorganisationen, Kirchen, Flüchtlingsorganisationen sowie die Vereinten Nationen die Lage des Kosovo kritisch sehen, grundlegende und dauerhafte Probleme der betroffenen Bevölkerungsgruppen Roma, Ashkali, Sinti und Ägypter in den Griff zu bekommen. So erwarte sie im Falle einer Rückkehr in den Kosovo Armut, Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, mangelnde medizinische Versorgung, keine Chance auf Schulbildung usw. Die Bundesländer Berlin und Nordrhein-Westfalen haben bereits einen faktischen Abschiebestopp erlassen, der eine zwangsweise Rückführung nur in begründeten Ausnahmefällen zulassen soll.

(Beifall DIE LINKE)

Für Thüringen gibt es bislang keine wirklich belastbaren Zahlen - weder in Bezug auf die im Freistaat lebenden Roma, Ashkali, Sinti usw. noch in Bezug auf geplante Rückführungen. Insofern ist die Frage, inwieweit die zuständigen Ausländerbehörden tatsächlich nichts wissen, dann könnte man dahingehend durchaus einmal hinterfragen oder muss man durchaus hinterfragen, oder eben keine Auskunft geben wollen, was wir natürlich nicht unterstellen wollen. Eine Handvoll aktueller Fälle aus Thüringen ist jedoch bekannt. Wir haben es auch heute hier gehört, weil die Anwälte der Betroffenen, und das ist legitim, die Öffentlichkeit gesucht haben. Allerdings betrifft das durchaus, bis auf die Ausnahme, die aus Gotha genannt wurde, auch straffällig gewordene Personen. Auch das muss man bei der Betrachtung des Falles durchaus mit berücksichtigen. Insofern, meine Damen und Herren, muss die Frage unbedingt abstrakt auch betrachtet werden, allgemeingültig betrachtet werden, und nicht nur Einzelfälle. Einzelfälle heißt aber dennoch, dass wir die Einzelfallprüfung dabei nicht vergessen dürfen, das heißt, einzelfallbezogen zu prüfen und die widerstreitenden unterschiedlichen Interessen sorgfältig abzuwägen. Dabei werbe ich für ein Wort des Titularbischofs Clemens, der den klaren Satz ausgesprochen hat: „Denk an den anderen!“. Das heißt, Abschiebungen dürfen nicht unbedacht passieren. Abschiebungen, die unbedacht passiert sind, die auch möglicherweise ohne Abklärung aller im Einzelfall zu prüfenden Sachverhalte geschehen sind, sind nicht ohne Weiteres wiedergutzumachen. Deswegen werbe ich auch dafür, das mit aller Sorgfalt zu sehen und zu betrachten. Es ist mir aber zu wenig, wenn wir uns ausschließlich über das Thema Asyl in dem Zusammenhang unterhalten, sondern, ich denke, wir müssen uns vielmehr Gedan-

(Abg. Bergner)

ken darüber machen, dass in den Heimatländern der Betroffenen menschenwürdige Verhältnisse gefördert werden. Dass in den Heimatländern der Betroffenen Bedingungen aufgebaut werden, die dazu führen können, dass Menschen ihre Heimat gar nicht erst verlassen wollen oder müssen. Denn das sollten wir uns in dieser Debatte auf jeden Fall mit vor Augen führen, es sind die Wenigsten, die gern weggehen. Es sind die Wenigsten, die gern ihre Heimat verlassen, wenn es nicht gerade aus irgendeiner Reise- oder Abenteuerlust ist, sondern die Menschen, die aus Not zu Hause weggegangen sind, wären in den meisten Fällen viel lieber in ihrer Heimat geblieben. Und deswegen, denke ich, muss ein wichtiger Ansatz in der ganzen Frage Asylpolitik ebenfalls mit darin bestehen, dass wir uns weiter und mit Sorgfalt dafür engagieren, dass in den Heimatländern der Betroffenen einfach menschenwürdige Bedingungen vorliegen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Kanis zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Kanis, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, „Keine Abschiebung von Roma-Familien aus Thüringen“ - ich denke, das Anliegen dieser Aktuellen Stunde kann nicht darin bestehen, hier Einzelfälle zu thematisieren, diese in die Öffentlichkeit oder in die Plenarsitzung zu ziehen, denn damit, denke ich, verbessern wir die Situation der einzelnen Familien nicht.

Am 17.06. habe ich für meine Fraktion ausführlich zu den Lebensumständen, die die Menschen im Kosovo, insbesondere die Gruppe der Roma betreffend, Stellung bezogen. An unserer Einstellung hat sich nichts verändert. Es sollen alle Möglichkeiten genutzt werden, um den Menschen, insbesondere den Kindern zu helfen. Es ist bereits gesagt worden, von den rund 12.000 ausreisepflichtigen Roma, die in Deutschland leben, über lange Jahre nur geduldet, sind fast 50 Prozent minderjährig und zum großen Teil in Deutschland geboren. Sie kennen nichts anderes als das Leben in Deutschland. Die Kinder dieser Familien sind insbesondere die Leidtragenden der gesamten Verfahren. Hier geht es - wie es schon angesprochen wurde - um Kindeswohl.

In Thüringen wohnen 399 Menschen aus dem Gebiet der Republik Kosovo, davon sind 45 zur Ausreise verpflichtete Staatsangehörige aus dem Kosovo. Dass diese Gruppe besonders gefährdet ist, bestreitet sicher niemand. Mit dem Rückübernahme-

abkommen zwischen Deutschland und dem Kosovo, das sicher die internationalen Standards beinhaltet, wird dennoch eine große Gruppe von Flüchtlingskindern erzeugt. Nicht nur, dass ihr bisheriges Leben stets von der Angst einer Ausreise begleitet war und ist, was ja schon belastend an sich ist, es kommt noch die Einschränkung durch rechtliche und finanzielle Beschränkungen hinzu, die ihr Leben bisher in Deutschland beeinflussten. Sie leben in einem Land, sie sind hier geboren, fühlen sich zum großen Teil wie Deutsche, aber dennoch können sie nicht wie alle anderen leben. Die Lebensperspektiven sind nicht klar vorgezeichnet und stellen für diese Kinder schon einen enormen Druck dar. Nach einer Rückkehr in den Kosovo verbessert sich die Situation für diese Kinder in keiner Weise. Die Kinder sind in Deutschland in einem System sozialisiert worden, das sich mit ihren neuen Lebensumständen in nichts vergleichen lässt.

Ich möchte nur kurz noch mal auf den Zustand der Unterkünfte, die Ernährungssituation, das Angebot von Beschäftigungsmöglichkeiten und die sozialen Kontakte eingehen. Sie sind auch dort Fremde unter Landsleuten, aber durch ihre ethnische Besonderheit oft auch noch ausgesondert, abgelehnt und zum Teil ohne rechtlichen und sozialen Schutz. Aus vielfältigen Berichten der Kirchen und Hilfsorganisationen sowie Augenzeugenberichten hören wir immer wieder, dass insbesondere diese Kinder im Kosovo nicht in den Kindergarten oder eine Schule gehen und dass Berufsausbildungen nicht oder nur sehr selten möglich sind. Meist liegt es auch daran, dass die in Deutschland geborenen Kinder nicht über entsprechende muttersprachliche Kompetenzen verfügen bzw. ihre Sprache in den Bildungseinrichtungen nicht gesprochen wird.

Mit der Rückführung der Familien, insbesondere der Kinder werden die Bildungschancen minimiert, da die Familien nicht in der Lage sind, in die Bildung ihrer Kinder zu investieren, denn zuerst muss der tägliche Lebensunterhalt gesichert werden. Alle Integrationsbemühungen und Bildungsbestrebungen in Deutschland sind somit verpufft und irrelevant, wenn ein Kind in den Kosovo zurück muss, welches hier viele Jahre gelebt hat.

Diese Rückführung bedeutet für in Deutschland geborene Kinder, dass sie aus ihrem Lebenszusammenhang gerissen werden. Traumatische Veränderungen wie der Verlust des Lebensumfelds, der Sprache, der Freunde und alle ihre Lebenserfahrungen können eigentlich nicht zu einer positiven Persönlichkeitsentwicklung führen. Diese Kinder erleben einen derartig großen Einbruch, einen Knick in ihrer Erfahrungsbiografie, wo niemand davon ausgehen kann, dass sie unbeschadet ihren Weg finden, sich ein selbstbestimmtes Leben, an demokratischen Normen orientiert im Kosovo aufbauen zu können. Für sie wird es sicher ein Ziel sein, so schnell wie möglich ihr Leben in Deutschland fort-

(Abg. Kanis)

zusetzen, aber dabei werden Bildungsentwicklungen zumindest zeitlich unterbrochen, wenn nicht sogar abgebrochen und damit Perspektiven für die Zukunft nicht genutzt.

Sollten Roma-Familien nach Serbien zurückgeführt werden, ist zwar die Krankenversorgung minimal besser, aber es ist keine Lösung, da Staatsbürger der Republik Kosovo keine Papiere und damit keine Anerkennung und folglich auch keine Unterstützung in Serbien erhalten. So kann die Lösung für Roma aus dem Kosovo nicht aussehen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete, würden Sie bitte zum Schluss kommen.

Abgeordnete Kanis, SPD:

Die Situation der betroffenen Familien ist ausgesprochen prekär. Die SPD wird deswegen auch weiterhin eine Unterstützung vor Ort geben und sich für eine Regelung auf Bundesebene einsetzen. Dabei geht es um Hilfe für die Betroffenen, ohne Populismus und ohne eigene Profilierung. Ich danke.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Frau Abgeordnete Berninger das Wort.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten und ein herzliches Willkommen an Frau Heß, die neue Ausländerbeauftragte der Landesregierung.

Ich beginne mit einem Zitat: „Menschen dürfen nicht in unwürdige Verhältnisse abgeschoben werden.“ - zitiert aus einer Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz, die Frau Rothe-Beinlich vorhin schon erwähnt hat, vom April dieses Jahres. Darauf, dass viele internationale Institutionen wie der UNHCR oder der Europarat glaubwürdig über die prekäre sozioökonomische Lage und die andauernde, teilweise massive Diskriminierung von Minderheiten im Kosovo berichten, hat Frau Rothe-Beinlich schon hingewiesen. „Wir müssen wieder die Menschenrechte nicht nur für uns, sondern allgemein sicherstellen.“ - ein weiteres Zitat, das ich nach dem eben von Vertreterinnen der Regierungsfractionen zum Besten gegebenen leider betonen muss.

Frau Holbe, auch wenn keine Massenabschiebungen drohen, für jeden einzelnen Menschen ist es schlimm, als Angehöriger der Roma in den Kosovo abgeschoben zu werden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist das, was Sie gesagt haben, zynisch. Frau Kanis, es sind nicht nur die Kinder, die die Leidtragenden sind, auch die Eltern sind Angehörige der Minderheit und werden diskriminiert.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau wie in der Debatte im Juni zum gemeinsamen Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE haben Sie, Frau Holbe, und Sie, Frau Kanis, die Prüfung des Einzelfalls betont bzw. auf die Härtefallkommission verwiesen.

Ich möchte Ihnen doch einen sogenannten Einzelfall vorstellen, meine Damen und Herren, auch wenn es Frau Kanis nicht gefällt. Aber für die Familie ist das, diese Öffentlichkeit hier im Landtag, fast die letzte Chance, und deswegen sind sie auch damit einverstanden,

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das ist ein ganz großer Trugschluss.)

dass wir das hier in der Öffentlichkeit sagen. Es handelt sich um die Familie Baruti/Islami. Ich möchte Herrn Baruti heute hier im Landtag begrüßen und Ihnen, Herr Baruti und Ihrer Familie, die Unterstützung meiner Fraktion und sicherlich auch die der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versichern.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bari Baruti und Hatije Islami flohen als kosovarische Staatsangehörige 1999 vor dem Krieg nach Deutschland. Ihr Haus war zerstört worden, Herr Baruti war von bewaffneten Serben zu Kriegshandlungen gezwungen worden, die dann von den Albanern als Kollaboration mit den Serben ausgelegt wurde. Die damals 19-Jährige Hatije Islami wurde bei dem Übergriff auf ihr Haus so schwer verletzt, dass sie bis heute körperlich und psychisch an den Folgen leidet. Der am 27. August 1999 gestellte Asylantrag wurde 2005 abgelehnt, seitdem lebt die Familie mit einer Duldung hier in Thüringen. Wenige Tage nach der Asylantragstellung wurde der älteste Sohn Dritan in Jena geboren, vier weitere Kinder kamen in Thüringen zur Welt. Ardijan wird im November zehn Jahre, Anita wurde im Juni acht Jahre, Merita ist fünf Jahre und der jüngste Sohn Mohammed ist jetzt siebeneinhalb Monate alt. Am 10. März wurde die Duldung der siebenköpfigen Familie durch sogenannte Grenzübertrittsbescheinigungen ersetzt mit der Festlegung: „Die Ausreisefrist endet am 30.06.2010.“ Das galt für die gesamte Familie, obwohl für das neugeborene Kind Mohammed Islami ein sowohl im zeitlichen Ablauf als auch im inhaltlichen Ergebnis ungewisses Asylverfahren anhängig war und ihm demzufolge für die Dauer des Asylverfahrens eine Aufenthaltsgestat-

(Abg. Berninger)

tung zustand und damit auch eine Duldung ohne Ausreisefrist eigentlich für die restlichen Familienangehörigen.

Ein im April eingereichter Antrag an die Thüringer Härtefallkommission, der begründet ist mit den Krankheiten sowohl des kleinen Jungen, der an einer angeborenen Herzkrankheit leidet, als auch der Mutter, als auch den Fluchtursachen aus dem Kosovo bzw. aus Serbien, wurde durch die Härtefallkommission behandelt. Die Härtefallkommission reichte ein Härtefallersuchen an das Thüringer Innenministerium ein. Dieses wurde aber abgelehnt, obwohl die von Frau Rothe-Beinlich beschriebene Situation im Kosovo bekannt ist, obwohl bekannt ist, dass es sich um kosovarische Staatsangehörige handelt, obwohl bekannt ist, dass die Kinder die Sprachen ihrer Eltern - romanes und albanisch - nicht sprechen, obwohl bekannt ist, dass die Großeltern der Kinder und zahlreiche Onkel und Tanten hier in der Bundesrepublik leben. Wie hier durch das Innenministerium mit Menschen umgegangen wurde, ist ein Skandal, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren, die eingangs zitierte Forderung könnte auch abgewandelt heißen: Wir müssen wieder die Menschenrechte nicht nur für uns, sondern allgemein und für Bari Baruti, Hatije Islami und ihre Kinder Dritan, Ardijan, Anita, Merita und Mohammed sicherstellen. Die eingangs zitierte Forderung stammt übrigens von Herrn Prof. Dr. Schwarz-Schilling, ehemals Bundespostminister für die CDU, wie Sie sich sicherlich erinnern. In der Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz ist davon die Rede -

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete, die Redezeit ist zu Ende.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

noch drei Sätze, Frau Präsidentin -, dass es für viele der jetzt von Abschiebung Bedrohten die erste Vertreibung ihres Lebens wäre. Die wäre es auch für die Kinder von Bari Baruti und Hatije Islami. Ich kann nur hoffen, Herr Innenminister, dass Sie diese Abschiebung stoppen werden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung erhält Innenminister Prof. Dr. Huber das Wort.

Prof. Dr. Huber, Innenminister:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, zu dem konkreten Fall der Familie Baruti werde ich keine Ausführungen machen. Erlauben Sie mir aber einige grundsätzliche Anmerkungen.

Vollziehbar ausreisepflichtige Personen sind gesetzlich verpflichtet, die Bundesrepublik Deutschland zu verlassen. In einem Verwaltungsverfahren wird auf der Grundlage des Asylverfahrens- und des Aufenthaltsgesetzes vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unter den zuständigen Ausländerbehörden die Ausreisepflicht eines Ausländers festgestellt. Für Thüringen, aber auch die anderen Länder hat eine freiwillige Ausreise dieser Personen grundsätzlich Priorität gegenüber einer zwangsweisen Zurückführung. Daher werden ausreisepflichtige Personen von den Ausländerbehörden regelmäßig auf die bestehenden Möglichkeiten sowohl der Übernahme der Reisekosten als auch der Gewährung einer finanziellen Starthilfe im Rahmen der Bund-Länder-Programme REAG - Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany und Government Assisted Repatriation Programme (GARP) hingewiesen. Trotz des teilweisen Ausstiegs des Bundes in diesem Jahr aus diesen Programmen konnte das Thüringer Innenministerium ihre Fortführung bisher sicherstellen. Die Entscheidung, von der Möglichkeit einer freiwilligen Ausreise Gebrauch zu machen, obliegt natürlich der Verantwortung der Ausreisepflichtigen selbst. Erfolgt keine freiwillige Ausreise, ist die jeweilige Ausländerbehörde nach § 58 des Aufenthaltsgesetzes verpflichtet, die bestehende Ausreisepflicht durchzusetzen und die Betroffenen abzuschicken. So wie jede ausländerrechtliche Maßnahme unterliegt auch die Abschiebung einer Einzelfallprüfung. Dabei wird von der zuständigen Behörde insbesondere geprüft, ob der Abschiebung eines Ausländers Abschiebungshindernisse entgegenstehen. Das gilt für alle vollziehbar Ausreisepflichtigen, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit.

Meine Damen und Herren, die Thematik der Abschiebung von Roma wird insbesondere im Zusammenhang mit einer Rückführung dieser Volkszugehörigen in den Kosovo bzw. nach Serbien problematisiert und war mehrfach Gegenstand der Erörterung dieses Hohen Hauses. Die immer wieder befürchteten Massenabschiebungen von Roma in den Kosovo gibt es nicht. Die derzeit praktizierte sukzessive Rückführung von Personen kosovarischer Herkunft in die Republik Kosovo orientiert sich im Interesse eines nachhaltigen Rückkehrprozesses an den Zusicherungen des Bundes und der Länder an die Republik Kosovo. So hat die Bundesregierung drei Kriterien für die Stellung von Rücknahmeersuchen an die kosovarischen Behörden festgelegt:

1. Bis auf Weiteres ist eine Obergrenze von ca. 2.500 Rücknahmeersuchen jährlich einzuhalten.
2. Ein angemessenes Verhältnis der verschiedenen Ethnien ist zu beachten.
3. Rückführungen erfolgen geografisch in alle infrage kommenden Gebiete des Kosovo, um nicht ein-

(Minister Prof. Dr. Huber)

zelne Kommunen in ihren Reintegrationsanstrengungen zu überfordern.

Darüber hinaus haben die Länder vereinbart, mit den Rückführungen von Roma besonders schonend zu beginnen und besonders hilfsbedürftige Personen wie Alte, Kranke, Pflegebedürftige und alleinerziehende Mütter nicht vorrangig zurückzuführen. Das am 14. April 2010 von Herrn Innenminister de Maizière und seinem kosovarischen Kollegen unterzeichnete Rückübernahmeabkommen ist zum 1. September in Kraft getreten. Damit werden die Voraussetzungen und technischen Einzelheiten für eine Rücknahme, aber auch das Verfahren und der Vollzug geregelt. Das bisherige Verfahren ändert sich dadurch kaum. Wesentliche Änderung ist, dass es jetzt eine Verschweigenfrist von 30 Tagen gibt, innerhalb derer die kosovarischen Behörden gehalten sind, die Rücknahmeersuchen zu beantworten. Sie können sicher sein, dass sich der Bund und die Länder an diese oben genannten Sicherungen halten werden.

Ich möchte aber nicht versäumen, in diesem Zusammenhang kurz auf die Situation in Thüringen einzugehen: Mit Stand von 30. Juni lebten nach dem Ausländerzentralregister 399 Staatsangehörige des Kosovo in Thüringen. Von diesen 399 Staatsangehörigen waren zum Stichtag 30. Juli 219 mit einer Aufenthaltserlaubnis und 94 Personen mit einer Niederlassungserlaubnis erfasst. Nach Mitteilung des Landesverwaltungsamtes hielten sich zum Stichtag 31. August 68 kosovarische und 45 serbische ausreisepflichtige Staatsangehörige in Thüringen auf. Eine Differenzierung nach Ethnien wird nicht vorgenommen. In den Fällen, in denen dringende humanitäre und persönliche Gründe einen Aufenthalt im Bundesgebiet rechtfertigen, kann zudem die Härtefallkommission auch für Angehörige der Volksgruppe der Roma eine aufenthaltsrechtliche Perspektive eröffnen. Eine Entscheidung setzt eine Einzelfallprüfung voraus. Dabei werden die Dauer des Aufenthalts, aber auch Erkenntnisse über die Integration der Betroffenen und gegebenenfalls ihrer Familien, der Besuch von Kindereinrichtungen, Schule, gesellschaftliches Engagement, Sprachkenntnisse und anderes herangezogen. Auch die Sicherung des Lebensunterhalts kann in die Entscheidung mit einbezogen werden. Im Ergebnis dieser Prüfung ist eine Ablehnung des Härtefallersuchens möglich. Einem Härtefallersuchen kann auf keinen Fall gefolgt werden, wenn durch den Betroffenen Straftaten von einigem Gewicht begangen worden sind. So erhielten seit Errichtung der Härtefallkommission im Jahr 2005 mehr als 400 Personen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 a des Aufenthaltsgesetzes. Wir alle sind uns bewusst, dass viele im Kosovo lebende Menschen, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, im täglichen Leben mit wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten konfrontiert sind. Gleichwohl

wurde bereits unter der Federführung der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen (UN MK) mit dem Neu- und Wiederaufbau von Siedlungen, auch für Roma, begonnen. Häuser und Appartementblocks wurden erstellt sowie eine grundlegende Infrastruktur, zum Beispiel eine Poliklinik errichtet. Weitere Baumaßnahmen und die Wiederherstellung von sozialen und gemeindlichen Strukturen sind unter Federführung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen vorgesehen, um die Dauerhaftigkeit der Rückkehr zu sichern.

Daneben gibt es verschiedene Rückkehrprojekte, die sich an ethnische Minderheiten wie die Roma, Ashkali und Ägypter wenden. So steht allen Rückkehrern aus Deutschland eine soziale und psychologische Erstbetreuung zur Verfügung. Freiwillige Rückkehrer aus Deutschland können Eingliederungshilfen einschließlich Beratung und psychologischer Betreuung im Rahmen des Rückkehrerprojekts der Arbeiterwohlfahrt Nürnberg erhalten. Außerdem bietet das Diakonische Werk im Zusammenhang mit der Diakonie Trier Rückkehrern aus Deutschland Ausbildungsmöglichkeiten in verschiedenen Handwerksberufen. Diese Angebote richten sich auch und gerade an die Angehörigen der Roma. Die medizinische Versorgung der Bevölkerung ist mittlerweile gewährleistet und die Schulpflicht für Kinder eingeführt. Das Ziel vieler Aktivitäten der im Kosovo tätigen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen ist es, dass die Betroffenen einen Einstieg in den Arbeitsmarkt schaffen und somit ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit erreichen.

Die Landesregierung sieht vor diesem Hintergrund keine Veranlassung, von der bisherigen Rückführungspraxis abzuweichen. Darüber hinaus hat der Freistaat Thüringen nicht die rechtlichen Möglichkeiten, Abschiebungen auf Dauer auszusetzen. Eine dauerhafte Aussetzung kann nur im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Inneren erfolgen. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Abgeordneten stehen noch 3 Minuten Redezeit zur Verfügung. Es hat sich Frau Abgeordnete Berninger für die Fraktion DIE LINKE noch einmal zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren, Herr Minister, der Freistaat Thüringen hat freilich die Kompetenz, solche Dinge zu entscheiden, ebenso wie es Nordrhein-Westfalen entschieden hat und ebenso wie es in Berlin entschieden wurde. Sie können ja nicht schon wieder unterstellen, dass diese beiden Bundesländer rechtswidrig handeln würden.

(Abg. Berninger)

Frau Kanis, Sie haben davon gesprochen, dass Sie vor Ort unterstützen wollen. Das ist sehr loblich gedacht, aber Unterstützung allein vor Ort nützt nur kurzfristig. Wichtig wäre, dass sich die Regierungsfraktion SPD in ihrem Verantwortungsbereich dafür einsetzt, dass, wie es Herr Schwarz-Schilling gesagt hat, wir wieder die Menschenrechte nicht nur für uns, sondern allgemein sicherstellen.

Dass die Prämissen des unsäglichen Rückübernahmeabkommens vom April durch Behörden - egal ob deutsche oder kosovarische - korrekt umgesetzt werden, Herr Minister, ändert nichts an der Situation, an der Not und dem Elend, in das wir die Menschen im Kosovo schicken, an der massiven Diskriminierung, der sie dort aufgesetzt sind. Wir können Männer, Frauen und Kinder nicht in solche Situationen schicken, wenn wir unsere Verantwortung für die Achtung und Einhaltung der Menschenwürde ernst nehmen wollen.

(Beifall DIE LINKE)

Gerade bei Familie Baruti ist es so, dass sie als kosovarische Staatsangehörige nach Serbien abgeschoben werden sollen, wo sie keinen Zugang zu Arbeit, Schule oder kostenloser medizinischer Versorgung haben werden und das bei der medizinischen Vorgeschichte, die ich skizziert habe, sondern sie müssten dann weiterreisen in den Kosovo, könnten sich dort lediglich registrieren lassen und maximal eine monatliche Sozialhilfe in Höhe von 50 € für die gesamte Familie erhalten - von den Diskriminierungen ganz zu schweigen. Wenn Sie von Einzelfallprüfung sprechen, dann muss man aber auch im Sinne der Menschen Einzelfälle prüfen und muss die von mir beschriebenen, im konkreten Einzelfall benannten Abschiebungshindernisse auch ernst nehmen, die attestierten körperlichen und psychischen Erkrankungen beispielsweise. Das ist eine Verantwortung der Landesregierung und ich möchte Sie noch einmal bitten, diese Familie nicht abzuschieben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt jetzt keine weiteren Redeanmeldungen. Ich schließe die Aktuelle Stunde in dem Teil b).

Ich rufe auf den **dritten Teil**

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Auswirkungen des Fehlens der Rechtsverordnungen auf die Umsetzung des Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/1525 -

Für die Fraktion DIE LINKE erhält Frau Abgeordnete Jung das Wort.

Abgeordnete Jung, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, wir haben heute ein weiteres Mal eine Aktuelle Stunde zum Kita-Gesetz beantragt, weil unser Minister, der ja heute leider nicht anwesend ist, nicht Wort gehalten hat. In der Sondersitzung des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur am 6. Juli dieses Jahres sagte der Minister zu, dass die erforderliche Herstellung des Einvernehmens mit dem Ausschuss für die Rechtsverordnungen in der Sitzung des Bildungsausschusses am 2. September erfolgen könne. Wir haben auf den 2. September gewartet, dann haben wir die nächste Ausschuss-Sitzung noch abgewartet, den 30. September, und immer lagen noch keine Rechtsverordnungen vor. Also haben wir die Aktuelle Stunde beantragt; die Rechtsverordnungen nach gut fünf Wochen der Zusage liegen noch immer nicht vor. Nach wie vor fehlen die Rechtsverordnungen zu den räumlichen Ausstattungen der Kitas, den Wahl- und Mitwirkungsrechten der Elternbeiräte und den Fordergrundsätzen des Landes. Hier ist zu bemerken, wir haben seit zwei Monaten das neue Kita-Gesetz in Kraft, die Elternvertretungen in den einzelnen Kindertagesstätten sind gewählt und wie geht es weiter? Es fehlen die Rechtsverordnungen zur Zusammensetzung der Gruppengröße und der Zusammensetzung der Gruppen in den Kindertagesstätten, die Rechtsverordnung zur Sicherstellung der Qualität in den Einrichtungen und der Fachberatung, die Spitzabrechnung - und, ich denke, das ist eine entscheidende Rechtsverordnung für das Jahr 2010 - und es fehlt die Rechtsverordnung zur Kindertagespflege.

Und das, meine Damen und Herren, führt dazu, dass sich zahlreiche Gemeinden und Städte auf diese fehlenden Rechtsverordnungen beziehen, auch wenn es manchmal gar keine Gründe dafür gibt. Wenn Sie eine doch sehr freimütige Auslegung des Kita-Gesetzes vornehmen, wie auch zum Teil komplette Verweigerung, das Gesetz bis zum Jahr 2013 umzusetzen. Wenn man versucht, herauszufinden, wie dieses Gesetz in Thüringen umgesetzt wird, erhält man aus den Kreisen ebenso unterschiedliche Antworten wie von den einzelnen Kommunen oder den Trägern. Die einen rechnen schon mit Gebührenerhöhungen von 1 bis 300, zum Teil bis 400 Prozent, wie beispielsweise die Verbandsgemeinde Wachsenburg. In Ruhla ist eine Erhöhung der Kita-Gebühr von 68 auf 100 € und für einen Krippenplatz von 85 auf 150 € beschlossen worden. Bei manchen Trägern werden kürzere Öff-

(Abg. Jung)

nungszeiten diskutiert. Und, wie gesagt, manche weigern sich sogar, das Gesetz überhaupt vor dem Jahr 2013 umzusetzen.

Aber, meine Damen und Herren, alle Kommunen bekommen die erhöhte Kostenpauschale. Und sie bekommen sie auch, wenn sie keine neuen Erzieherinnen einstellen. Ich denke, da hat das Ministerium eine klare Verantwortung, dass dies auch entsprechend umgesetzt wird.

(Beifall DIE LINKE)

Obwohl es der Wille des Gesetzgebers ist, und damit auch der Wille unseres Hauses hier, dass die Eltern nicht stärker belastet werden, dass die Einrichtungen mindestens zehn Stunden am Tag geöffnet sind, wird dies nicht umgesetzt. Herr Matschie, in dieses Chaos greifen Sie als Minister - er ist ja nicht da - nicht ein. Prof. Opielka hat in seinem Familienbericht - auf Seite 148 nachzulesen - geschrieben, ich zitiere: „Die politische Intention, den Kita-Bereich als einen Ort der Dienstleistungen und als Markt frühkindlicher Bildungsangebote zu konzipieren, erscheint in mehrfacher Hinsicht fragwürdig.“

Genauso fragwürdig, meine Damen und Herren, erscheint, wenn fachliche Verordnungen - und Sie planen ja eine Rechtsverordnung für diese vielen Aufgabenbereiche - zusammengepackt werden mit finanziellen Verordnungen und dann im Finanzministerium das Paket der Verordnungen auch dadurch blockiert wird. Darüber muss man nachdenken und darüber muss man reden, ob das sinnvoll ist.

Wenn Sie sich aber, meine Damen und Herren, gegen Ihren eigenen Koalitionspartner in Ihrem ureigensten politischen Anliegen nicht durchsetzen können, ist doch sehr fraglich, auf welchen tönernen Füßen diese Regierung steht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fordere Sie daher auf, Herr Matschie und auch Frau Ministerin Walsmann, schnellstmöglich die fehlenden Rechtsverordnungen vorzulegen und somit für gleiche Verhältnisse der frühkindlichen Bildung in ganz Thüringen zu sorgen. Die Petition der Eltern, die Sie auf dem Landeselterntag

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordnete Jung, DIE LINKE:

- einen Satz - entgegengenommen haben, das ist in vollem Gange. Wollen wir wieder diese Petitionen in Größenordnungen - Herr Schröder, Sie können sich freuen, ich habe schon mehrere Pakete auf meinem Tisch - in Kauf nehmen? Danke.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion erhält der Abgeordnete Kowalleck das Wort.

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren. „Kommt, lasst uns unseren Kindern leben“. Dieser Satz von Friedrich Fröbel, dem Begründer des Kindergartens wird gerade in meiner Heimat oft verwandt. Wir feiern in diesem Jahr 100 Jahre Fröbelmuseum in Bad Blankenburg. Aber warum zitiere ich diesen Satz? Weil wir uns an dieser Stelle klar sein sollten, dass wir mit dem neuen Kindergartengesetz einen entscheidenden Beitrag für die frühkindliche Bildung leisten, und das in Thüringen, in einem Land mit guter Tradition in diesem Bereich. Das Thüringen Journal war gestern in meiner Heimatstadt Saalfeld und drehte einen Beitrag zum Thema „Kita-Gesetz im Praxistest“, man konnte sehen, dass die Erzieherinnen und Erzieher nicht nur in der Saalfelder Kita am Goldfischteich, sondern in ganz Thüringen eine großartige Arbeit leisten und dafür an dieser Stelle auch ein ganz besonderes auch persönliches Dankeschön.

(Beifall CDU)

Ein Grund für den gestrigen Beitrag war ein offener Brief der Initiative für eine bessere Familienpolitik. Der Beitrag zeigte, dass es in manchen Kommunen doch unterschiedliche Erfahrungen mit der Umsetzung des Thüringer Kindergartengesetzes gibt. Es lohnt sich, miteinander in einen Erfahrungsaustausch zu treten. Es ist durchaus richtig und wichtig, dass wir das Thema Kindertagesstätten in Regelmäßigkeit in diesem Hohen Hause behandeln. Deshalb werden wir die Fragen zur Umsetzung auch gern besprechen. In diesem Zusammenhang kann ich den Kollegen von der Opposition zum wiederholten Male sagen, CDU und SPD haben gemeinsam das Thüringer Kindertagesstättengesetz auf den Weg gebracht und wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Natürlich mit einhelliger Zustimmung dieses Hohen Hauses. Bei jedem Gesetz und jeder Verordnung gilt das Prinzip Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Eines muss uns dabei doch allen klar sein, die Rechtsverordnung regelt Verfahrensfragen und keine inhaltlichen Fragen. Zur Planung des aktuellen Kindergartenjahres bedarf es keiner Verordnungsregelung. Alle relevanten Sachverhalte sind im Gesetz geregelt.

(Abg. Kowalleck)

Auf die einzelnen Punkte der Diskussion versuche ich jetzt auch noch einzugehen. Aufgrund der Zeit wird das sicher nicht vollständig sein.

Zur Wahl der Elternbeiräte: Die Wahl- und Mitwirkungsrechte der Eltern funktionieren in der Praxis oft besser, als manch einer denkt. Hier wurden die Regelungen bereits im Gesetz festgeschrieben und die Wahlen können durchgeführt werden. Zum Thema Elterngebühren hat sich der Minister oft genug öffentlich geäußert. Die entsprechenden Regelungen sind auch im Gesetz enthalten, was die Kosten betrifft. Der Minister hat auch oft genug gesagt, dass die Umsetzung des Thüringer Kita-Gesetzes keine Erhöhung der Elterngebühren erfordert. Ich muss aber hier auch sagen, auch in meinem Wahlkreis gab es in den letzten Wochen Stellungnahmen von Verwaltungen, die eine Erhöhung der Elterngebühren mit dem neuen Kita-Gesetz begründen. An dieser Stelle möchte ich aber auch sagen, die Erhöhung der Elterngebühren obliegt dem Selbstverwaltungs- und Satzungsrecht der Kommunen. Und wenn hier eine Erhöhung der Gebühren erfolgt, kann es die Landesregierung natürlich auch nicht verhindern. Wir haben es auch im Gesetz festgeschrieben, dass die Ausgestaltung von Elternbeiträgen sozialverträglich erfolgen muss.

Zum Thema Fachberatung haben wir zahlreiche Gespräche auch mit den Trägern geführt. Die entsprechenden Regelungen finden wir im SGB VIII. Und ich sehe es auch persönlich als einen wichtigen Punkt an, die Träger vor Ort entsprechend in die Fachberatung mit einzubeziehen. Entsprechende Formulierungen gibt es dazu auch im Gesetz.

Auch die Umsetzung der Personalschlüssel ist im Gesetz festgeschrieben. Zur Einstellung neuer Erzieher wurde im Gesetz eine Übergangsfrist festgeschrieben. Die Kommunen sind zum Bericht verpflichtet, in welchem Zeitraum sie neue Personalschlüssel erreichen wollen und welche Hinderungsgründe vorliegen, wenn der Personalschlüssel nicht erreicht werden kann. Zur Kontrolle der Personalschlüssel gibt es bereits jetzt eine Meldepflicht der Träger zweimal im Jahr.

Meine Damen und Herren, Thüringen ist das Land von Friedrich Fröbel und des Kindergartens. Wir haben in den letzten beiden Jahrzehnten gute Grundlagen für unsere Kindergärten geschaffen. Dass uns diese Maßnahmen viel Geld kosten in einer schwierigen Haushaltslage, das hat heute, denke ich, auch jeder begriffen. Wir haben mit dem neuen Kindergartengesetz in Thüringen hervorragende Voraussetzungen für bessere Bildungsmöglichkeiten geschaffen und dazu stehen wir.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion erhält Frau Abgeordnete Hitzing das Wort.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, bevor ich zur Thematik der Aktuellen Stunde komme, möchte ich meine Verwunderung zum Ausdruck bringen über die Fülle der besetzten Regierungsbank. Das muss ich mal so sagen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also ich spreche ausdrücklich von den Ministern.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Die sind alle beim Volk und kümmern sich um die Probleme.)

Nach wie vor bin ich der Meinung, dass wir mit diesem Gesetz, dem Kindertageseinrichtungsgesetz, einen sehr guten Wurf gelandet haben in Thüringen und uns da im bundesweiten Durchschnitt ohne Diskussion an einen sehr weit vorn liegenden Platz katapultiert haben. Wir haben für unsere Kleinsten einen guten Start garantiert, denn es gibt nichts Schlimmeres - darüber sind wir uns alle im Klaren und auch alle einig - als einen schlechten oder einen ungleichen Start am Beginn der Bildungskarriere eines Menschen. Demzufolge stehen wir diesem Gesetz logischerweise nach wie vor sehr positiv gegenüber und sind uns auch unserer Verantwortung, die wir mit der Zustimmung zum Gesetz am 29.04.2010 eingegangen sind, bewusst. Dieses Gesetz wurde mit nur 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen. Das zeugt davon, dass sich das Parlament sehr einig war. Das ist vor fünf Monaten gewesen. Ich bin mir nicht ganz im Klaren, das muss ich jetzt ausdrücklich sagen, ob diese Verantwortung, die wir hier eingegangen sind, auch bei der Regierung so angekommen ist und ob das Ministerium diese Verantwortung auch so erkennt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn die Unzulänglichkeiten bei der Umsetzung des Gesetzes sind sehr deutlich. Frau Jung hat noch einmal darauf hingewiesen: 6. Juni, 2. September, 30. September 2010, wir haben also sehr oft über die Tatsache gesprochen, dass die Umsetzung des Gesetzes Probleme bringen kann. Darauf wurde hingewiesen, und zwar ganz besonderes an der Stelle, dass die Rechtsverordnungen fehlen und sie fehlen tatsächlich bis heute. Egal, wie viel im Gesetz drinsteht, die Praktiker vor Ort, die Kommunen, die Träger brauchen eine Rechtsverordnung.

(Beifall DIE LINKE, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Hitzing)

Weil diese fehlt, gibt es solche interessanten Entwicklungen, ich möchte sie mal Kapriolen nennen, wie z.B., dass die Stadt Mühlhausen sagt: Mit Begründung oder mit Bezug auf dieses Gesetz erhöhen wir die Elternbeiträge. Auch andere Kommunen sind verunsichert und wissen überhaupt nicht, wie sie sich richtig verhalten. Das Prinzip kennen wir im Grunde genommen. Es ist ein Prinzip, das im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Einzug gehalten hat, nämlich ein schlanker Satz: „Das Nähere regelt eine Rechtsverordnung.“ Die Frage ist: Wann kommt die Rechtsverordnung und was machen wir bis dahin?

(Beifall DIE LINKE)

Gehen wir in Vorkasse oder gehen wir nicht in Vorkasse, bekommen wir das Geld zurück oder bekommen wir es nicht? Bei aller Liebe zur Rechtsprechung muss ich doch sagen, es gibt eine gewisse Ungewissheit in den Kommunen und man kann den Leuten diese Ungewissheit auch nicht nehmen. Sie wissen einfach nicht, was auf sie zukommt.

Noch ein paar Worte zur Umsetzung des Kindertagesstättengesetzes. Ich habe schon einmal eine Kommune aus Nordthüringen erwähnt in einem meiner letzten Beiträge. Ich möchte noch einmal ganz kurz darauf eingehen. Ich habe heute auch extra noch einmal dort angerufen und nachgefragt, ob sich etwas geändert hat. Nein, es hat sich nichts geändert. Die Trägerkommune, es geht um die Stadt Bleicherode, erfüllende Gemeinde, weiß also tatsächlich nach wie vor nicht, wie wird sich das auswirken auf das nächste Jahr. Was passiert mit den Spitzabrechnungen? Momentan sehen die Hochrechnungen so aus, dass eventuell 25.000 € für die Stadt Bleicherode fehlen werden. Diese Stadt Bleicherode hat das personell alles schon sehr schön vorbereitet. Es sind Kindergärtnerinnen, Erzieherinnen eingestellt worden oder der Stundenumfang ist erhöht worden, aber jetzt gibt es schon ein Defizit bzw. Mehrausgaben in Höhe von etwa 10.000 €, die nicht eingestellt sind im Haushalt 2010. Hier steht also auch der Punkt der Schlüsselzuweisung. Gut wäre, wenn die Schlüsselzuweisungen auch zweckgebunden wären, dass auch genau zu sehen ist, für welchen Zweck ist denn eigentlich das Geld? Der Kollege Kowalleck hat Saalfeld genannt, ich möchte auch das Thüringen Journal noch ein Stück weiter ansprechen. Großbodungen war auch dabei, das ist im Eichsfeld und gar nicht so weit weg von der Gegend Bleicherode. Da sprach der Bürgermeister, der gesagt hat, dass er nicht weiß, wie es weitergehen soll und sich unsicher ist. Wir fordern deshalb auf, die Mittel zur Verfügung zu stellen, dass das Gesetz kostenneutral umgesetzt werden kann, wie es versprochen wurde.

(Beifall FDP)

Wir fordern natürlich auch die Kommunen auf, sich daran zu erinnern, dass sie nicht irgendwelche Zahlungen auf die Eltern umlegen dürfen. Meine Redezeit ist zu Ende, ist sehe es. Aber ich möchte noch einen letzten Satz sagen mit Ihrer Genehmigung: Der Minister hat das Parlament in einer seiner letzten Reden zu diesem Thema gebeten, doch bitte bei aller Kritik den Kindergarten im Dorf zu lassen. Für meine Fraktion kann ich das versprechen, möchte aber gleichzeitig darum bitten, den Kindergärten in den Orten auch die Möglichkeit zu geben, ordentlich zu arbeiten. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion erhält Frau Abgeordnete Pelke das Wort.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, werte Kollegin Hitzing, ich freue mich ja, dass Sie den Kindergarten im Dorf lassen wollen und damit auch den Minister Matschie unterstützen, insofern gehe ich gleich weiter zu den Worten von Frau Kollegin Jung. Frau Kollegin Jung, wir haben lange genug gemeinsam für bessere Verhältnisse gekämpft, was die Kindergärten angeht. Wir haben uns hier später übereinstimmend entschieden, diesem Gesetz die Zustimmung zu erteilen. Insofern verstehe ich ja Ihren Unmut, dass Sie gern die Verordnungen mittlerweile auf dem Tisch hätten - dem kann ich mich auch anschließen -, aber dann im Prinzip von der derzeitigen Situation Chaos abzuleiten oder ein Untergangsszenario darzustellen, das halte ich für ein bisschen verwegen und für übertrieben. So ist es nämlich tatsächlich nicht.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE:
Aber Chaos ist es doch.)

Nein, ist es nicht. Chaos ist, wenn nichts mehr geht, Kollege Blechschmidt. Das soll es ja ab und an auch einmal geben.

(Unruhe DIE LINKE)

Aber wenn Frau Kollegin Jung dann auch sagt, es gibt teilweise aus gewisser Unkenntnis oder gewisser Unsicherheit möglicherweise auch Verweigerungshaltungen, ein Gesetz umzusetzen, dann muss ich einmal über die Verantwortungsebenen der Damen und Herren vor Ort diskutieren oder auch über die Informationswege z.B. von Dachorganisationen für die Landkreise und für die Gemeinden und Städte. Also bitte schön, Verweigerung, Gesetze umzusetzen oder zum jetzigen Zeitpunkt abzuleiten, dass man die Gelder auf die Eltern umleitet, das ist nicht notwendig. Ich wiederhole noch einmal, was Kollege Kowalleck auch gesagt hat: Der Minister hat hier mehrfach ganz deutlich

(Abg. Pelke)

darauf hingewiesen, dass alle zusätzlichen Kosten, die dieses Gesetz mit sich bringt, vom Land übernommen werden. Das ist ein Fakt. Dann haben wir noch ein Problem dabei und da will ich es auch noch einmal so deutlich sagen, wie Kollegin Jung es angesprochen hat. Es ging um die Frage der Spitzabrechnung für 2010, was für die Kommunen wichtig ist, auch noch einmal um Details zu ergründen und für sich mit einplanen zu können. Da bin ich Ihnen schon dankbar. Da muss man dann auch einmal deutlich Namen und Hausnummer sagen, trotzdem wir politisch verheiratet sind. Aber es ist einfach so, dass dann diese Papiere im Finanzministerium liegen und dass man im Moment nicht zu Potte kommt. Das muss man so klar sagen und ich hoffe, was die Informationen angeht, dass man in den nächsten Tagen eine Einigung erzielen wird in dieser Frage. Aber - und damit will ich noch auf einige wenige Aspekte eingehen, die auch hier schon benannt worden sind - so zu tun, als könne man im Moment nicht arbeiten, das ist aus Sicht derer, die das behaupten, fahrlässig. Das ist es nämlich nicht.

Es sind schon die Dinge angesprochen worden, was die Mitwirkungsrechte von Elternbeiräten angeht, das ist nicht nur im Gesetz festgehalten. Da gibt es auch andere Grundlagen, was Anhörungsrechte und, und, und angeht. Mittlerweile kann gearbeitet werden aufgrund dessen, was im Gesetz festgeschrieben ist, auch was die Gruppengröße und Zusammensetzung angeht, der § 14 unseres Kita-Gesetzes. Dieses ist durch den Personalschlüssel festgelegt. Also man kann arbeiten. Die Sicherstellung der Qualität, das ist schon erwähnt worden, dass die Ausgestaltung der Fachberatung in Arbeit und in der Diskussion ist, auch da wissen alle, dass in der Anhörung die Frage der Fachberatung intensiv noch einmal mit angesprochen worden ist und sicherlich hier auch noch Diskussionen notwendig sind.

Was die Finanzen angeht, habe ich mich ganz deutlich noch einmal geäußert, das Verfahren zur Feststellung der Kosten für die Kindertagesbetreuung. Da appelliere ich wirklich auch einmal an die Verantwortung aller, die vor Ort Verantwortung tragen. Wir haben hier im Land, und damit meine ich Sie alle, die Verantwortung übernommen, eine neue, eine beispielhafte Bildungspolitik anzugehen, mit zusätzlichen Stellen, mit mehr Qualität, mit mehr Finanzen. Diese Finanzen stehen zur Verfügung und die Rechtsverordnung wird es in wenigen Tagen sicher auch tun. Ich denke, dann sind auch endgültig zunächst einmal die Hausaufgaben gemacht. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich fange auch einmal mit dem bereits zitierten Chaos an. Trotz des Chaos gestatten Sie mir, dass ich es so bezeichne, wenn Sie hier beschreiben, dass die einen nicht so richtig wollen, die anderen eigentlich wollen, in den nächsten Tagen etwas kommt und eigentlich schon etwas vorliegt, es sich nur noch um wenige Tage handeln kann, aber trotzdem noch von Gründlichkeit vor Schnelligkeit geredet wird, wo wir mittlerweile über ein halbes Jahr sprechen, dass wir hier eine Sternstunde - so ist es damals bezeichnet worden - im Parlament gefeiert haben, weil wir so weit vorangekommen sind mit der guten frühkindlichen Bildung und Erziehung in Thüringen, kann ich nur sagen, ein herzliches Dankeschön an alle Erzieherinnen und Erzieher vor Ort, die trotz dieser Zustände, die wir hier auf Landesebene und in der Verwaltung an der Stelle leider erleben, sie eine so gute und wichtige Arbeit leisten. Denn lassen Sie uns doch nicht drum herumreden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im April haben wir hier dieses Gesetz in großer Einnigkeit verabschiedet. Da war es auch nicht ganz neu, es lag lange vor, es war lange vordiskutiert. Es gab ein Volksbegehren und so weiter und so fort. Wir wissen ja aber wie das ist, wer sich dann alles gern Erfolge auf die Fahnen schreibt. Lassen Sie es uns so festhalten: Wir haben es gemeinsam beschlossen, aber die Erstellung der Rechtsverordnungen ist nun einmal Sache der zuständigen Ministerien. Dass dann - nach einem guten halben Jahr kann man sagen - darauf gedrungen wird, dass diese jetzt auch endlich kommt, hilft auch nicht weiter, wenn es dann heißt, es wäre ja alles im Gesetz geregelt. Wenn alles schon so gut im Gesetz geregelt ist, frage ich mich erst recht, was es so schwierig macht, diese Rechtsverordnung endlich auf den Weg zu bringen. Für mich jedenfalls liest sich das alles wie eine Verzögerungstaktik und wenn ich noch so gutwillig bin, muss ich mich ja dann fragen: Was steckt dahinter? Wenn ich dann einmal in die Kommunen - eben ist schon Mühlhausen genannt worden - hineinschaue, und in Mühlhausen beispielsweise sind die Kita-Gebühren gerade von 100 auf 125 € erhöht worden.

(Zwischenruf Abg. Kubitzki, DIE LINKE: Aber nicht wegen dem Gesetz, sondern wegen der Haushaltslage.)

(Abg. Rothe-Beinlich)

Natürlich nicht wegen dem Gesetz, sondern weil die Kommunen so schlecht ausfinanziert sind. Aber nichtsdestotrotz als hier noch die Rede davon war, dass alle Kosten vom Land übernommen werden, macht es natürlich sehr schnell die Runde oder fragen sich viele, was passiert hier eigentlich auch und gerade angesichts der Tatsache, dass eben die Rechtsverordnungen nicht vorliegen und wir alle nicht wissen, was da nun tatsächlich genau kommt. In diesem Sinne möchte ich doch wirklich dringend darum bitten, dass nach diesem langen Zeitraum und im Sinne des von Herrn Kowalleck zitierten - ja ich nenne ihn einmal - Herrn Fröbel, Vater der Kindergärten hier in Thüringen, der ja genau das zum Ausdruck gebracht hat, worum es eigentlich geht, dass die Kinder im Mittelpunkt stehen, dass sie die bestmögliche Unterstützung, die bestmögliche Förderung etc. erfahren, dass wir auch in diesem Sinne endlich dieses Gesetz vervollständigen, indem es auch die dazu erforderlichen Rechtsverordnungen endlich gibt. Ich denke, wenn wir dies auf den Weg bringen und das tatsächlich auch in den nächsten Tagen gelingt, dann wird auch deutlich, dass für Spekulationen kein Raum bleibt, sondern dass tatsächlich ein fester Boden dafür geebnet ist, was frühkindliche Bildung und Erziehung stützt. Darum muss es uns schließlich gehen. Ich sage noch einmal ganz deutlich: Mir ist es ein Rätsel, warum sich die Regierung immer wieder derartige Eigentore quasi baut. Wie gesagt, wir haben vor einem halben Jahr das Gesetz hier alle gemeinsam beschlossen. Es gab ganz viel guten Willen von allen Seiten. Warum dann derart verzögert wird, warum dann derart, ich sage einmal, sparsam mit Informationen gehandhabt wird, kann ich jedenfalls nicht verstehen. Deswegen möchte ich noch einmal werben für ganz viel Transparenz und auch für eine gewisse Schnelligkeit, so gründlich natürlich wie es nötig ist, aber im Sinne aller, die mit diesen Verordnungen arbeiten müssen, endlich Sicherheit zu schaffen, auf das wir tatsächlich davon reden können, dass die Sternstunde nicht zur Sternschnuppe verkommt. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung erhält Staatssekretär Prof. Merten das Wort.

Prof. Dr. Merten, Staatssekretär:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich vielleicht ein Wort vorab sagen. Oswald Spengler hätte seine Freude an dieser Sitzung. Der Untergang des Abendlandes scheint hier eingeläutet zu werden, weil eine Rechtsverordnung fehlt.

(Unruhe DIE LINKE)

Also er hätte seine große Freude mit der Veranstaltung.

Das Zweite lassen Sie mich auch dazu sagen. Der Begriff des „Chaos“ ist ja hier schon mehrfach traktiert worden - ich muss Ihnen gestehen, mein Verständnis des Rechtsstaats ist ein anderes. Gesetz ist Gesetz und das Gesetz gilt und das Gesetz liegt vor. Das ist Tatsache.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Nicht so arrogant!)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Und was steht drin? Es kommt eine Rechtsverordnung.)

Und, hören Sie zu, der zweite Punkt ist - ich bin ja kein Jurist, aber ich habe inzwischen von den Juristen gelernt -, ich weiß, dass es die Wesentlichkeitstheorie gibt und dass derzufolge die wesentlichen Bestandteile im Gesetz und nicht in der Ordnung festgehalten werden - und das Gesetz liegt vor. Das ist Tatsache, an der werden wir nicht vorbeikommen.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Das ist doch keine Haarspalterei, wo ist die Rechtsverordnung.)

(Unruhe DIE LINKE)

Moment, Moment, de l'une à l'autre, de l'une à l'autre, eins nach dem anderen, wir kommen darauf gleich zurück. Lassen Sie mir erst einmal eine Chance nach meinen Vorbemerkungen.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes und anderer Gesetze vom 4. Mai 2010, wurde die Grundlage für eine deutlich nachhaltig verbesserte frühkindliche Bildungspolitik in Thüringen geschaffen. Ich glaube, das ist nun wirklich unstrittig. Neue Qualitätsstandards für die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung in Thüringen wurden festgelegt, die nunmehr seit dem 1. August 2010 gelten und diese werden - das Gesetz gilt - umgesetzt. Dabei ist es unerheblich, ob die Rechtsordnung vorliegt oder ob sie noch nicht vorliegt. Das Gesetz gilt. Das neue Gesetz eröffnet Verordnungsermächtigungen, begründet aber keine Verpflichtung Verordnungen zu erlassen.

Eines muss klar sein - ich sage das noch mal ganz deutlich: Alle wesentlichen Regelungen für die Umsetzung des neuen Rechts sind im Gesetz selbst festgehalten. Sie sind dort eindeutig formuliert und das heißt: Die Träger sind nicht an der Umsetzung des Gesetzes gehindert und wir können feststellen, sie kommen damit auch gut voran. Nun höre ich neuerlich, dass einige Damen und Herren eine sehr eigenwillige Interpretation des Gesetzes haben. Ich kann Sie nur warnen, in Ihrer Argumentation, die Sie hier vorgetragen haben, sich diese falschen Ar-

(Staatssekretär Prof. Dr. Merten)

gumente zu eigen zu machen. Das sind falsche Argumente, denn das Gesetz ist eindeutig.

Es gibt derzeit abschließenden Klärungsbedarf über die Art und Weise, nämlich die Berechnungsgrundlage der Spitzabrechnung für das Jahr 2010. Ich komme darauf auch noch zurück. Alle anderen Fragen sind geklärt, doch ich möchte zu den angesprochenen Punkten im Einzelnen noch mal kurz zurückkommen, nämlich: Neue Verordnungsermächtigungen nach der Novellierung des Gesetzes betreffen die folgenden Bereiche, auf die ich dann noch mal differenzierter eingehen werde:

1. die Wahl und die Mitwirkungsrechte der Elternbeiräte sowie die Förderungsgrundsätze des Landes nach § 10 a Thüringer Kita-Gesetz,
2. Gruppengröße und Zusammensetzung nach § 14 Abs. 2 Thüringer Kita-Gesetz,
3. die Sicherstellung der Qualität in den Einrichtungen nach § 15 a Abs. 5 Thüringer Kita-Gesetz und
4. das Verfahren zur Feststellung der Kosten für die Kindertagesbetreuung nach § 23 a Abs. 1 des Thüringer Kita-Gesetzes.

Ich werde jetzt auf die einzelnen Punkte kurz eingehen.

Zunächst zum ersten Punkt: Die Struktur der Elternbeiräte und die Mitwirkungsrechte sind in den §§ 10 und 10 a des Thüringer Kita-Gesetzes klar geregelt. Es bleibt den Eltern auch ohne Rechtsverordnung unbenommen die Wahl zu initiieren und ihre Mitwirkungsrechte auszuüben. Ich habe mit Freude gehört - Frau Jung hat das eben erwähnt -, dass das ja auch vielerorts bereits getan wird. Die den Eltern zustehenden Anhörungs-, Initiativ- und Mitwirkungsrechte werden bereits durch andere Gesetze der rechtmäßigen Ordnung charakterisiert. Ich erinnere nur an das Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetz. Eine weitere Einräumung von Rechten unterhalb der hierfür erforderlichen Schwelle eines Gesetzes ist durch die Rechtsverordnung indes aus rechtstechnischen Gründen nicht möglich. Eine rasche Inkraftsetzung ist zwar mit Blick auf die Koordinierung der Wahlverfahren der Elternvertretung nach § 10 a des Thüringer Gesetzes hilfreich, das gebe ich gern zu, sie ist jedoch nicht essenziell nötig, sonst hätte ja nicht gewählt werden können, da bisher den Eltern keinerlei Rechte verlorengehen, überhaupt nicht. Um es noch einmal zu sagen: Es kann bereits jetzt gewählt werden, dem steht nicht nur nichts entgegen, sondern das Gesetz fordert es geradezu heraus und ich höre mit großer Freude, Frau Jung, dass das auch schon geschieht. Das zeigt, das Gesetz wird umgesetzt. Also zumindest an dieser Stelle scheint sich doch, was Chaos anbelangt, das alles in sehr überschaubaren Dimensionen zu halten.

Zum zweiten Punkt, der Gruppengröße und Zusammensetzung nach § 14 Abs. 2 Thüringer Kita-Gesetz: Die Gruppengrößen sind durch den Personalschlüssel nach § 14 Abs. 2 ganz klar und eindeutig festgeschrieben. Ich will sie kurz in Erinnerung rufen, damit deutlich wird, worüber wir reden. Eine pädagogische Fachkraft soll nicht mehr Kinder betreuen als vier Kinder im ersten Lebensjahr, sechs Kinder im Alter zwischen 1 und 2 Jahren, acht Kinder im Alter zwischen 2 und 3 Jahren oder 16 Kinder nach Vollendung des dritten Lebensjahres bis zur Einschulung. Ich meine, mehr an Klarheit kann man sich ja nun wirklich nicht wünschen, noch genauer kann man es nicht differenzieren. Wir planen lediglich eine Regelung zur Schaffung geschützter Settings - so der Terminus technicus - für Kinder im Alter bis zu 3 Jahren. Das ist angebracht, meine ich, da diese Altersgruppe mit Blick auf fachlich-pädagogische Anforderungen einer gesonderten Betrachtung bedarf. Ich sage das deutlich, Fachlichkeit steht hier im Vordergrund und die wird nicht durch eine Verordnung hergestellt. Das ist eine Frage der professionellen Berufspraxis und die wird nicht durch eine Verordnung reguliert. Durch die erwähnten Regelungen im Gesetz ist eine weitergehende Regelung an dieser Stelle gar nicht erforderlich.

Drittens - die Sicherstellung der Qualität in den Einrichtungen nach § 15 Abs. 1 des Thüringer Kita-Gesetzes: Hinsichtlich der Fachberatung wurde bereits ein umfangreiches „Arbeitspapier zur Ausgestaltung der Fachberatung“ nach § 15 a des Thüringer Gesetzes an alle Jugendämter ausgegeben, das auch auf der Homepage des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur abrufbar ist und auch abgerufen wird. In diesem Papier sind alle wesentlichen Umsetzungsfragen erläutert, die auch in die Rechtsverordnung Eingang finden werden. Die Normen sind bekannt und die Einrichtungen können nach ihnen handeln. Im Übrigen wird die Zuständigkeit für Fachberatung bereits durch das SGB VIII vorgegeben. Um vollständige Klarheit zu schaffen, haben wir die bundesgesetzliche Regelung wortgleich in § 5 Abs. 2 des Thüringer Kita-Gesetzes übernommen. Das Subsidiaritätsprinzip gilt ohne Wenn und Aber - nicht irgendwann - jetzt, spätestens seit dem 01.08. auch für diese Frage noch einmal ganz eindeutig und ganz klar. Darüber hinaus ist bekannt, dass eine Reihe von Jugendämtern bereits Konzepte zur Fachberatung erarbeitet haben und demnächst zur Abstimmung in die regionalen Jugendhilfeausschüsse einbringen werden. Kollege Kowalleck hat bereits darauf hingewiesen, dass da auch die örtliche Zuständigkeit gilt, und die werden wir natürlich auch respektieren. Von einer Behinderung der Umsetzung des Thüringer Kita-Gesetzes kann auch in diesem Punkt keine Rede sein.

(Staatssekretär Prof. Dr. Merten)

Schließlich viertens - das Verfahren zur Feststellung der Kosten für die Kindertagesbetreuung nach § 23 a Thüringer Kita-Gesetz, auch landläufig Spitzabrechnung genannt: Ich will dazu etwas sagen. Die Haushaltsaufstellung der einzelnen Kommunen für das Jahr 2011 hat mit der Frage der Spitzabrechnung für das Jahr 2010 nichts zu tun, gar nichts. Wer da einen Zusammenhang herstellt, der konstruiert etwas, wo es nichts zu konstruieren gilt. Im Übrigen, die Mittel - das ist ja hier gefordert worden - sollten bereitgestellt werden für die Umsetzung des Kita-Gesetzes. Das, meine Damen und Herren, wird im KFA genauso sein, und zwar vollständig, für den vollständigen Personalschlüssel von 2.500 Stellen im kommenden Jahr. Lassen Sie mich dazu sagen, es hat ja ein Gespräch des Innenministers, der gerade kommt, mit den kommunalen Spitzenverbänden gegeben. Wenn ich mich richtig erinnere - ich bitte Sie, mich dann zu korrigieren -, habe ich vonseiten der kommunalen Spitzenverbände für die Frage der Ausgestaltung des KFA mit Blick auf das Kita-Gesetz nicht nur nichts Kritisches, sondern durchaus Zustimmendes gehört. Vielleicht muss man diese Stimme, die ansonsten ja nicht gerade dafür bekannt ist, mit Beifall in Bezug auf das Kita-Gesetz sich hervorgetan zu haben, an dieser Stelle doch einmal deutlicher hören. Ich glaube, da haben wir sehr Gutes vorgelegt. § 23 a Abs. 1 legt fest, dass für das Haushaltsjahr 2010 einmalig die angemessenen Kosten für die Kita-Betreuung den Gemeinden oder den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe erstattet werden, also die Spitzabrechnung. Absatz 2 sagt, wann die Mehrkosten zu erstatten und Überzahlungen oder Unterzahlungen zu verrechnen sind, nämlich im Jahr 2012. Lediglich das Verfahren zur Feststellung der Kosten ist per Rechtsverordnung zu regeln. Da die Kostenerstattung für das Haushaltsjahr nach § 23 a Abs. 2 des Thüringer Kita-Gesetzes erst für das Jahr 2012 vorgesehen ist, ist die Regelung zur Umsetzung des Thüringer Kita-Gesetzes in diesem wie im folgenden Jahr nicht erforderlich, sondern bestenfalls wünschenswert und - lassen Sie mich das noch mal dazu sagen - für die Frage der Aufstellung der Haushaltspläne der Kommunen mit Blick auf das nächste Jahr völlig unerheblich, da gibt es gar keinen Zusammenhang, das ist ein schlichtes Konstrukt. Darüber hinaus gibt es klare Aussagen des Ministeriums immer und immer wieder zur Kostenerstattung und sie werden auch durch wiederholte andere Behauptungen nicht falsch. Das Gesetz ist vollständig ausfinanziert und jeder, der behauptet, vor dem Hintergrund dieses Gesetzes müssten Elternbeiträge erhoben werden, der redet rechtswidrig wider bessere Tatsachen, wider besseres Wissen - klassisch nennt man so etwas Lüge. Das mag ja ganz opportun sein in der öffentlichen Auseinandersetzung; mit der Sachfrage hat das nichts zu tun. Die Koalitionsfraktionen haben sich inhaltlich mit Blick auf die frühkindliche Bil-

dung im Koalitionsvertrag vom 27. Oktober 2009 auf die Umsetzung der Ziele des Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik festgelegt. Diese Festlegung galt für das Gesetz selbst und sie gilt für das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur für die zu erlassende Rechtsverordnung. Das heißt auch, die durch das neue Kita-Gesetz dem Träger entstehenden zusätzlichen Kosten werden durch das Land vollständig getragen. Man kann das gar nicht oft genug wiederholen. Es scheint irgendwie eine kognitive Sperrung zu geben, wenn wir es wiederholen. Es wird dadurch ja nicht falsch, dass es richtig ist und in der Wiederholung noch einmal gesagt werden muss.

Ich höre jetzt eben nur, dass es Kommunen gibt, die sich weigern, das Gesetz umzusetzen. Ich kann nur sagen: Rechtswidriges Verhalten werden Sie auch durch eine Verordnung nicht aufhalten können. Wer das Gesetz versucht zu unterlaufen, der wird es auch künftig versuchen. Aber ich kann Ihnen sagen, wir werden alle aufsichtsrechtlichen Mittel, die wir zur Verfügung haben, nutzen, um diesem Treiben ein Ende zu setzen. Das hat nichts mit Verunsicherung zu tun, das Gesetz ist ganz eindeutig klar. Jeder der das unterlaufen will, den werden wir an dieser Stelle auch verantwortlich zur Rechenschaft ziehen.

Meine Damen und Herren, das neue Kita-Gesetz ist ein Durchbruch für mehr Qualität der Betreuung, Erziehung und Bildung in unseren Kindertageseinrichtungen. Mit diesem Gesetz erringt Thüringen - und das ist ja auch hier schon gesagt worden - einen Spitzenplatz im Bereich der frühkindlichen Bildung in Deutschland.

(Beifall SPD)

Die Koalition hat damit nicht nur ein zentrales Versprechen aus dem Koalitionsvertrag eingelöst. Sie sendet zugleich einen wichtigen Impuls für noch bessere frühkindliche Bildung. Die Umsetzung des Thüringer Kita-Gesetzes ist sichergestellt. Alle wesentlichen Regelungspunkte sind klar und abschließend im Gesetz geregelt. Ich glaube, damit sind auch alle wesentlichen Punkte geklärt. Lassen Sie mich das dazusagen, auch noch einmal mit Blick auf die vermeintliche Erhöhung der Gebühren, die dadurch entstehen sollen, dass die Rechtsverordnung nicht vorliegt.

Meine Damen und Herren, dieses Argument ist nicht richtig, es ist falsch. Ich kann Sie nur bitten, sich die falschen Argumente von der falschen Stelle an dieser Stelle nicht zu eigen zu machen. Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Frau Abgeordnete Jung noch einmal zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Jung, DIE LINKE:

Herr Minister Merten - Herr Staatssekretär Merten, Sie sind sich treu geblieben.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE:
Weil der Minister so wenig da ist.)

Sie waren jetzt Minister für mich. Seit Wochen und Monaten kenne ich das ja, betonen Sie mit Gleichmut, alles sei in bester Ordnung und es handele sich um Rechtsbruch, wenn sich die Kommunen nicht an das Gesetz halten. Was folgt daraus denn? Tatsache ist - nichts. Welche Eltern, meine Damen und Herren, klagen denn gegen ihren Träger oder die Kommune, damit diese das Gesetz 1 : 1 umsetzen. Welcher Träger klagt gegen die Kommune, dass ihnen die Mittel nicht sofort zur Verfügung gestellt werden.

Und - erlauben Sie mir, das zu sagen - das ist doch alles irgendwo akademische Theorie, mit der Praxis in diesem Land hat das wirklich überhaupt nichts zu tun.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich von Chaos rede, dann meine ich Chaos in der Umsetzung. Erklären Sie mir doch bitte einmal, warum in diesem Kindertagesstättengesetz steht, dass wir Rechtsverordnungen brauchen, wenn im Gesetz alles geregelt ist. Meiner Ansicht nach - und ich denke, das ist auch die Meinung in diesem Hohen Haus - brauchen wir Rechtsverordnungen, um Detailfragen zu klären. Dafür gibt es Rechtsverordnungen, Herr Dr. Zeh. Ich denke, Sie geben mir da auch recht.

(Heiterkeit im Hause)

Sie haben das ja auch mal bestritten. Dann muss doch mal die Frage erlaubt sein, wenn es im Gesetz steht, dass es Rechtsverordnungen gibt, warum kommen diese Rechtsverordnungen überhaupt nicht. Wann werden diese Detailfragen, die man damit regeln will, wirklich geregelt.

Ich habe es mir vorhin verkniffen zu sagen, aber jetzt sage ich es: Wenn Sie in dem Streit zwischen Kultusministerium und Finanzministerium nicht klar kommen, da gibt es Schlichterstellen. Vielleicht sollte man einmal eine einrichten. Vielleicht können Sie ja mal die Kollegin Taubert fragen aus dem Sozialministerium, ob sie den neuen Generationsbeauftragten Ihnen mal ausborgt, dass er sich darum kümmert,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn fachlich ist er in der Lage, so ein Gesetz umzusetzen. Vielleicht tun sie es und ich bin wirklich gespannt. Ich frage Sie, wann kommen die Rechtsverordnungen? Die Frage haben Sie nicht beantwortet.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Das stimmt; wortreich hat er es verschwiegen.)

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Gibt es noch ein Redebedürfnis seitens des Staatssekretärs? Er hat eins, bitte Herr Staatssekretär Prof. Merten.

Prof. Dr. Merten, Staatssekretär:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich werde mich bemühen, nicht allzu akademisch zu reden. Das hat gesessen. Ich gebe es zu. Interessanterweise ist dieses Argument mir bis vor 11 Monaten nie entgegengehalten worden, als meine Argumente für Sie sehr nützlich waren, aber ich nehme das zur Kenntnis. Die Zeiten ändern sich und damit auch die Fragen, welche Argumente dann treffen. Was folgt aus dem Rechtsbruch? Meine Damen und Herren, das ist eine entscheidende Frage, wird der Rechtsbruch dadurch sicherer oder dadurch legitimiert, dass sich niemand gegen ihn zur Wehr setzt? Ich sage das deutlich, da ist mein rechtsstaatliches Verständnis ein ganz anderes. Das Gesetz gilt!

Werte Frau Jung, welche Eltern klagen gegen den Träger, welche Träger klagen gegen die Kommunen? Vielleicht muss man nicht gleich mit der dicken Keule der Klage, sondern auch mit nachhaltigen Gesprächen vor Ort, vielleicht durch sachkundige Abgeordnete an dieser Stelle etwas Nachdruck schaffen, das wäre auch möglich. Wenn die kognitive Einsichtsfähigkeit immer noch nicht steigt, dass man dann auch durchaus die rechtsstaatlichen Mittel zur Anwendung bringt, das ist doch möglich. Das ist auch völlig in Ordnung. Also das muss man, glaube ich, auch ganz offen sagen.

Was nun einen sogenannten von Ihnen diagnostizierten Streit zwischen dem Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und dem Thüringer Finanzministerium anbelangt, kann ich nur sagen, Sie haben auf einen Mediator verwiesen und haben gleich Herrn Panse freundlicherweise aufgerufen. Das ist nur dann nötig, wenn man emotional Sperrungen hat. Also wenn ich auf Herrn Dr. Spaeth schaue, zwischen uns stimmt emotional alles, da gibt es überhaupt keine Spannungen und keine Sperrungen. Das ist bestens. Da sind wir an einer Seite, da schreiten wir Seite an Seite, sage ich jetzt mal, auch wenn das nicht seine Grundformulierung selbst wäre. Das ist ganz in Ordnung.

Aber in der Tat, wir hatten einen Punkt offen, das habe ich auch offen angesprochen, § 23 a über die Frage der Berechnungsmodalitäten. Nun haben wir den KFA aufgestellt, der wird das Parlament auch

(Staatssekretär Prof. Dr. Merten)

erreichen. Zu gegebener Zeit und vor diesem Hintergrund werden wir dann auch die Verordnung an diesem Punkt auflösen. Denn wir haben auch mit Blick auf den Haushalt 2011 an dieser Stelle eine Einigung und ich bin guter Dinge, da wir morgen ein Gespräch zu diesem Thema führen werden, dass wir alsbald - und ich bin klug genug, jetzt nicht ein spezifisches Datum festzulegen, aber frühestmöglich - Ihnen die Verordnung vorlegen werden. Aber ich kann Ihnen einen Zeitpunkt sagen, wann sie auf jeden Fall vorliegen wird: dann, wenn sie fertig ist. Vielen Dank.

(Zwischenruf Abg. Sojka, DIE LINKE: Dann gibt es eine Sonderausschuss-Sitzung, damit es schneller geht.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen keine weiteren Redeanmeldungen mehr vor. Ich schließe damit diesen Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **vierten Teil**

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „16. Shell-Jugendstudie - Auswertung mit Blick auf die junge Generation Thüringens“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/1548 -

Als Erstes erhält das Wort Frau Abgeordnete Meißner für die CDU Fraktion.

Abgeordnete Meißner, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete und Kollegen, nach der Veröffentlichung der 16. Shell-Jugendstudie im vergangenen Monat titelte der Focus „In der Bilanz zeichnet die Shell-Jugendstudie 2010 das Portrait einer Generation zwischen Freiheit, Risiko und Suche nach Verbindlichkeit“. Grund genug für die CDU-Fraktion, dies zur Aktuellen Stunde zu machen. Die Jugend lässt sich von Wirtschafts- und Finanzkrise ausweislich dieser aktuellen Studie von Arbeits- und Perspektivlosigkeit nicht erschüttern. Die junge Generation sieht sich zwar höheren Leistungsanforderungen und Risiken ausgesetzt, aber sie reagiert darauf mit positivem Denken und erhöhter Leistungsbereitschaft. Positiv denken ist in! Gegenüber 2006 hat sich der Optimismus der Jugendlichen deutlich erhöht. 59 Prozent blicken ihrer Zukunft zuversichtlich entgegen. Das ist eine gute Botschaft, weil es Hoffnung macht, Hoffnung, dass die junge Generation die zukünftigen Herausforderungen anpacken und auch meistern wird. Aber nichtsdestotrotz bescheinigt uns diese Studie auch, dass die Zuversicht der Jugendlichen aus sozial schwachen Haushalten weiter gesunken ist. Nur 33

Prozent sind optimistisch. Darauf müssen wir reagieren und genau das bezweckt ja auch diese Shell-Studie, die seit 57 Jahren herausgegeben wird. Zuversicht und Lebenszufriedenheit stehen und fallen mit dem Erreichen eines qualifizierten Schulabschlusses. Bildung ist der Schlüssel. Hier in Thüringen gibt es dazu zwei Feststellungen zu machen. Einmal: Wir haben in Thüringen eine hohe gymnasiale Besuchsquote von Kindern aus sozial schwachen Familien und in Thüringen haben wir auch deutschlandweit den geringsten Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg. Das ist sicherlich optimistisch stimmend, aber nichtsdestotrotz ist natürlich die CDU und auch die Regierung gesinnt, daran weiterzuarbeiten. Einen ganz wichtigen Schritt in diesem Zusammenhang wird das neue Thüringer Schulgesetz tun, nämlich die beabsichtigte individuelle Schulausgangsphase in der Regelschule. Damit wird es uns gelingen, die Schulabbrecherquote noch deutlicher zu verringern. Aber wir müssen darüber hinaus auch Initiativen, wie die Jugendberufshilfe, hier in Thüringen in ihrer Arbeit auch weiterhin unterstützen.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch die Bedeutung der Familie wird in dieser Studie untersucht. Die Jugendlichen sehen die Bedeutung der Familie als sehr hoch an. Sie stellen für sich fest, dass man Familie braucht, um wirklich glücklich zu leben. Daher hat auch glücklicherweise der Wunsch zugenommen, eine eigene Familie zu gründen. Kinder aus stabilen sozialen Verhältnissen in Deutschland werden insbesondere emotional besser unterstützt und wissen das offenbar auch zu schätzen. Die Dankbarkeit für Elternhäuser, die Werte vermitteln und ein Wir-Gefühl schaffen, ist laut der Studie groß. Grund dafür sei aber eben nicht die materielle Ausstattung. Das bestätigt letztendlich auch die Intention der CDU, was die Bedeutung der Familie angeht, denn wir setzen zu Recht darauf, dass die elterliche Verantwortung für die Erziehung der Kinder gestärkt wird. Dafür gibt es zahlreiche Angebote in Thüringen. Es gibt die Familienbildung durch die Stiftung „FamilienSinn“, es gibt Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen und lokale Bündnisse für Familie und eben auch unsere Familienzentren, denn, Familienleben zu vermitteln und alle Familienmitglieder in ihren unterschiedlichen Lebenslagen bei der Erbringung ihrer Leistungen zu unterstützen und auch Problemsituationen zu meistern, das entspricht dem konzeptionellen Schwerpunkt der Familienzentren.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch im Bereich der Politik gibt es Aussagen über das Interesse der Jugendlichen. Bei den 12- bis 14-Jährigen ist das Interesse von 11 Prozent auf 21 gestiegen und auch bei den 15- bis 17-Jährigen gibt es einen positiven Trend. Sicherlich macht das Hoffnung, aber keinen Anstieg gibt es bei Jugendlichen im Alter von 18 bis 25 Jahren. In diesem Zusammenhang

(Abg. Meißner)

möchte ich gern ein Zitat von dem Leiter der Studie zitieren, Frau Präsidentin: „Die Gestalt der Lebensphase Jugend hängt am Ende immer davon ab, wann und zu welchen Konditionen die Macht habende ältere Generation die jüngere am gesellschaftlichen Leben teilhaben lässt.“ In diesem Sinne müssen wir auch in Thüringen etwas tun. Ich habe auf eine Kleine Anfrage die Antwort bekommen, dass es lediglich in 10 Prozent der Landkreise Kinder- und Jugendparlamente gibt. Das ist zu wenig, daran müssen wir arbeiten. Wir müssen auch im Sinne des Kindergipfels der Naturfreundejugend Kinder und Jugendliche motivieren, Politik zu machen. Letztlich möchte ich nur noch einen Aspekt nennen: Immer mehr Jugendliche zeigen Respekt vor der älteren Generation, aber über die Hälfte sehen im Verhältnis zwischen jung und alt eher Spannungen. Das bestätigt letztendlich die CDU mit unserer Initiative, in Thüringen einen Generationsbeauftragten ins Leben zu rufen. Daher möchte ich an dieser Stelle dem neuen Beauftragten

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete, Sie sind jetzt weit über die Zeit.

Abgeordnete Meißner, CDU:

alles Gute wünschen und freue mich auf seine Arbeit. Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich rufe für die Fraktion DIE LINKE Frau Abgeordnete König auf.

Abgeordnete König, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Meißner, wunderbar waren da aus den verschiedensten Pressemitteilungen einzelne Zitate herausgegriffen und zu einer Rede zusammengestellt. Darüber hinaus wurde einiges vergessen. Unter anderem erwähnten Sie, dass der Optimismus der Jugendlichen steigt. Ja, das stimmt. Das ist so festzustellen im Vergleich zur letzten Shell-Studie um 9 Prozent, das vergaßen Sie. Was Sie nicht vergaßen, was ich gut finde, dass eben gerade bei den sozial schwächeren Jugendlichen aus schwächeren Familien diese Zufriedenheit und dieser Optimismus überhaupt gar nicht festzustellen ist, jedenfalls bei der Mehrheit, bei 67 Prozent nicht. Fünf Minuten Redezeit, fünf Minuten Zeit, um eine über Jahre erstellte Studie zu behandeln und daraus Konsequenzen oder Auswertungen für Thüringen abzuleiten, halte ich fast für beschämend. Insbesondere, weil ich schon denke, dass in der Shell-Studie einiges an Punkten aufgezeigt wird, die auch hier in Thüringen für uns eine Rolle spielen sollten. Und zwar mehr als nur das,

was in Pressemitteilungen diverser Bundestagsfraktionen oder auch anderer, sich zum Thema Jugendpolitik äußernder Organisationen steht. Das Erste, Sie hatten erwähnt, die Jugend politisiert sich wieder, das ist richtig, das ist gut, ich möchte aber auch erwähnen, die Mehrheit der Jugend politisiert sich links der Mitte und das macht mich froh.

(Beifall DIE LINKE)

Als Zweites, die Jugend kritisiert Kriege, Armut, Klimawandel, Arbeitslosigkeit, Einsätze der Bundeswehr und Ähnliches mehr, über 60 Prozent. Auch das finde ich gut und da ist politisches Engagement von Jugendlichen feststellbar. Dass Bildung die Voraussetzung ist für alles Weitere, insbesondere für die Teilhabe an der Gesellschaft, für die Partizipation das stimmt, das steht so drin, die Frage ist nur: Wie reagieren Sie als eine der regierenden Fraktionen hier im Thüringer Landtag darauf? Welche Konsequenzen ziehen Sie und inwieweit sind Ihre bisher angegangenen Themen zur Bildungspolitik ein wirklich eindeutiges Zeichen, um darauf zu reagieren?

Zuletzt, und das freut mich ja, dass die CDU dieses Thema eingebracht hat in Form einer Aktuellen Stunde. Sie sprechen von Partizipation, sie loben die Shell-Studie - haben Sie ja hier vorn gemacht -, Sie werten die Shell-Studie, aber scheinbar haben Sie sie nicht gelesen. Wenn Sie es doch gemacht haben, würde es mich sehr freuen, dass ich dann entsprechend Ihrer Aktuellen Stunde heute auch die logische Konsequenz im Handeln morgen, wenn es um das Thema „Wählen mit 16“ geht, feststellen kann.

(Beifall DIE LINKE)

Ich zitiere aus der Shell-Studie, Seite 356: „Ein durchschnittlicher 16-jähriger, vielleicht auch schon ein durchschnittlicher 14-jähriger Jugendlicher ist heute ohne Weiteres in der Lage, die intellektuelle und soziale Urteilsfähigkeit aufzubringen, die für einen Wahlakt bei Europa-, Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen erforderlich ist.“ Wenn die CDU heute hier als Thema der Aktuellen Stunde die Shell-Studie einbringt und Konsequenzen, Wertungen und Auswertung für Thüringen daraus fordert, dann bedeutet das - jedenfalls wenn ich die Shell-Studie ernst nehme -, dass Sie morgen dem Antrag der GRÜNEN, genau wie wir das als LINKE machen werden, zum Thema Absenkung des Wahlalters auf 16 zustimmen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alternative, wie gesagt, Sie haben die Shell-Studie nicht gelesen.

(Unruhe CDU)

Als Letztes: Interessant sind ja bei der Shell-Studie die Interviews, die mit über 2.000 Jugendlichen im

(Abg. König)

Alter zwischen 14 und 25 geführt werden, und auch die Erkenntnisse, die sich daraus ableiten lassen. Ich möchte aus einem dieser Interviews zitieren, eine 21-jährige Tochter vietnamesischer Eltern mit Namen Nhung: „Wir leben sowieso in einer Zeit, wo viele Menschen sich fragen, ob das System, mit dem wir leben und die ganze Gesellschaft, ob das überhaupt okay so ist oder ob man das alles akzeptieren muss, was da ist. Ob es okay ist, dass immer mehr Menschen arm sind, und ob jetzt in der Finanzkrise auch der Kapitalismus das ist, was richtig ist. Ich habe es immer beigebracht bekommen, der Kapitalismus ist doch gut, uns hier in Deutschland geht es doch allen gut. Und jetzt merken wir plötzlich, dass irgendwie alles zusammenbricht. Und den Menschen ist aufgefallen, das System wird irgendwann zugrunde gehen.“ Ich frage Sie, welche Wertungen, welche Auswertungen für Thüringen, aber vielleicht auch generell für Deutschland, ziehen Sie aus solchen Interviews und aus solchen Zitate. Ich bin gespannt auf Ihre Antwort, freue mich auf Ihr positives Abstimmungsverhalten morgen, sofern Sie denn die Shell-Studie ernst nehmen und bedanke mich.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Metz das Wort.

Abgeordneter Metz, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Jugendliche wollen mehr in und von der Politik, in und von der Schule. Das ist ein Ergebnis der Shell-Studie. Wenn man das Beispiel Schule betrachtet, kommt man doch zu interessanten Fakten. In der Schule wollen die meisten Schülerinnen und Schüler einen höherwertigen Abschluss als die Schule, die sie besuchen, erlaubt. Da könnte man darauf kommen, das betrifft sicherlich auch das Argument des Optimismus, Jugendliche nehmen ihre Ausbildung sehr ernst - ja, und das stimmt auch -, aber nicht aus reiner Eigenmotivation, sondern das Bewusstsein, dass ein niedriger Schulabschluss auch soziale Ausgrenzung bedeutet, ist bei Jugendlichen nach wie vor sehr groß. So sehen auch die Ergebnisse in der Studie unterschiedlich aus, nämlich nach dem sozialen Status im Bildungsbereich. Während in der sogenannten oberen Schicht wenige Jugendliche wirklich unsicher sind, den Schulabschluss nicht zu schaffen, bibbern über 17 Prozent der sogenannten unteren Schicht, ob sie den Schulabschluss schaffen. Das Bewusstsein, dass nicht jede und jeder die Möglichkeit hat aufzusteigen, wächst. Daraus resultiert ein enormer Druck, meine sehr geehrten Damen und Herren, und auch eine Abwertung der sogenannten niedrigeren Abschlüsse als das Abitur. Dazu kommt die Erfahrung

mit dem Druckmittel, die in der Schule selber auch passieren, das Sitzenbleiben. Jeder Vierte hat die Erfahrung damit gemacht. Ein neues, erschreckendes Phänomen ist also, ehrgeizige Jugendliche ja, aber diese ehrgeizigen Jugendlichen stehen unter Druck und sehen, ja, da ist jemand höher und das führt zu Kapitulation, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das führt zu Rückzug aus der Gesellschaft, aus gesellschaftlicher Verantwortung und auch aus Lebensräumen. Die Schlussfolgerung daraus muss sein, den Druck aus der Schule zu nehmen, Schule so zu bauen, dass sie Spaß macht, systemisch dafür zu sorgen, dass die Entscheidung für eine Schulart eben nicht die Entscheidung für einen Abschluss ist, genau deswegen ist auch die Gemeinschaftsschule im Schulgesetz so verankert - individuelle Förderung statt sitzen bleiben, Lernpfade statt reiner Notenlogik. Schulen können sich in Thüringen hier auf den Weg machen nach dem neuen Schulgesetz.

Wenn ich darf, würde ich gerne abgewandelt und entradikalisiert Kurt Löwenstein zitieren: „Die Differenz zum Alltag kann manchmal pädagogisch auch sehr wertvoll sein, auch wenn das in der Schule stattfindet.“

Jugendliche wollen mehr, anscheinend auch mehr Aktivität. Mehr Jugendliche sind bereit, sich sozial zu engagieren in sozialen Bewegungen. Im Gegensatz zu anderen Ehrenamtsstudien wurde eben nicht abgefragt, in welchen Organisationen befinden sich Jugendliche, sondern verstehst du dein Engagement als soziales Engagement. Da können wir große Differenzen sehen zu anderen Studien und die kommen doch genau daher, dass junge Menschen sich in sozialen Bewegungen, in Bewegungen außerhalb des Parlaments, in Bewegungen außerhalb von Organisationen engagieren, eben links der Mitte, wie Frau König sagte, und dann ist unsere Antwort, diese Jugendlichen nicht als irgendwelche Hausbesetzer und Linksextremisten zu diffamieren, sondern tatsächlich dialogisch mit ihnen umzugehen, in einen gemeinschaftlichen Dialog, in demokratischen Dialog zu gehen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Die Shell-Studie zeigt auch, ja, Elternarbeit ist anerkannter, aber eben auch nur in den oberen Schichten. In unteren Einkommenssegmenten distanzieren sich immer mehr Jugendliche von der Elternarbeit, von der Erziehung der Eltern. Das hängt natürlich damit zusammen, dass soziale Ausgrenzung auch Folgen hat, psychosoziale Folgen für Eltern. Aber das hängt doch auch damit zusammen, dass in diesem System, in dem wir uns befinden, die Anerkennung dann höher ist, wenn ich einen höheren sozialen Status habe. Wenn Kinder mitbekommen, dass ihre Eltern ausgegrenzt sind, haben sie auch nicht mehr den großen Respekt vor den Eltern. Deswegen kann Kinderarmut nicht nur mit der De-

(Abg. Metz)

batte um Kindergrundsicherung oder bessere Hartz-IV-Sätze geregelt werden, sondern Kinderarmut ist auch Elternarmut, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dann heißt das, dass wir für einen höheren Mindestlohn und auch für höhere Regelsätze bei ALG II eintreten müssen.

(Beifall SPD)

Das zeigt auch, Bildungspolitik ist nicht die einzige Antwort, es ist eine zentrale Antwort. Aber dort, wo Menschen aufgrund sozialer Situation ausgegrenzt sind, brauchen sie auch eine soziale Infrastruktur, die sie wieder motiviert, auch in der Schule zu lernen. Systemisch die Schule verändern, ja, das Sozialsystem verändern, ja, vollkommen richtig und dabei die Jugendhilfe und das System Jugendhilfe nicht vergessen, das ist für meine Fraktion das Ergebnis aus der Shell-Studie. Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhält Frau Abgeordnete Siegesmund das Wort.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, befragt werden alle vier Jahre 2.500 Personen zwischen 12 und 25 Jahren zu ihrer Lebenssituation. Das heißt, die Shell-Studie ist ein guter Kompass, auf den man sich verlassen kann. Man hat valide Daten und man kann davon ausgehen, dass es Vergleichswerte gibt und dass man sich diese auch ruhig zu Gemüte ziehen sollte. Deswegen auch ein Dank an die CDU ganz ausdrücklich, dass das ganze Thema nicht verpufft, sondern zumindest in der Aktuellen Stunde hier diskutiert wird.

Mit Freude nehme ich zur Kenntnis, dass das Interesse an Politik bei Jugendlichen seit Jahren kontinuierlich zunimmt. Das ist nicht selbstverständlich. 40 Prozent der 15- bis 24-Jährigen verfolgen das politische Geschehen. Das ist eine ordentliche Steigerung, damit kann man zufrieden sein. Auch die 12- bis 14-Jährigen sind politisch interessiert. Sie interessieren sich nicht nur, sie wollen Politik auch beurteilen. Sie beurteilen, das wurde vorhin schon einmal erwähnt, dass eines der zentralen Probleme, was sie später einmal lösen müssen, der Klimawandel ist. Das sind die Jugendlichen heute, die bereits an später denken. Wer vor einer halben Stunde - einige von Ihnen, die hier im Raum sitzen, haben das getan - draußen vor dem Landtag war und gesehen hat, dass wir zu unserem Gesetzentwurf „Wahlalter absenken in Kommunen auf 16 Jahre“ geschaut hat, wird gesehen haben, dass der Wille dieser Jugendlichen auch da ist, mitzutun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU hat den Antrag unter das Motto gestellt: „Auswertung mit Blick auf die junge Generation“. Die junge Generation will mittun, sie ist interessiert und deswegen gibt es eigentlich morgen tatsächlich nur einen Schluss, der einzige Schluss ist, dass Sie das tun, was in Niedersachsen und in vielen anderen Ländern längst Standard ist, dass das Wahlalter in Kommunen auf 16 Jahre abgesenkt wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Mehr Demokratie wagen“ in Richtung SPD, Willy Brandt als großes Vorbild hat genau das gesagt. Deswegen ist es das Einzige, was Sie morgen tun können. Es geht, wenn Sie heute das Handelsblatt gelesen haben, in der SPD hoffentlich nicht nur um industrielle Großprojekte, sondern auch um Großprojekte, die Vertrauensbildung angehen. Ich finde, dieser Gesetzentwurf, über den wir morgen letztlich entscheiden, verdient einmal mehr, durchleuchtet zu werden unter der Überschrift, ob es nicht genau darum geht. Uns schenken Jugendliche Vertrauen, indem Sie mehrheitlich inzwischen sagen, Politik interessiert uns, wir wollen mittun. Lassen Sie uns doch genau an der Stelle so darüber diskutieren, dass wir ihnen auch etwas zurückgeben müssen, indem wir sie beteiligen lassen.

(Beifall DIE LINKE)

Morgen wird darüber entschieden. Die Jugendlichen setzen - ein weiterer wichtiger Punkt - tatsächlich auf die Werte Familie und Freunde, beides gleichermaßen. 69 Prozent der Jugendlichen wünschen sich eigene Kinder, 57 Prozent - und das muss man bitte schön auch noch mit dazusagen - wollen Beruf und Familie zu gleichen Teilen miteinander verbinden. Deswegen sage ich Nein; die Stiftung FamilienSinn mit einem Leitbild, in dem vor allen Dingen steht, Familienpolitik heißt Ehe und Familie zu fördern, kann ja wohl nicht dasjenige sein, was wir in Thüringen zur Umsetzung einer guten Familienpolitik wollen. Nein, das ist kein gutes Beispiel. Es geht darum, Beruf und Familie miteinander zu verbinden. Ich hoffe, dass es nicht allein dabei bleibt, zu sagen, Familienpolitik macht eine Stiftung, über die man trefflich streiten kann, das ist ein falscher Ansatz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein klarer Handlungsauftrag an uns als Politiker, es ist ein klarer Handlungsauftrag. Wir haben da schon ein kleines Stück geschafft mit dem Kita-Gesetz. Wir haben heute auch darüber gestritten, was die Umsetzung angeht. Ohne Zweifel geht es um Ganztagschulen, wo man auch darüber streiten muss - das ist auch unsere Aufgabe -, wie wir die künftig ausgestalten. Es geht um Horte und so weiter uns so fort. Es geht um eine solide, eine gute Bildungsinfrastruktur, die wir bieten müssen, dass wir den Jugendlichen, die den Wunsch haben, auch mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen zu können

(Abg. Siegesmund)

und Zeit zu haben, auch erfüllen können. Positiv ist, dass die Jugendlichen tatsächlich wieder optimistischer in die Zukunft schauen, 59 Prozent tun das. Aber, und das wurde auch bereits herausgestellt, gerade in sozial schwachen Familien ist es ein deutlicher Bruch, der erkennbar ist, dort sind es nur 33 Prozent. Das ist ein weiteres Ausrufezeichen, eine große Herausforderung, die die Shell-Studie uns mit auf den Weg gibt.

(Beifall SPD)

Deswegen sage ich zum einen, es kann uns nicht genügen, dass wir über Schulbildung und über frühkindliche Bildung reden, wir müssen auch ein Hauptaugenmerk darauf legen, wie wir Schulabgänger fit für den Berufsmarkt machen.

Wir haben eine Schleife von ca. 8.000 bis 9.000 Altbewerbern und Altbewerberinnen in Runden, die wir Jahr um Jahr in irgendwelche Maßnahmen schicken, ohne sie tatsächlich fit für den Arbeitsmarkt zu machen. Das ist ein wichtiger Punkt. Lassen Sie uns an der Stelle Übergang von Schule in Beruf deutlich näher arbeiten. Lassen Sie uns auch, und das habe ich mit Freude zur Kenntnis genommen, im Sozialministerium das Thema „Kinderarmut“ wieder höher auf die Agenda setzen. Wir GRÜNEN werden das begleiten,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wir GRÜNEN werden genau hinsehen, welche Themenschwerpunkte darunter gefasst werden und deutlich machen, was reicht oder was noch zu tun ist, um Kinderarmut deutlich einzudämmen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion erhält der Abgeordnete Koppe das Wort.

Abgeordneter Koppe, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, nun auf den ersten flüchtigen Blick könnte man ja meinen, dass es gut aussieht für die Jugend in Thüringen bzw. dass die Jugend ihre Zukunft in Deutschland positiv bewertet. Im überwiegenden Teil der Jugend des Jahres 2010 herrscht genau diese Sicht vor. Sie bleibt weiter zuversichtlich und lässt sich weder durch die Wirtschaftskrise noch unsicher werdende Berufsverläufe und Perspektiven von ihrer optimistischen Grundhaltung abbringen. Es gibt ja auch kaum einen Grund dafür, vom Gegenteil überzeugt zu sein. Deswegen macht es mich schon etwas bestürzt, wenn die Kollegin König davon spricht, dass wir hier kurz davor sind, dass in Deutschland und in Thüringen alles zusam-

menbricht. Aber vielleicht hat sie ja diese Meinung exklusiv allein.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE:
Nein, nein, ich auch.)

Die Kinder und Jugendlichen wachsen ja in einer Gesellschaft auf, in der Frieden, Freiheit und Wohlstand vorherrschend sind. Die Probleme anderer Länder kennen sie meistens nur aus den Nachrichten. Sie wissen, dass die Bundesrepublik und unser Freistaat ein Land ist, in dem es sich zu leben lohnt. Sie sind damit weit realistischer als wir es unserer jungen Generation sehr oft unterstellen. Die Studie ist damit auch ein Beleg dafür, dass die Politik in den letzten Jahrzehnten ja doch nicht alles falsch gemacht haben kann.

(Beifall DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Jugendliche haben zumeist eine Wertematrix, die man schon bewundern darf. Leistungsbereitschaft, aber auch einen klaren Blick für Wert und Bildung sollten uns Erwachsene durchaus positiv stimmen und uns mahnen, vielleicht öfter einmal darauf zu hören, was die Jungen und die Jüngsten zu dem einen oder anderen politischen Thema uns zu sagen haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, FDP)

Die Jugend ist also weiter, als manch einer innerhalb unseres politischen Betriebes glauben mag. Die gerade oftmals gescholtene Globalisierung wird dann schon realistisch eingeschätzt. Sie ist Voraussetzung von Freiheit und Wohlstand in diesem Land, kann aber, wenn sie nicht gestaltet wird, auch zu Problemen führen. Es ist das Einsehen darin, dass man sich bietende Chancen nutzen, aber auch für die Gestaltung der Welt Verantwortung tragen muss. Wieder eine, wie ich meine, bemerkenswerte Einstellung. Die Jugend ist auch nicht zu unpolitisch, wie man oft behauptet. Im Gegenteil, sie ist sehr daran interessiert, ihr Umfeld aktiv mitzugestalten. Gerade im kommunalen Bereich täten wir sehr gut daran, dies besser als bisher, ihnen dafür auch die Möglichkeit einzuräumen.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe aber den Beginn meiner Ausführungen nicht ohne Grund mit dem Zusatz des flüchtigen Blickes versehen. Denn wo Licht ist, ist meist auch Schatten. Wir sollten nicht der Illusion erliegen, dass die Welt nunmehr vollkommen in Ordnung ist. Auch wenn die Zahl derjenigen rückläufig ist, die ihre Zukunft als düster beschreiben oder wir und der Staat nicht jeden an die Hand nehmen können und zu seinem Glück führen, machen doch die sechs Prozent sehr nachdenklich, die für sich selbst kaum eine Perspektive sehen. Als zentrale Variable für die Bewertung der eigenen Lebenschancen stellt sich, und das ist hier

(Abg. Koppe)

schon mehr betont worden, die Bildung heraus. Da Thüringen bei den letzten PISA-Studien hier aber durchschnittlich gut oder sehr gut abgeschlossen hat, sollte man den Teufel tun und ideologische Schulformen - leider ist weder der Minister, noch sein Staatssekretär da, aber vielleicht kann der eine oder andere Kollege aus der SPD-Fraktion ihm das ja übermitteln - wie zum Beispiel die einer Gemeinschaftsschule einführen und damit die Axt an die in zwei Jahrzehnten erfolgreich gewachsene pluralistische Bildungslandschaft anzusetzen.

(Zwischenruf Abg. Metz, SPD: Haben Sie die Shell-Studie gelesen?)

Ich schon. Die neue Gemeinschaftsschule einzuführen und gleichzeitig Schulen in freier Trägerschaft zu schädigen, halte ich nicht für ein nachhaltiges Bildungskonzept.

(Unruhe SPD)

(Beifall FDP)

Bildung - haben wir gerade gelernt - ist das, was viele Jugendliche, und das zu Recht, als gesellschaftliche Aufstiegschancen sehen. Wir haben auch gelernt, beste Bildung gleich größere Chancen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Wir haben noch 3 Minuten Redezeit für die Frau Abgeordnete Meißner, sie hat sich zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Meißner, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen, ich denke, es ist nicht zielführend, uns hier gegenseitig vorzuwerfen, wer jetzt die Studie gelesen hat und wer nicht. Aber, Frau König, wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Ich gehe jedenfalls davon aus, Sie haben eine Stelle überlesen, in der die Studie uns Politikern einen Hinweis gibt, nämlich dass Jugendpolitik mehr sein muss als Jugendhilfepolitik. Das ist der entscheidende Unterschied. Jugendhilfepolitik orientiert sich an Problemsituationen und an den benachteiligten Jugendlichen. Aber Jugendpolitik muss mehr sein. Deswegen möchte ich an dieser Stelle die Studie zitieren. Das stammt nicht von mir, deswegen braucht man mir da jetzt auch nichts vorwerfen. Frau Präsidentin ich zitiere: „Die Verhaltensprobleme einer kleinen Minderheit von Jugendlichen erscheint dann als prototypisch und als weit verbreitet in der gesamten Jugendpopulation. So ergibt sich durch die Verzerrung der öffentlichen Wahrnehmung von jugendtypischen Verhaltensweisen eine sehr einseitige Strukturierung dessen, was man als Jugendpolitik bezeichnet.“ Ich finde, wir sollten nicht dieser Wahrnehmungsverzerrung erliegen

und ich wünsche Ihnen, Frau König, dass Sie Jugendpolitik vertreten und nicht nur Jugendhilfepolitik. Danke.

(Unruhe DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Die Redezeit ist damit für die Abgeordneten abgelaufen. Möchte die Regierung? Ja, bitte sehr, Herr Staatssekretär Dr. Schubert.

Dr. Schubert, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, seit 1953 beauftragt Shell bei renommierten Forschungsinstituten die Erstellung von Studien, um Sichtweisen, Bestimmungen und Erwartungen von Jugendlichen zu dokumentieren. Mittlerweile - wir haben es jetzt in der Debatte auch schon gehört - ist die 16. Shell-Jugendstudie herausgegeben worden. Dabei stützt man sich auf 2.600 Jugendliche, die sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern angesiedelt sind, so dass die Umfrage auch repräsentativ ist. Uns liegen für Thüringen keine vergleichbaren Daten, die nur auf Thüringen bezogen sind, vor. Deshalb ist das für uns ein sehr wichtiges Informationsmaterial. Die Grundaussage der Studie, das ist auch in der Debatte schon gesagt worden, ist eigentlich die, die junge Generation bleibt zuversichtlich, sie lässt sich nicht durch die Wirtschaftskrise oder durch wesentlich schwieriger gewordene Perspektiven in der Berufswahl von der Grundhaltung abbringen. Deshalb ist auch das Motto der Studie: „Eine pragmatische Generation behauptet sich“.

Natürlich kann man jetzt nicht über alle Ergebnisse in der Diskussion hier reden, sondern ich möchte drei Bereiche herausheben, die auch schon in der Debatte eine Rolle gespielt haben. Zuerst die Grundaussagen: Der Anteil der optimistischen Jugendlichen hat sich deutlich erhöht seit der letzten Studie, die 2006 herauskam, nämlich die lag um 50 Prozent und liegt jetzt bei 59 Prozent. Ein Großteil der Jugendlichen blickt demzufolge zuversichtlich in die Zukunft. Allerdings wird die soziale Kluft zwischen Jugendlichen immer größer. Das ist jetzt das andere, was dabei herausgekommen ist, das wird nämlich bei der Zufriedenheit im Leben deutlich. Während fast drei Viertel der Jugendlichen insgesamt mit dem Leben zufrieden sind, äußern sich Jugendliche aus sozial schwierigeren Verhältnissen zu 40 Prozent dementsprechend. Diese Entwicklung ist auch in Thüringen zu beobachten. Immer mehr Jugendliche können auf der einen Seite ihr Leben in die Hand nehmen und finden auch im ersten Anlauf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz. Wir haben immer noch 9.300 arbeitslose Jugendliche, aber das sind deutlich weniger als in den letzten

(Staatssekretär Dr. Schubert)

Jahren. Wir haben auf der anderen Seite eben 4.500 Jugendliche die im SGB-II-Bezug sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir bemühen uns seit Langem darum, dass wir in Thüringen Veränderungen herbeibringen z.B. durch den Verein Jugendberufshilfe. Das Ziel ist, die Kluft zwischen den Jugendlichen nicht allzu groß werden zu lassen. Eine Maßnahme ist auch das Landesarbeitsmarktprogramm. Hier gibt es in jedem Landkreis einen Integrationsbegleiter für Jugendliche oder die Kompetenzagenturen, oder das Programm Tizian, was Sie auch alle kennen, trägt dazu bei, um hier Abhilfe zu schaffen.

Eine zweite Aussage: Bildung bleibt weiterhin der wichtigste Schlüssel in der Biografie eines Jugendlichen. Nirgendwo anders als in Deutschland hängen die Zukunftsperspektiven von der sozialen Herkunft der Jugendlichen, was das Elternhaus betrifft, ab. Junge Leute ohne Schulabschluss finden selten eine qualifizierte Arbeit oder eine Ausbildung. Entsprechend pessimistisch blicken die Jugendlichen, die unsicher sind, ihren Schulabschluss zu erreichen oder auch befürchten müssen, dass sie sitzen bleiben, in die Zukunft. Zufriedenheit hängt in entscheidendem Maße demzufolge von der Schulbildung ab. Ich denke, dass wir in Thüringen auf einem guten Weg sind. Ich möchte einige Beispiele nennen: das Thema Festschreibung Anspruch auf einen Kitaplatz, denn auch die frühkindliche Bildung spielt eine wichtige Rolle, die Verbesserung der Qualität der Kindertageseinrichtungen mit dem Gesetz, was im Landtag einstimmig beschlossen worden ist, oder auch die Entwicklung der Kitas und Eltern-Kind-Zentren. In der Schule wird das fortgesetzt, das ist auch hier schon erwähnt worden, ich möchte das hier noch mal sagen: Längeres gemeinsames Lernen in der Gemeinschaftsschule, was jetzt im Landtag debattiert wird und dazu einen wesentlichen Beitrag leisten wird, oder auch die individuelle Förderung von Schülern, die Ausdehnung der Schulpflicht auf zehn Jahre sind Maßnahmen, die im Schulgesetz, wenn der Landtag das so will, festgeschrieben werden und dementsprechend wirken.

Ein dritter Punkt - auch das ist schon gesagt worden, aber ich halte es für wichtig und deshalb möchte ich es hier erwähnen - ist die sogenannte Repolitisierung der Jugendlichen. Besonders bei den 12- bis 18-jährigen Jugendlichen scheint sich eine Trendwende anzubahnen. Andererseits ist es wieder so, dass die bildungsfernen Schichten, wie sie genannt werden, sich weniger für Politik interessieren, das wundert mich, aber es ist trotzdem erschreckend, es sind dort nur 16 Prozent der Befragten, da muss man etwas tun, dass sich das ändert. Jugendliche sind durchaus bereit, sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen, besonders dann, wenn sie die Sache sehr wichtig finden. Da stehen Unterschriftenaktionen an erster Stelle, an denen

sich 77 Prozent beteiligen würden oder auch die Teilnahme an Demonstrationen, wo es 44 Prozent sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz vielfältiger Bemühungen, denke ich, gibt es noch viel zu tun, was die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am politischen Leben betrifft. Wir werden in den nächsten Wochen auch noch mal auf die Städte und Gemeinden zugehen und werden ihre Bemühungen - gerade im kommunalen Bereich sind die Dinge am handfestesten zu greifen -, dass dort Kinder und Jugendliche besser eingebunden werden in politische Entscheidungsprozesse vor Ort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn die Shell-Studie zu dem überraschenden Schluss kommt, dass die Jugendlichen auf schwieriger werdende Rahmenbedingungen nicht mit Resignation reagieren, sondern weiterhin Kurs halten, kann ich mich dem Wunsch nur anschließen, dass diese Jugendlichen ihre politische Grundstimmung auch im Erwachsenenalter beibehalten mögen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär Dr. Schubert. Bevor wir in der Tagesordnung fortschreiten, möchte ich folgende Information bekanntgeben: Die Parlamentarischen Geschäftsführer sind übereingekommen, dass wir wie folgt in den nächsten Tagesordnungspunkten verfahren. Wir werden noch eine Aktuelle Stunde aufrufen, also die letzte Aktuelle Stunde. Im Anschluss daran erfolgt die Ernennung und Vereidigung der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts und danach ist ja der Empfang aus Anlass der Verabschiedung unseres Präsidenten Herrn Graef, aber gleichzeitig sollte hier das Plenum mit der Fragestunde weiterlaufen. Herr Vizepräsident Gentzel wird präsidieren und ich bitte auch jeweils die Schriftführer, ihn zu unterstützen, auch die Mitglieder der Landesregierung, entweder Staatssekretäre oder Minister, diese Fragestunde wahrzunehmen. Wir haben eine so dichte Tagesordnung, so dass sich die Fraktionen darauf verständigt haben. So weit zu dieser Information.

Ich rufe auf den **fünften Teil** der Aktuellen Stunde

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Wintersport- und Tourismuszentrum Oberhof“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/1586 -

(Präsidentin Diezel)

Als Erster hat Minister Machnig um das Wort gebeten.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Tourismus und Sport sind zentrale Felder der Entwicklung für Thüringen. Tourismus ist ein zunehmend wichtiger wirtschaftlicher Faktor. Wir haben inzwischen etwa 10 Mio. Menschen, die Thüringen besuchen, über 3,5 Mio. Übernachtungen im Jahr; ungefähr 3,5 Mrd. € werden in diesem Sektor erwirtschaftet. Sport gehört zur Identität des Landes. Viele Olympiasieger, viele Aktive, viele Weltklassesportler kommen aus Thüringen und wir haben mit Oberhof ein Zentrum für den Bereich Tourismus und Sport, das Weltgeltung hat. Oberhof ist das Schaufenster Thüringens in die Welt. Deswegen hat die Landesregierung im Februar eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die aufbauend auf den Koalitionsvertrag eine Zukunft für Oberhof entwickeln soll und Leitplanken für die weitere Entwicklung des Tourismus- und Sportstandorts Oberhof machen soll.

Ich will mich ausdrücklich bedanken bei allen Kolleginnen und Kollegen, die dort mitgewirkt haben, denn das war Mannschaftsspiel. Ich will mich bedanken bei Peter Huber, dem Innenminister, bei Heike Taubert, der Sportministerin, bei dem Kollegen Carius, dem für Städtebau und Verkehrspolitik Verantwortlichen, denn alle Ressorts haben an diesem Prozess mitgewirkt, haben ihren Beitrag geleistet und das war die Grundlage dafür, dass wir insgesamt, glaube ich, ein tragfähiges und zukunftsorientiertes Konzept für Oberhof auf den Weg bringen konnten.

Dabei geht es vor allen Dingen darum, dass wir in den nächsten Jahres eines tun, wir müssen die Konkurrenzfähigkeit des Standorts, des Sport- und Tourismusstandorts Oberhof stärken. Ich habe davon gesprochen, dass dort Veranstaltungen von internationalem Niveau stattfinden, zum Beispiel beim Biathlon-Weltcup. Damit das zukünftig auch noch möglich bleibt und wir hier in Thüringen diese wichtigen Veranstaltungen im Lande behalten können, müssen wir in die Entwicklung des Sportstandorts Oberhof investieren, denn es gibt viele andere Destinationen, die froh wären, ein solches Großereignis in ihrem Ort zu haben, und deswegen brauchen wir deutliche Investitionen.

Das Gleiche gilt für den Bereich des Tourismus. Auch dort gibt es Investitionsbedarfe in den nächsten Jahren, denn es geht insgesamt darum, die Qualität des Angebots in Oberhof zu erhöhen, und zwar zum Beispiel im Beherbergungs- und Gastronomiebereich, aber auch im Bereich wetterunabhängiger Ganztagesaktivitäten, Stichwort Therme und ähnliche Dinge. Und wir müssen daran arbei-

ten, dass die Attraktivität des Stadtbildes in Oberhof erhöht wird und dass insgesamt durch diese Maßnahmen ein Qualitätsschub in die Region kommt. Das sind die Zielvorstellungen, die wir versucht haben in diesem Konzept zu berücksichtigen. Wir haben dann eine Reihe von sehr konkreten Maßnahmen beschlossen, die ich im Einzelnen erläutern will.

1. Wir haben festgelegt im Rahmen dieses Konzepts - im Übrigen in voller Übereinstimmung und im vollen Konsens mit denjenigen, die vor Ort Verantwortung tragen, zum Beispiel mit Landrat Luther, zum Beispiel mit Bürgermeister Schulz, zum Beispiel mit denjenigen, die sportpolitisch Verantwortung in der Region tragen -, dass wir diese Leitlinien in den nächsten Jahren umsetzen. Deswegen wollen wir eines tun, alle Maßnahmen im Bereich der Infrastruktur, etwa im Sportbereich, werden gebündelt in der „Oberhof Sportgesellschaft“. Dadurch wollen wir erreichen, dass die Managementkapazitäten, die Vermarktungschancen und insgesamt die Qualität des Angebotes durch eine Bündelung der Aktivitäten und der Maßnahmen aus einer Hand gestärkt werden.

Das Gleiche gilt für den Bereich des Marketing. Es macht keinen Sinn - und das ist der gegenwärtige Zustand - dass wir fünf Verantwortliche im Bereich des Marketing in dieser Region haben, sondern wir haben uns - und ich sage noch einmal - im vollen Konsens mit den Verantwortlichen vor Ort darauf verständigt, wir werden alle Marketingaktivitäten in einer Hand bündeln, damit wir ein geschlossenes erkennbares Bild und eine erkennbare Marke Oberhof in den nächsten Jahren dort auch präsentieren können.

Wir haben angesetzt bei einer Reihe von weiteren Maßnahmen. Ich habe vom Stadtbild gesprochen; wir wollen den Stadtplatz, die neue Mitte, entwickeln. Dazu ist vonseiten des Thüringer Bau- und Verkehrsministeriums am 15.10. der Planungsauftrag für den Stadtplatz vergeben worden und die Errichtung des Stadtplatzes wird bis 2013 umgesetzt. Mit ihm werden Investitionen in Höhe von 2,5 Mio. auf den Weg gebracht. Die Finanzhilfen belaufen sich auf 2,125 Mio. € aus der Städtebauförderung. Wir wollen das Biathlonstadion am Grenzadler, das im Vorfeld der Weltmeisterschaften 2004 mit erheblichen Bundes- und Landesmitteln entsprechend den internationalen Anforderungen umgebaut wurde, weiterentwickeln, damit langfristig auch das Angebot und die Möglichkeit, dass solche internationalen Sportveranstaltungen dort durchgeführt werden können, weiterentwickeln. Wir wollen am Grenzadler ein Multifunktionsgebäude zum Bereich Tourismus/Sport mit anderen Angeboten entsprechend verzahnen. Nach einer intensiven Prüfung, wie mit der Therme, die seit mehr als zwei Jahren geschlossen ist, umzugehen ist, hat uns der Gutachter, der es in meinem Auftrag begutachtet

(Minister Machnig)

hat, empfohlen, auch unter Abwägung anderer Alternativen, das der beste Weg ist, dass wir durch gezielte Investitionen die Therme in Oberhof ertüchtigen, sie energetisch sanieren und damit die Chance und die Möglichkeit bieten, dass auch in diesem Bereich entsprechende Angebote für Tourismus oder für Sportinteressierte gemacht werden können.

Die Gesamtkosten für die 14 Maßnahmen, die wir insgesamt angepackt haben, umfassen nach vorläufigen Berechnungen etwa 21 Mio. Davon wurden bereits für zehn Maßnahmen Fördermittel in Höhe von 12,9 Mio. bewilligt bzw. in Aussicht gestellt. Dieses Finanzpaket macht eines deutlich: Die Landesregierung übernimmt Verantwortung zusammen mit den in der Region Verantwortlichen. Wir glauben, über diese Maßnahmen diesen Qualitätssprung, den wir in Oberhof brauchen, auch realisieren zu können. Dabei ist eines wichtig, dass wir dort nicht nur in der Landesregierung, sondern auch zwischen Landesregierung und den regionalen Vertretern insgesamt in den nächsten Jahren intensiv zusammenarbeiten.

Darüber wollen wir auch informieren. Wir haben eine Reihe von Strukturentscheidungen getroffen, die auch für das Parlament bzw. für die Region von entscheidender Bedeutung sind:

1. Wir wollen einmal im Jahr die Fortschritte beim Ausbau der Destination Oberhof in einem Bericht gegenüber dem Landtag offenlegen.

2. Wir haben zur Umsetzung der weiteren Schritte ein Staatssekretärsausschuss unter Beteiligung von Vertretern der Stadt und der Region Oberhof, dem Sportstättenbetreiber sowie dem Thüringer Skiverband und dem Thüringer Schlitten- und Bobsportverband eingerichtet. Dort sollen alle wesentlichen Maßnahmen koordiniert, abgesprochen und kontrolliert werden in der Umsetzungsphase.

3. Die Landesregierung wird einen Oberhofbeauftragten benennen, der eine besondere Verantwortung in der Landesregierung übernehmen soll, um diese Aktivitäten voranzutreiben. Konzepte sind gut, aber sie müssen auch umgesetzt, konsequent verfolgt werden und der Oberhofbeauftragte, den wir als Kabinett festlegen werden, wird dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

4. Damit glauben wir, dass über diese Maßnahme eines erreicht werden kann, dass die Attraktivität des Standorts auch für private Investitionen in den nächsten Jahren erhöht werden kann. Wir haben etwa in dem Bereich der Gastronomie oder der Hotellerie ein Qualitätsproblem, wir brauchen gezielte - auch private - Investitionen in hochqualitative Angebote, etwa im Bereich der Hotellerie. Alle Gespräche, die ich dazu geführt habe, hatten immer ein Problem, mögliche Investoren haben mir immer zu verstehen gegeben, solange nicht geklärt sei,

wie das Verhältnis von Landesregierung zum Landkreis und zur Stadt insgesamt entwickelt wird und welche Form von Kooperationen sich dort entwickeln, so lange seien sie nicht bereit, Investitionen in der Region vorzunehmen. Ich glaube, mit dem Maßnahmenpaket können wir jetzt auch gegenüber privaten Investoren eines verdeutlichen, diese Fragen sind geklärt, es gibt einen Konsens zwischen Landesregierung und den regional Verantwortlichen. Darauf aufbauend, glaube ich, haben wir die Investitionsbedingungen deutlich verbessert. Ich hoffe, dass es uns auch in den nächsten Jahren gelingen wird, entsprechende private Investitionen in die Weiterentwicklung des Standorts vorzunehmen.

Das Ganze wird nur funktionieren, wenn wir diesen Konsens auch in den nächsten Jahren aufrechterhalten. Deswegen werde ich am 25. Oktober, wenn ich das noch richtig im Kopf habe, auch vor Ort sein. Ich lade diejenigen aus der Region, Abgeordnete oder sonstige Verantwortliche, ein, dorthin zu kommen, damit wir gemeinsam in der Region zusammen mit dem zuständigen Bürgermeister und dem Landrat dafür werben, dass dieser Grundkonsens, den wir jetzt erzielt haben, erhalten bleibt, weil das aus meiner Sicht die wichtigste Voraussetzung dafür ist, den Qualitätsschub, über den wir seit langem diskutieren, den wir auch im Rahmen des Koalitionsvertrags vereinbart haben, auch wirklich realisieren zu können. Ich hoffe, dass das möglich ist. Ich bin aber guten Mutes, weil in den acht Monaten eines gewachsen ist - und da bin ich auch wirklich allen Kollegen dankbar, auch im Rahmen der Landesregierung -, es ist Vertrauen gewachsen, dass man sich aufeinander verlassen kann. Das ist eine wichtige Grundlage auch für die weitere Arbeit. Mir ist sehr daran gelegen, dass dieses Vertrauen aufrechterhalten bleibt, dass wir dieses Vertrauen stärken und dass wir zeigen, durch gemeinsames Vorgehen, durch gemeinsame Initiativen, durch gemeinsame Investitionen bringen wir einen der wichtigsten tourismus- und sportpolitischen Standorte in Thüringen voran. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Danke schön, Herr Minister. Als Nächster spricht der Abgeordnete Michael Heym von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Heym, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister, das Konzept, das letzte Woche Freitag der Öffentlichkeit vorgestellt worden ist zur weiteren Professionalisierung der Stadt Oberhof als Wintersport- und Tourismuszentrum ist in allen wesentlichen Bestandteilen zu begrüßen.

(Abg. Heym)

Als die touristische Marke des Thüringer Waldes und Wintersportzentrum von internationaler Bedeutung muss Oberhof durch eine Reihe von Maßnahmen für die Zukunft noch sicherer und vor allen Dingen auch wirtschaftlicher aufgestellt werden. Das stellt Herausforderungen sowohl an die Infrastruktur des Ortes, aber auch an die Struktur der Einrichtungen und Institutionen, die am Standort agieren. Das vorliegende Konzept hat alle wesentlichen Punkte dieser beiden Bereiche aufgegriffen und wurde auch in der Region mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. In Anbetracht von 5 Minuten Redezeit möchte ich jetzt nicht auf die einzelnen Details eingehen. Ich will die Zeit nutzen, um an dieser Stelle ein paar begleitende Anmerkungen zu machen. Es ist zielführend, wenn unter einer einheitlichen Organisationsstruktur alle sportlichen Anlagen zusammengefasst werden und mit der OSG, mit der Oberhofer Sportstätten GmbH, besteht bereits eine solche Struktur. Wichtig aber dabei ist, dass neben dem Hauptgesellschafter LEG auch die Stadt Oberhof und der Landkreis Schmalkalden-Meiningen als Minderheitsgesellschafter bei der personellen Ausgestaltung dieser OSG ein gleichberechtigtes Mitspracherecht erhalten.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das hat er zugesagt.)

Ja. Die OSG kann kein Außenposten der LEG sein, aus Erfurt ferngesteuert werden. Die Geschäftsführung muss ständig vor Ort ansprechbar und handlungsfähig sein, denn das operative Geschäft wird die tägliche Präsenz erforderlich machen, nur so wird man die gewünschten Synergien erreichen und damit wird ein wirtschaftliches Handeln umsetzbar sein. Die leistungssportlichen Strukturen müssen erhalten bleiben, denn davon lebt der sportliche Erfolg auch in den nächsten Jahren. Die Vorgaben des Deutschen Skiverbandes müssen eingehalten werden, das sage ich auch als Präsident vom Wintersportverein Oberhof, die Erträge aus Großveranstaltungen, wie z.B. dem Biathlon-Weltcup, müssen auch wieder dem Sport zugutekommen. Um nur einmal eine Zahl zu nennen: Die Wintersportvereine der Region - ich schaue zur Kollegin Enders, Großbreitenbach ist da auch mit dabei und streckt sich aus bis in den Westen, bis Ruhla - die Erträge, die dort erzielt werden, davon werden ungefähr 100.000 € jährlich an die Wintersportvereine ausgeschüttet. Das ist wichtig, denn sie sind es, die den Nachwuchs sichten, den Nachwuchs fördern. In einer Zeit, in der für kleine Vereine Sponsoren immer schwerer zu finden sind, gilt das eben gerade, denn sie sind auf die Zuschüsse von diesem Förderverein dringend angewiesen. Damit wird auch deutlich, welche Verantwortung der Sport in Oberhof auch unmittelbar für die Region hat.

Es sei auch angemerkt, die internationalen Wettkämpfe leben vom Ehrenamt. Wir müssen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass dieses Engagement neben dem nun geplanten strafferen Organisieren und Betreiben der Sportstätten seinen Platz behält. Wir werden auch in Zukunft auf die vielen Hundert Helfer bei den Großveranstaltungen nicht verzichten können. Es ist ja zu begrüßen, dass der Wintersportförderverein wie geplant 750.000 € für den Bau des Multifunktionsgebäudes am Grenzdaller zur Verfügung stellt, aber es ist eben dann auch Tatsache, dass dieses Geld bei der Ausschüttung für die Vereine nicht noch einmal ausgegeben werden kann. Hier müssen wir aufpassen, dass wir dort nicht die Axt an die Wurzel des Leistungssports legen. Das ist überhaupt keine Kritik, ich wollte es nur einmal gesagt haben, dass wir diesen Aspekt immer mit im Blick behalten.

Bei dem avisierten Ausbau der touristischen Infrastruktur ist zu begrüßen, dass die Projektkoordination durch den Regionalverbund „Thüringer Wald“ erfolgen soll. Das schafft mehr Identifikation in der ganzen Region mit dem Zugpferd Oberhof, was in der Vergangenheit manchmal auch ein mühsames Unterfangen war.

Ein Wort zur Therme: Der Minister hat es auch angesprochen, es ist bekannt, dass sie so, wie sie jetzt dasteht, nämlich geschlossen, im Monat über 22.000 € an Unterhaltungskosten verschlingt. Nachdem feststeht, dass die Therme nun nicht abgerissen werden soll, was ich sehr begrüße, sondern umgebaut und modernisiert werden soll, sollten wir doch folgende Überlegungen anstellen: Die Therme hat immer in den Monaten von Dezember bis April schwarze Zahlen geschrieben. Alle Überlegungen zu Konzepten, wie ein Umbau einmal aussieht, sollten das Wirtschaftsministerium doch nicht davon abhalten, diese Therme so schnell wie möglich wieder zu eröffnen. Sie ist ein wichtiger Mosaikstein für die touristische

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit.

Abgeordneter Heym, CDU:

- oh, ja - Infrastruktur und wir sollten dort sehen, die Therme so schnell wie möglich aufzumachen. Das wird auch ein Thema sein an dem 25. Damit mein letzter Satz: Herr Minister, ich bedanke mich jetzt schon für die Einladung, dort auch als regionaler Abgeordneter mit angebunden zu werden. Das war in der Vergangenheit nicht ganz so optimal. Ich denke mal, in der Zukunft sollte uns, die dort Verantwortung tragen, das gemeinsam gelingen. Wenn wir das alles umsetzen, was in dem Konzept niedergeschrieben steht, da haben wir ein gutes Stück für Oberhof und für den Thüringer Wald getan. Danke schön.

(Abg. Heym)

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Als Nächster spricht der Abgeordnete Recknagel von der FDP-Fraktion. Bitte schön.

Abgeordneter Recknagel, FDP:

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Herr Minister Machnig, danke für die Regierungserklärung. Die habe ich mit einer gewissen Begeisterung zur Kenntnis genommen, das muss ich an der Stelle auch mal sagen. Wir sind uns ja nicht immer einig.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Da muss ich etwas falsch gemacht haben.)

Ja, möglicherweise.

(Heiterkeit DIE LINKE, SPD)

Das Wintersport- und Tourismuszentrum Oberhof ist in der Tat ein wichtiges Zentrum. Wintersport mit seinen vielen sportlichen Erfolgen, der ist getragen von der Begeisterung der Thüringer. Wo könnte man das besser ablesen als an einem Tag Biathlonweltcup, ein Wettkampf, der von Zehntausenden begeistert verfolgt wird. Wie könnte man das besser verfolgen, als beispielsweise im Olympiadorf in Steinbach-Hallenberg, wo bei der Winterolympiade jedes Mal Hunderte, Tausende begeisterte Anhänger zusammenkommen. Dieser Wintersport ist ein Integrationspunkt vieler Menschen in Thüringen. Er hat große wirtschaftliche Bedeutung, er könnte eine noch größere wirtschaftliche Bedeutung haben, da sind wir uns, glaube ich, einig. Dabei sind Namen ganz wichtige Symbole, von Helmut Recknagel bis Kati Wilhelm. Aber für mich ein Wermutstropfen: Das Biathlonstadion trägt nicht den Rennsteig im Namen, es trägt nicht den Thüringer Wald im Namen, es trägt nicht Oberhof im Namen, sondern den Namen einer Bank. Schade!

Welche Strahlkraft hat dieser Ort Oberhof für die Region? Auch hier muss ich sagen, dass ich nicht ganz sicher bin, ob das vorliegende Konzept weit genug geht. Die Besucherströme in Oberhof zu konzentrieren, ist sicher richtig - aber wie profitiert die Region, namentlich Südthüringen davon? Bereits heute ist ein Problem, dem man vorsichtig versucht hat zu begegnen, dass der Nachbarort Steinbach-Hallenberg während der Veranstaltungen und während der Wettkämpfe praktisch nicht erreichbar ist. Wir haben einen Busshuttledienst eingerichtet, das ist ein erster Schritt. Da muss noch mehr passieren. Wir haben zu wenig Aufenthaltsdauer im Rahmen von solchen Veranstaltungen, zu wenig Übernachtungen, die über die eigentliche Veranstaltung hinausgehen. Auch Schmalkalden, zu dessen Kreis Oberhof gehört, mit der historischen Alt-

stadt, profitiert nicht, wie es könnte, von Veranstaltungen in Oberhof. Die Sportanlagen mit der nötigen Ausstattung, die man heute für internationale Wettbewerbe braucht, sind für einen kleinen Ort wie Oberhof natürlich nicht allein tragbar. Deshalb ist es ausdrücklich richtig, das in einer Sportgesellschaft zu bündeln. Das Marketing in einer Hand zu konzentrieren, ist ausdrücklich richtig. Aber im Interesse Südthüringens und der gesamten Region möchte ich darauf hinweisen, es wäre schön, wenn die Region über den Ort hinaus profitieren könnte. Das Stadtbild zu verbessern, den Stadtplatz auszubauen über die Städtebauförderung, auch das ist richtig. Bei der Aufwertung der Therme sind wir uns auch einig. Ich möchte allerdings darauf hinweisen, dass auch dauerhaft die Betriebskosten getragen werden müssen. Ob das allein mit der energetischen Sanierung möglich sein wird, wird sich noch herausstellen. Es darf hier kein neues Millionengrab entstehen. Interessant fand ich die Einrichtung eines Oberhofbeauftragten.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das hat die Region gefordert; die Region wollte das.)

Beauftragte haben wir ja nun viele, es werden immer mehr. Da stellt sich mir die Frage: Wäre das nicht eigentlich Chefsache? Ansonsten warten wir es mal ab, ich bin sehr zuversichtlich. Ich würde mich freuen, wenn das Konzept Erfolg hätte. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Abgeordnete Schubert.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es wird Sie nicht überraschen, dass auch wir dieses Konzept grundsätzlich begrüßen. Ich sage bewusst „grundsätzlich“, weil einige „aber“ natürlich gleich folgen. Wir begrüßen, dass im Zuge dieser Umsetzung eine lokale Gebietsreform angedacht ist, bzw. als Verpflichtung auferlegt ist. Das ist ein erster Schritt hin zu dem Anliegen, was wir in ganz Thüringen verfolgen müssen. Aber die Diskussion werden wir an anderer Stelle noch führen. Es geht konkret um den Zusammenschluss von Oberhof zu einer Verwaltungsgemeinschaft mit Zella-Mehlis oder Steinbach-Hallenberg. Und da passt auch mein nächstes „aber“ hinein: Wir müssen weit über Oberhof hinaus denken. Wir brauchen keine Tourismuskonzeption nur für Oberhof, sondern wir brauchen eine Tourismuskonzeption für die ganze Region, zum Beispiel für die Tourismusregion Rennsteig.

(Abg. Schubert)

Wie sollen diese beiden Regionen zusammengedacht werden? Da passt es dann auch nicht, Herr Machnig, wenn wir einen Oberhofbeauftragten kreieren. Was sollen eigentlich die andern sagen, die sich um Tourismuskonzepte in der Region bemühen, wenn die Landesregierung hier einen Ort so hervorhebt, gleichzeitig aber auch eine weitere Zusammenarbeit anstrebt. Das passt nicht zusammen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiteres „aber“ kann man sich bei Youtube ansehen. Dort sieht man Lena Meyer-Landrut, wie sie die Wok WM besuchen will und mit dem Zug im Bahnhof Oberhof ankommt und dort filmisch den Charme dieses Gebäudes festhält, ihre Freundin sich bei Nacht und Nebel - draußen liegt Schnee - bemüht, ein Taxi zu rufen, aber keinen Handyempfang hat. Man muss aber nicht eine potenzielle Eurovision Song Contest Siegerin sein - damals war es noch potenziell, das war nämlich vor dem Sommer -, sondern man kann auch als weniger bekannte Person dorthin gehen und feststellen, dass, wenn man am Oberhofer Bahnhof aussteigt, man nicht den Eindruck hat, man befindet sich in einer Tourismushochburg.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe das selber erlebt. Wenn man mit dem Regionalexpress dort ankommt, passiert es einem oft, dass der Bus in die Innenstadt einem gerade vor der Nase weggefahren ist. Ich konnte dort auch einem Streit beiwohnen, mit einem regelmäßigen Skifahrer, der sich immer wieder darüber ärgert, dass das nicht funktioniert. Wenn man Oberhof verlässt und das mit dem Zug tun will, steht man am Bahnhof manchmal 20 Minuten in der Kälte. Es gibt dort nicht einmal eine Einkehrmöglichkeit. Herr Machnig, wenn Sie sagen - Sie haben sich so ausgedrückt -, Oberhof sei ein Aushängeschild für Thüringen, wenn das so ist, dann brauchen wir gerade für Oberhof auch ein Aushängeschild für die Stadt, und der Bahnhof muss ein Aushängeschild werden. Das ist er nicht, da müssen wir nacharbeiten.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da bleibe ich beim Verkehr, schaue in das Konzept und schaue mir den Punkt 3.3 an - Verkehrspolitische Maßnahmen -, das ist das kürzeste Kapitel in dem ganzen Konzept, das hat nämlich genau neun Zeilen. Die einzige Idee für den Verkehr ist ein neuer Parkplatz, das ist sehr wenig. Wir brauchen für die Region ein integriertes Verkehrskonzept, wir brauchen die Auseinandersetzung mit der Frage, die wichtigste Frage die man als Tourist hat, wie komme ich von A nach B und wie komme ich dahin, ohne auf das Auto angewiesen zu sein.

(Beifall CDU)

Das ist eine große Leerstelle in diesem Konzept, die mich doch sehr verwundert. Ein kleines Beispiel, was nur exemplarisch dafür stehen soll, was alles möglich ist: Im Schwarzwald bezahlt man so eine Art Kurtaxe und kann dann den ÖPNV kostenfrei nutzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also beim Nahverkehr bzw. beim Verkehr bitte die Busunternehmen und die Deutsche Bahn ins Boot holen und hier nacharbeiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Therme ist gerade schon erwähnt worden. Da wünschen wir uns auch eine tiefer gehende Betrachtung. Herr Recknagel hat es gerade schon erwähnt. Es scheint mir nicht besonders realistisch, dort einen kostendeckenden Betrieb hinzukriegen. Ich glaube, das wäre das erste Bad in Thüringen, in dem das so ist. Was passiert, wenn die Energiekosten steigen? Reicht es, wenn man einfach den Außenbereich abreißt? Ich glaube nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dem Zusammenhang ist mir noch aufgefallen, es geht ja um die Zielgruppen. Die Zielgruppen, die nach der Sanierung angesprochen werden sollen mit der Therme, das sind einmal Familien mit Kindern und das sind die Best Ager. Da würde mich schon interessieren, was sind eigentlich die Best Ager? Ist das eine neue Übersetzung von Fifty Plus oder wer sollte sich auch gerade von uns zum Beispiel hier damit angesprochen fühlen, als Best Ager den Wellnessbereich in der Therme zu besuchen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das sind die U-Hundert, UHU's.)

(Heiterkeit im Hause)

Über Hundert? U 100, okay. Ich sehe gerade, die Redezeit ist leider schon wieder um. Noch ein Satz. Der Skitunnel hat allein für den Bau 15 Mio. € gekostet, die Betriebskosten liegen bei 700.000 €. Er verbraucht so viel Strom, wie ein kleines Dorf in Thüringen. Ganz pauschal, mit diesen Summen hätten wir Oberhof schon längst fit gemacht. Was Oberhof nicht braucht, ist ein Skitunnel. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schubert. Als Nächster spricht für die Fraktion DIE LINKE der Herr Abgeordnete Korschewsky.

Abgeordneter Korschewsky, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Minister, zu Beginn gleich an dieser Stelle: Wir haben lange Jahre, auch als Fraktion, auch in der vergangenen Legislaturperiode, darum gekämpft, dass für die Destination Oberhof etwas getan wird.

(Beifall DIE LINKE)

Jetzt wird etwas getan! Und das will ich an der Stelle erst einmal deutlich sagen: Das war unter der vorangegangenen Regierungsmehrheit nicht möglich! Das ist schon mal ein Plus an dieser Stelle und das muss man auch positiv hervorheben. Nun kann man, wenn man sich das Wetter draußen anguckt, sagen, es ist fast noch Sommer. Es war ja gesagt, dass bis zum Sommer dieses Konzept vorliegen soll.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit: Es ist doch noch Sommerzeit!)

Deshalb ist das noch Sommerzeit. Deshalb ist der Sommer noch da. Die Sonne geht gerade unter. Es ist schon spät, aber es ist nicht zu spät, dass für Oberhof etwas getan werden muss, dass Oberhof als Aushängeschild für das Land Thüringen tatsächlich auch in den Mittelpunkt gerückt wird. Es darf aber nicht sein, und da glaube ich, wird es weiterer Arbeit bedürfen und das wurde hier auch schon angesprochen, dass wir uns ausschließlich auf die Destination Oberhof im touristischen Bereich beschränken, sondern, ich glaube, wir brauchen eine Gesamtkonzeption nicht nur für die Rennsteigregion, sondern für die gesamte Destination Thüringen im touristischen Bereich. Ich glaube, dies ist eine ganz wichtige Frage, die hier bearbeitet werden muss. Es wurde hier schon davon gesprochen, auch vom Kollegen Heym, die Frage der Therme. Ich will sie hier auch noch einmal aufgreifen, weil, Kollege Heym, ich glaube, da sind wir auf einer Seite, wenn ich das hier auch sagen darf.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: War das ernst?)

Wir haben im Moment - die Therme ist seit zwei Jahren geschlossen - allein durch die Schließzeiten einen Verlust von 540.000 €, das ist über eine halbe Million. Es wäre eigentlich schlimm, wenn wir bis zur Wiedereröffnung der Therme unter dem Gesichtspunkt, dass in den Wintermonaten schwarze Zahlen geschrieben worden sind, wie der Kollege Heym berechtigterweise sagte, wir noch einmal vielleicht 10 oder 12 Monate diese Therme geschlossen haben und damit noch einmal möglicherweise 200.000 € bis 250.000 €, ohne dass dort irgendwelche Möglichkeiten bestehen für Gäste, die nach Oberhof kommen, noch einmal - ich sage ganz bewusst dieses Wort - verschwenden. Deshalb wäre ich auch sehr dafür, dass Möglichkeiten

gesucht werden, um diese Therme schon unter den derzeitigen Bedingungen möglichst wieder zu öffnen und während des laufenden Betriebes oder in den Sommermonaten eben einer Rekonstruktion oder einer anderen Zukunft zukommen zu lassen.

Ich komme als Drittes zu den Betreiberformen der Sportstätten. Hier bin ich doch ein bisschen im Widerstreit, denn wir haben hier in Oberhof die Oberhofer Sportstätten GmbH, die geführt und geleitet wird durch die LEG, das ist im Moment der Skitunnel. Wir sind ausdrücklich dafür, dass dieser Skitunnel auch mit der angrenzenden jetzigen Biathlonanlage betrieben wird. Er gehört einfach dazu, um internationalen Wettkampf und Trainingsbetrieb zu gewährleisten. Wir haben aber auf der anderen Seite das Thüringer Wintersportzentrum, als für uns den eigentlichen und fachlich kompetenten Betreiber, als Oberhofer Sportstättenbetrieb. Ich möchte für meine Fraktion hier sagen, dass wir bei genau dieser Frage der Bündelung Ja sagen, aber man muss bei dieser Bündelung auch die fachlichen Kompetenzen mit einbeziehen. Da glaube ich nicht, dass dies durch die LEG gewährleistet werden kann, dass sämtliche Sportstätten durch die LEG betrieben werden.

(Beifall DIE LINKE)

Da glaube ich, da muss das Thüringer Wintersportzentrum mit einbezogen werden.

Ein vierter Punkt, der Status Oberhof: Der Status Oberhof, der angesprochen wurde - und da sind wir uns einig auch in der Region als LINKE -, er kann mit 1.500 Einwohnern nicht mehr gehalten werden. Es muss dort eine Veränderung geben, da haben Sie uns auf Ihrer Seite. Die Frage ist aber, wie und in welchen Abschnitten? Wir glauben, dass wir die Stadt Oberhof zum derzeitigen Zeitpunkt nicht unter Druck setzen können und auch die Region nicht, jetzt zu sagen, es muss sofort passieren, sondern hier, glaube ich, muss eine generelle Lösung für Südthüringen getroffen werden im Verbund mit Suhl, Zella-Mehlis und Oberhof. Wir sagen es ganz konkret in Richtung Suhl, Zella-Mehlis und Oberhof. Hier bitte ich noch einmal darum, tatsächlich alle Beteiligten aus dieser Region an einen Tisch zu bekommen und hier nicht Entscheidungen vorauszusetzen, die möglicherweise vielleicht auch noch einer Diskussion bedürfen.

Ein letzter Satz, Minister Machnig hat es angesprochen an der Stelle - Vertrauen, Sie sprachen von Vertrauen. Wenn man Vertrauen tatsächlich auch in der Region mit den Beteiligten haben will, dann geht es nur so, dass nicht diese Fragen, die gerade im Zusammenhang stehen mit der Gebietsreform, sage ich einmal, die dort angestrebt wird, oder mit dem Zusammenschluss von Städten, dann kann dieses Vertrauen nur geschaffen werden, dass man bei den Beteiligten oder bei den ansprechenden Dingen sowohl bei der Frage der Betreibung der

(Abg. Korschewsky)

Sportstätten als auch bei der Frage der Zusammenschlüsse der Stadt Oberhof mit anderen Städten alle Beteiligten an einen Platz holt und damit dann die Gespräche führt und da gemeinschaftlich herangeht. Wir sind dazu bereit und freuen uns auch auf die Einladung am 25. und sind gern bereit, an dieser Frage weiter mitzuarbeiten. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Uwe Höhn.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, damit hier zum Abschluss dieser Debatte noch einmal ein waschechter Südthüringer in Bezug auf Oberhof - mit Verlaub Kollege Heym, aber es ist nun einmal so - zu Wort kommt, will ich einige Dinge auch in der Reflexion auf meine Vorredner zunächst einmal sagen. Bei Ihnen, Herr Kollege Recknagel, Sie tragen ja, was die Region betrifft, einen sehr klangvollen Namen und ich will Ihnen durchaus bescheinigen und bedanke mich auch dafür, dass Sie dem Anspruch, den dieser Name impliziert, auch mit diesem Beitrag gerecht geworden sind. Das kann man schon weniger von Kollegin Schubert sagen, mit Verlaub, ich will mich höflich ausdrücken. Ich glaube, es ist doch etwas kurzsichtig, die Kritik an dem jetzt wirklich vorliegenden umfassenden Konzept am mangelnden Handy-Empfang in dem Tal, in dem der Bahnhof nun einmal liegt, den kann man auch nicht woanders hinmachen, und an irgendwelchen „dämlichen Busfahrern“ festzumachen, das halte ich dann doch für etwas dürftig.

Das Verkehrskonzept funktioniert zuweilen nicht aus völlig anderen Gründen, aber auch das ist Bestandteil dieses Konzeptes, um das einmal ganz deutlich zu sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Damen und Herren, Oberhof als Perle des Thüringer Waldes - oder ich will vorsichtig sein, ich weiß, wenn ich nach Hause komme, z.B. nach Masserberg, bekomme ich da wieder Ärger - zu bezeichnen, ist sicherlich nicht so sehr vermessen. Es ist unser Aushängeschild bei sportlichen Großereignissen, wie der gemeine Thüringer sagen würde, unser Window of the World. Es gilt dort vor allen Dingen einmal Dank zu sagen an die vielen hauptamtlichen und vor allem noch eine viel größere Anzahl ehrenamtlicher Organisatoren, die dieses Bild von Oberhof bei sportlichen Großereignissen hinaus in die Welt tragen. Das ist nicht zu kurz gegriffen, vorausgesetzt der berühmte Oberhofer Nebel lässt auch die entsprechenden Bilder zu, das muss man einschränkend dazusagen.

Aber, meine Damen und Herren - und das kam in dem Konzept, was Minister Machnig hier vorgestellt hat, durchaus zum Vorschein, das müssen wir konstatieren und es fällt jemandem aus der Region, der sehr mit dem Rennsteig verwurzelt ist, nicht leicht, es zu konstatieren -, die Fassade bröckelt, sie bröckelte und sie bröckelt nach wie vor. Selbst beim Flaggschiff, beim Biathlon, schaut man hinter die Kulissen, schaut man auf die Bedingungen für die Athleten, dort gibt es mittlerweile erheblichen Nachholbedarf und dem muss man ganz einfach gerecht werden, wollen wir dieses Aushängeschild auch für die Zukunft noch weiterhin gewährleisten. Es ist auch nicht zu hoch gegriffen, wenn ich sage, dass die Schließung der Therme vor zwei Jahren der vorläufige Tiefpunkt in einem infrastrukturellen Niedergang für Oberhof gewesen ist. Das war dann für alle auch das sichtbare Zeichen, dass dort etwas geschehen muss. Bei all dem vielen Guten, was die Leute vor Ort mit ihrem Engagement auf den Weg gebracht haben, es sind über die 15, 17, 18 Jahre natürlich auch Strukturen entstanden, es sind Organisationsformen entstanden, die sich mittlerweile zunehmend als ein Hemmnis entpuppt haben, und die Verknüpfung, meine Damen und Herren, von kommunalen und Sportstrukturen, die sich entwickelt haben in Oberhof, das will ich ja gar nicht in Abrede stellen, die sich entwickeln mussten auch Anfang der 90er-Jahre, macht das mittlerweile alles nicht mehr besser. Deshalb, meine Damen und Herren, ist der Ansatz richtig, ausgehend von strukturellen Veränderungen hier wirklich Geld in die Hand zu nehmen und ein vernünftiges Konzept, ein umfassendes Konzept auf die Beine zu stellen, das dann sowohl Oberhof - und weil es einige Kollegen angemahnt haben, ich bin überzeugt davon - als auch der ganzen Region letztendlich auf die touristischen Beine hilft. Deshalb noch einmal an dieser Stelle, ohne nochmals explizit auf die Details einzugehen, das hat der Minister ausführlich getan: Das jetzt vorliegende Konzept bedarf wirklich allen Engagements. Ich bin davon überzeugt, dass Matthias Machnig und alle anderen Mitstreiter es dort nicht beim Papier belassen werden, dass die entsprechenden Maßnahmen ergriffen und zügig umgesetzt werden.

Auf eines möchte ich an dieser Stelle - und der Kollege Heym hat das auch vorhin noch einmal deutlich angesprochen - aufmerksam machen: Bei allen Veränderungen, die wir jetzt hier vornehmen, sowohl strukturell als auch in Organisationsformen, es sind auch kommunale Veränderungen angesprochen worden, da bin ich schon etwas vorsichtiger, weil man das tun kann, das muss man sogar tun, davon bin ich überzeugt, aber es braucht auch die Partner, die das auch wollen. Da gilt es auch, Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Kenner wissen sicherlich, wen ich damit meine. Ich will dafür werben, dass diese neuen Strukturen gemeinsam mit den Leuten vor Ort, mit dem Sachverstand aus der

(Abg. Höhn)

Region, zusammen mit der Manpower und mit dem - Entschuldigung, wenn ich das so salopp sage - Geld des Landes, anders kann man es ja nicht bezeichnen, umgesetzt werden; dieses Konzept gemeinsam kann und wird, davon bin ich überzeugt, für Oberhof letztendlich dann die gewünschten Effekte bringen. Deshalb darf ich an dieser Stelle abschließend auch allen beteiligten Ministerien noch einmal meinen ganz herzlichen Dank aussprechen, dass das in einer solchen Tiefe auf den Weg gebracht werden konnte. Darauf können, glaube ich, alle Beteiligten ein Stück weit stolz sein. Danke schön.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Wir haben noch eine Minute Redezeit für die Abgeordneten. Gibt es noch Wortmeldungen? Ich sehe das nicht. Der Minister Machnig möchte noch einmal das Wort.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, erst einmal herzlichen Dank für die konstruktive Debatte. Ich will das ausdrücklich sagen. Ich möchte deswegen, weil eine Reihe von Punkten noch angesprochen worden sind, vielleicht zu dem einen oder anderen Punkt noch einmal etwas sagen.

Erstens: Allen von uns muss eines klar sein, mit diesem Konzept sind nicht alle Probleme von Oberhof abschließend geregelt, sondern es ist ein erster wichtiger Schritt. Am Ende wird es um eines gehen, wir brauchen öffentliche Investitionen, aber wir brauchen in den nächsten Jahren auch private Investitionen. Die Vorstellung, wir könnten das alles über den Landeshaushalt machen in den nächsten Jahren, ist falsch, sondern wir müssen eine Attraktivitätssteigerung hinbekommen, um auch privaten Investoren zu sagen, es lohnt sich, in Oberhof zu investieren. Dazu soll dieses Konzept einen Beitrag leisten. Ich stimme ausdrücklich zu. Natürlich brauchen wir auch eine normale verkehrspolitische Weiterentwicklung. Das ist doch unbestritten. Darüber werden wir auch zu reden haben, wie das gehen kann. Da muss auch dann z.B. einmal mit der Bahn gesprochen werden, weil Bahnhöfe immer noch Sache der DB AG und nicht immer sofort Aufgabe des Landes sind. Da muss mit der DB AG gesprochen werden, dass entsprechende Investitionen und Modernisierungen vorgenommen werden. Das werden wir auch tun.

Jetzt zum Thema OSG. Auch da noch einmal, auch dazu, was der Kollege Korschewsky gesagt hat, eine klare Antwort. Es geht nicht darum - ich bitte das auch einmal wirklich ernst zu nehmen -, dass die

LEG der OSG diktiert, was sie zu tun hat, sondern - und Peter Huber wird das bestätigen und alle, die dabei waren - wir haben mit der Kommune eines verabredet: Wir werden den Gesellschaftervertrag anpassen und wir werden alle personellen Entscheidungen mit den regionalen Vertretern gemeinsam im Konsens treffen, um eines sicherzustellen, dass die regionale Verankerung, die regionale Präsenz desjenigen oder derjenigen, die dort Verantwortung haben, sichergestellt ist. Damit ist sichergestellt, dass die regionalen Interessen, die regionale Expertise auch in vollem Umfang genutzt werden kann und das halte ich für einen ganz zentralen Beitrag.

Im Übrigen jetzt ein Satz zum Oberhofbeauftragten. Alle mal zuhören, das hört sich zunächst einmal merkwürdig an. Wer bei dem Gespräch dabei war, der wird wissen, dass das im Kern eine Anregung war, die aus der Region kam, denn die haben ein großes Interesse, dass es ein dauerhaftes Engagement der Landesregierung gibt jenseits dieses Konzepts und haben darum gebeten, dass wir so etwas machen. Das war der Grund, warum wir einen solchen Beauftragten haben werden. Ich kann Herrn Recknagel da ganz beruhigen, es wird keine neue Planstelle ausgeschrieben, sondern ich sage Ihnen, wie das gehen wird. Wir haben einen Staatssekretärsausschuss gegründet und jemand aus dem Staatssekretärsausschuss soll die Aufgabe übernehmen und da werden wir Ihnen demnächst einen Personalvorschlag machen. Ich halte das für vernünftig, damit haben wir eine Anregung aus der Region aufgenommen.

Jetzt zur Therme: Auch da muss man ehrlich miteinander diskutieren. Ich habe ein Gutachten in Auftrag gegeben, wo wir Alternativen geprüft haben. Zum Beispiel die Alternative: Kann ich aus der Therme ein Veranstaltungsgebäude machen? Oder kann ich aus der Therme durch Umbaumaßnahmen eine Sportstätte machen? Wir haben ein wirklich national renommiertes Unternehmen ausgesucht, das uns eine Expertise gegeben hat. Deren Antwort war eindeutig. Die Antwort lautete: Baut um, baut diese Therme um, investiert Geld und schafft damit die Voraussetzung, dass es zu einer Attraktivitätssteigerung und auch zur Kostenminderung kommt.

Jetzt noch einmal eine Sekunde zu den Kosten: Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland keine - ich betone keine - Therme, die kostendeckend arbeitet. Der Gutachter, den wir beauftragt haben, sagt uns, dass bei den notwendigen Investitionen die Kosten, die Differenz, auf 200.000 € gedeckelt werden kann, maximal 200.000 €. Das wollen wir versuchen und ich hoffe, dass dann die energetischen und sonstigen Sanierungsmaßnahmen dazu einen Beitrag leisten, um dieses Ziel zu erreichen. Aber die Vorstellung, es gäbe einen kostendeckenden Betrieb von Thermen, davon muss man sich verabschieden, das ist sehr eindeutig.

(Minister Machnig)

Last, but not least: Es gibt keinen Druck auf Oberhof, ich will das hier noch mal ausdrücklich sagen. Da sind der Innenminister und Sie völlig einig, sondern, ich sage es noch mal: Die Region, der Landrat und der Bürgermeister haben zugestimmt und die haben gesagt, ja, wir sehen auch die Notwendigkeit, dass wir jetzt etwa beim Thema Gebietsreform in der Region vorankommen. Und nicht erst - weil 2012 wären ohnehin bestimmte rechtliche Anforderungen zu realisieren - 2012, sondern wir werden das vorziehen. Dabei, sehr geehrter Herr Korschewsky, will ich auf eines hinweisen: Jetzt ist es Aufgabe der Kommunen, nicht der Landesregierung, die Gespräche zu führen mit Suhl, Zella-Mehlis usw. Dann wird die Kommune zusammen mit dem Landrat und der Region entscheiden, wie sie sich aufstellen wird. Das halte ich für ein vernünftiges Verfahren. Das ist nicht Sache der Landesregierung. Sache der Landesregierung war es, einen Konsens mit den Beteiligten darüber herbeizuführen, dass eine solche organisatorische Reform notwendig ist, weil das die Voraussetzung ist, dass Oberhof überhaupt in der Lage ist, in den nächsten Jahren die Kosten zu tragen. Eine Kommune mit 1.500 Einwohnern ist nicht in der Lage, die Infrastruktur und sonstige Kosten, die aufgrund des Tourismus und des Sports entstehen, zu finanzieren, und den Weg sind wir am Ende gegangen.

Allerletzte Bemerkung ist die: Natürlich weiß ich, dass, wenn wir ein solches Konzept vorlegen, das noch nicht die Antwort für die gesamte Region ist. Deswegen ganz klar: Wir werden Ende des Jahres ein Tourismuskonzept - daran arbeiten wir, das habe ich auch mehrfach angesprochen - da werden wir dann natürlich zu anderen Fragen Stellung nehmen und auch Vorschläge machen. Was machen wir für den Thüringer Wald, was machen wir für den Rennsteig, was machen wir im Bereich Kultur, Tourismus usw. Dies ist ein kleiner Baustein für die regionale Entwicklung. Ich glaube aber, dass wir jetzt eine Plattform gefunden haben, durch das koordinierte Vorgehen aller Beteiligten, dass wir wirklich einen Sprung nach vorn machen können und dann über den Bericht - das war mir wichtig, das habe ich auch da reingeschrieben, dass die Akteure vor Ort immer über die Landesregierung auch informiert werden, damit sie wissen, wie es vorangeht, um dann auch weitere Schritte, falls sie denn notwendig sind und in welchen Bereichen sie notwendig sind, gemeinsam auf den Weg zu bringen.

Ich bedanke mich, das will ich noch mal ausdrücklich sagen, bei allen Beteiligten. Ich habe auch Respekt vor der Entscheidung der Akteure. Ich will das mal so sagen, ein Bürgermeister - und da möchte ich mal sehen, wer von uns da mitmacht - hat gesagt, im Interesse der Sache schaffe ich mich selber ab, und zwar früher als es eigentlich notwendig ist. Davor habe ich Respekt. Ich sage das so offen,

(Beifall SPD)

davor habe ich ausdrücklichen Respekt. Und er hat das sozusagen gemacht für die Stadt, für die Region, für die Zukunftsfähigkeit. Ich sage auch noch mal, ich habe es auf der Pressekonferenz gesagt, ich habe Herrn Schulz gedankt, denn vor solchen Entscheidungen habe ich Respekt. Er hat unabhängig von seiner Person gesagt, das ist ein vernünftiges Vorgehen und hat die Sache ohne ...

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Daran soll sich doch die Landesregierung ein Beispiel nehmen, was die Abschaffung betrifft.)

Ja gut, aber nicht an Ihnen, Herr Kuschel, da nehme ich mir kein Beispiel.

(Beifall CDU)

Aber ich will nur mal sagen, das hat er getan und dafür bin ich ausdrücklich dankbar. Wenn man so zusammenarbeitet, wenn man Interessen bündelt und jeder schaut, welchen Beitrag er für eine Zukunftsentwicklung leisten kann, dann kommen wir nicht nur in Oberhof, sondern in vielen anderen Fragen voran. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Danke schön, Herr Minister. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte schön, Herr Korschewsky. Wir haben 8 Minuten Redezeit.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Oh, da kann ich auch noch reden.)

Abgeordneter Korschewsky, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, nur noch mal ganz kurz hier an dieser Stelle. Ich möchte noch mal eines vielleicht deutlicher machen oder noch mal deutlich klarstellen, und zwar zur Frage der Betreiberform der Sportstätten, Herr Minister. Mir geht es überhaupt nicht darum oder uns geht es überhaupt nicht darum, infrage zu stellen, dass die Landesregierung bzw. eine landeseigene Gesellschaft dort auch in diesen Fragen beteiligt ist. Wenn Sie hier sagen in Ihrer zweiten Rede, in Ihrer Erwiderung, dass zum Beispiel das Thüringer Wintersportzentrum mit seiner Kompetenz der Betreuung von Sportstätten, der Ausrichtung von wintersportlichen Ereignissen, entsprechend bei den Personalentscheidungen, die dort getroffen werden, auch einbezogen ist und dort auch in den führenden Positionen drin ist und dass das gemeinsam hier vonstatten geht, dann sage ich ausdrücklich Ja dazu.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das steht im Papier drin, wortwörtlich.)

(Abg. Korschewsky)

Dann sage ich ausdrücklich Ja dazu an dieser Stelle. Aber uns geht es darum, hier tatsächlich diesen gemeinsamen Aspekt sowohl einer wirtschaftlichen Betreuung, aber auch der fachspezifischen Ausrichtung der Beteiligten an dieser Stelle zu sichern. Zum derzeitigen Zeitpunkt beim Betrieb des Tunnels sage ich eindeutig, da ist aus meiner Sicht die fachliche Ebene nicht gewährleistet. Die Sorge will ich an dieser Stelle einfach nur zum Ausdruck bringen.

Zur zweiten Geschichte auch noch einmal ganz kurz, zur Frage „Status der Stadt“: Natürlich ist uns bewusst, dass die Stadt Oberhof mit ihrer Ausrichtung und mit ihrer Entwicklung, die sie nehmen soll, in einem Bestand von 1.500 Einwohnern überhaupt nicht die Leistungsfähigkeit hat, um als Aushängeschild für Thüringen allein handeln zu können. Hier geht es wirklich darum, dass man gemeinsam - und hier sage ich auch noch mal „gemeinsam“ - dafür nach Wegen sucht, um dieses auch wirklich hinzukriegen. Ich halte zum Beispiel die Frage der Diskussion mit Steinbach-Hallenberg für überhaupt nicht zielführend, weil ich glaube, dass das auch nicht die Lösung wäre, um Oberhof hier tatsächlich auch in diese Gegebenheiten zu bringen. Für uns ist es völlig egal, wenn es zum Beispiel eine Diskussion geben würde, Suhl-Zella-Mehlis-Oberhof, wie zum Beispiel dann diese Stadt hieße. Natürlich wird Suhl immer sich darauf beschränken, wir sind die Waffenstadt Suhl, aber warum sollte denn nicht so ein Zusammenschluss der drei Städte mit dem Weltnamen Oberhof verbunden sein. Das wäre für mich völlig offen an dieser Stelle, aber es muss eben von unten heraus wachsen.

Und die letzte Bemerkung: Man sollte meiner Meinung nach dieses kleine Pflänzchen, das auch hier wachsen kann in der Frage einer Gebietsreform, nutzen, um generell die

(Beifall DIE LINKE)

Gebietsreform in Südthüringen damit anzuschieben und die nicht auf die lange Bahn zu stellen. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Korschewsky. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte schön, Herr Untermann.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Machnig, Sie brachten hier zum Ausdruck, dass die Therme nach den Expertisen, die gegeben wurden, sich irgendwann sowieso nicht rechnet. Das heißt, andere machen ja schließlich auch Verluste, also macht die dann auch Verluste. Ich frage Sie, wie Sie den kleinen Unternehmern erklären, wenn die vorher mit einer Wirtschaftlichkeitsberechnung zu

ihrem Steuerberater oder zu ihrer Bank gehen und das Minus ausrechnen, was rauskommt, wie Sie denen erklären, wie die weiter wirtschaften sollen. Tritt hier dann auch der Steuerzahler ein? Das wäre eine Sache, die wir klären müssen bei allem Für und Wider. Die Rennsteigtherme darf nicht von vornherein mit irgendwelchem Minus geplant werden.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Es gibt keine Therme ohne Zuschuss.)

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Genau, es gibt keine, bundesweit.)

Ja, aber dann muss geklärt werden, wo dann der Rest herkommt. Das geht nun nicht. Wir stellen alle Wirtschaftlichkeiten auf den Kopf. Das möchten wir gern noch wissen, wie das funktioniert.

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, wir haben noch 4 Minuten Redezeit. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Damit schließe ich den Tagesordnungspunkt und schließe die Aktuelle Stunde.

Wir kommen nun - wie vereinbart - zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 40**

**Ernennung und Vereidigung
der Mitglieder und stellvertre-
tenden Mitglieder des Thüringer
Verfassungsgerichtshofs**

Der Landtag hat in seiner 22. Sitzung am 28. Mai 2010 den Präsidenten und weitere Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs gewählt. Der Präsident des Verfassungsgerichtshofs, Herr Lindner, wurde unmittelbar im Anschluss an diese Wahl ernannt und vereidigt. Die weiteren in der oben genannten Sitzung gewählten Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder erhalten heute ihre Ernennungsurkunde und leisten den Eid vor dem Landtag.

Wir werden dazu folgendermaßen verfahren: In einer ersten Gruppe werde ich die gewählten Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs mit der Aushändigung der Urkunde gemäß § 5 des Thüringer Verfassungsgerichtshofsgesetzes ernennen und sie dann vereidigen, anschließend in einer zweiten Gruppe die gewählten stellvertretenden Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs. Im Anschluss an die Vereidigung der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder besteht dann die Möglichkeit der Gratulation.

Ich bitte nun die Mitglieder des Thüringer Verfassungsgerichtshofs nach vorn und die anwesenden Abgeordneten bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben. Ich beginne jetzt mit der Ernennung und

(Präsidentin Diezel)

Vereidigung. Ich händige Ihnen zunächst die Ernennungsurkunden aus und bitte Sie, bei Namensnennung ihre Urkunde in Empfang zu nehmen.

Herr Dr. Schwan; als Nächste Frau Heßelmann; als Nächster Herr Prof. Dr. Bayer; ich bitte Herrn Prof. Dr. Ruffert; Frau Dr. Martin-Gehl; ich bitte Frau Pollack.

Ich verlese jetzt den im Thüringer Verfassungsgerichtshofgesetz enthaltenen Text der Eidesformel. Ich bitte Sie, diese Eidesformel anschließend nacheinander mit den Worten „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“ oder „Ich schwöre es.“ zu bekräftigen.

Die Eidesformel lautet: „Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Sie haben die Eidesformel gehört, ich bitte Sie nach vorn, Herr Dr. Schwan, zum Bekräftigen.

Dr. Schwan:

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Frau Heßelmann.

Frau Heßelmann:

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Herr Prof. Dr. Bayer.

Prof. Dr. Bayer:

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Herr Prof. Dr. Ruffert.

Prof. Dr. Ruffert:

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Frau Dr. Martin-Gehl.

Dr. Martin-Gehl:

Ich schwöre es.

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Frau Pollack.

Frau Pollack:

Ich schwöre es.

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Ich bitte nun, die stellvertretenden Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs vorzutreten und bei Namensnennung ihre Urkunde in Empfang zu nehmen.

Herr Peters, Herr Schneider, Herr Prof. Dr. Ohler, Herr Menzel, Frau Baki.

Ich verlese auch den Eidesformeltext und bitte Sie dann, die Eidesformel zu bestätigen mit den Worten: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“ oder „Ich schwöre es.“

Die Eidesformel lautet: „Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Ich bitte Herrn Peters.

Herr Peters:

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Herr Schneider.

Herr Schneider:

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe

Präsidentin Diezel:

Herr Prof. Dr. Ohler.

Prof. Dr. Ohler:

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe

Präsidentin Diezel:

Herr Menzel, bitte.

Herr Menzel:

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Diezel:

Danke. Frau Baki.

Frau Baki:

Ich schwöre es.

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Ich beglückwünsche alle ernannten und gewählten Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes und die gewählten stellvertretenden Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes, ich gratuliere Ihnen recht herzlich und wünsche Ihnen Gottes Segen für Ihr Amt.

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich danke Ihnen für die Ehrenbekundungen durch das Erheben von den Plätzen. Nach der Gratulation setzen wir dann die Tagesordnung mit der Fragestunde fort. Herr Vizepräsident Gentzel wird präsidieren und parallel dazu wird im Raum F 001 der Empfang anlässlich der Verabschiedung von Herrn Graef stattfinden.

Vizepräsident Gentzel:

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 41**

Fragestunde

Wir beginnen mit der Mündlichen Anfrage der Abgeordneten Schubert von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/1481. Herr Dr. Augsten wird sie vortragen.

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank.

Bau von Grünbrücken aus Konjunkturmitteln

In der Antwort auf die Kleine Anfrage zu Entschneidungsmaßnahmen an Thüringer Straßen in Drucksache 5/768 gab die Landesregierung an, mit Konjunkturmitteln des Bundes u.a. eine Grünbrücke an der B 84 (Behringen/BAB A 4 Abschnitt Eisenach-Ost) bauen zu wollen. Diese Maßnahme wurde auch vom BUND als wichtiger Beitrag für die Entwicklung des Wildkatzenwegeplans bzw. eines funktionierenden Biotopverbunds gesehen.

In einer Antwort auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an die Bundesregierung zur Wiedervernetzung von Naturräumen vom 5. Juli 2010 (Bundestagsdrucksache 17/2399) kommt diese Maßnahme jedoch nicht vor.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist der Stand zur Umsetzung der in der Kleinen Anfrage in Drucksache 5/768 zu Entschneidungsmaßnahmen an Thüringer Straßen genannten geplanten Querungshilfen?

2. Wird der dort angegebene Zeitplan (Fertigstellung bis Ende 2011) eingehalten werden?

3. Ist der Landesregierung bekannt, wieso die in der Einleitung dieser Mündlichen Anfrage erwähnte Grünbrücke bei Behringen nicht in der bundesweiten Aufzählung (vgl. Bundestagsdrucksache 17/2399) geplanter Querungshilfen auftaucht und wenn ja, warum?

4. Welche in Thüringen geplanten Querungshilfen haben aus Sicht der Landesregierung Bedeutung für das Bundesprogramm für Wiedervernetzung?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Frau Staatssekretärin Dr. Eich-Born.

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Schubert beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Erstens - Die B 87 zwischen Bücheloh und Ringsheim: Die dort geplanten Querungshilfen für Amphibien werden aus Mitteln des Konjunkturprogramms noch in 2010 ausgeführt.

Zweitens - B 93 südlich Treben: Die Planung des Fischotterdurchlasses soll Ende 2010 abgeschlossen werden. Ausschreibung und Bau sind für 2011 vorgesehen.

Drittens - B 94 Neuärgerniß: Die Amphibienquerung wird derzeit geplant und soll in Verbindung mit einer geplanten Straßenerneuerung im Jahr 2012 außerhalb des Konjunkturprogramms gebaut werden.

Viertens - B 19 Etterwinden-Wilhelmsthal.

Fünftens - B 84 Dönges-Kieselbach.

Sechstens - B 88 Seebach-Thal.

Für alle drei Amphibienschutzmaßnahmen sind Ausführungsunterlagen vorhanden. Vor der Realisierung sind jedoch noch die Grunderwerbsfragen zu regeln. Wenn dies einvernehmlich gelingt, kann die Umsetzung im Jahr 2011 erfolgen.

Siebtens - B 88 Abzweig Kleingölitz: Die dort vorgesehenen Pflanzungen als Leiteinrichtungen für Fledermäuse können im Ergebnis der durchgeführten Prüfung nicht realisiert werden, da der betreffende Bereich bereits mit Leitungen belegt ist.

Achtens - B 85/86 Thüringer Pforte: Die Amphibienquerung B 85/86 Thüringer Pforte kann in der ursprünglich vorgesehen Form nicht realisiert werden. Auf einer gemeinsamen Ortsbegehung von Straßenbauverwaltung und Naturschutzbehörde des Kyffhäuserkreises wurde festgestellt, dass wegen der fehlenden Dammlage der beiden Bundesstraßenabschnitte keine Unterführungen möglich sind. Durch die Lage der Straßen im Auenbereich der

(Staatssekretärin Dr. Eich-Born)

Unstrut würden sich entwässerungstechnische Probleme ergeben.

Neuntens: B 84 Behringen, Bundesautobahn A 4, Anschlussstelle Eisenach-Ost: Die Grünen- bzw. Wildbrücke ist nicht mehr Bestandteil des Konjunkturpakets II, da die Realisierung bis Ende 2011 nicht möglich ist. Die Planung der Grünen- bzw. Wildbrücke einschließlich eines dazugehörigen Abschnittes der B 84 erfolgt als Um- und Ausbaumaßnahme des Bundes. Im Jahre 2011 soll unter anderem zur Regelung der erforderlichen Grundstücksfragen ein Baurechtsverfahren eingeleitet werden.

Zu Frage 2: Ich verweise auf die Antwort zu Frage 1.

Zu Frage 3: Nein, ein möglicher Grund ist, dass die Grünbrücke aus den in Nummer 9 der Antwort zu Frage 1 genannten Gründen nicht kurzfristig im Konjunkturprogramm II realisiert werden kann.

Zu Frage 4: Aktuelle Kenntnisse zur Prioritätenliste des Bundes für das Bundesprogramm Wiedervernetzung liegen der Landesregierung nicht vor. Der Bund hat jedoch zugesichert, die Länder im Rahmen des Arbeitskreises „Eingriffsregelung und Landschaftsplanung“ der Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung zu beteiligen.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage. Dr. Augsten.

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ja, vielen Dank, auch für die ausführliche Antwort. Frau Staatssekretärin, ist abzusehen, dass bei einer dieser Maßnahmen diese möglicherweise scheitert, weil - wie Sie genannt haben - Grunderwerbsfragen nicht befriedigend geklärt werden können? Wir haben gehört, dass es da möglicherweise doch den einen oder anderen Grundstückseigentümer gibt, der sich dagegen sperrt.

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Um es Ihnen offen zu sagen, das ist mir nicht bekannt. Sie eröffnen mir da etwas Neues.

(Zwischenruf Abg. Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir bleiben in Kontakt.)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Staatssekretärin. Ja, das Problem ist, dass der Fragesteller nicht da ist und aus der Mitte des Hauses zwei Fragen schon gestellt worden sind und die dritte gibt es nach Geschäftsordnung nicht.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Ich hatte mich gemeldet. Das war nur eine Frage.)

Nein, Entschuldigung, da muss ich mich entschuldigen, das ist richtig, es war eine. Herr Abgeordneter Kuschel.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Frau Staatssekretärin, wie weit unterliegen die von Ihnen beschriebenen Maßnahmen dem Status der Ausgleichsmaßnahmen im Zusammenhang mit diesen Verkehrsprojekten und müssten deshalb vom Investitionsvorträger finanziert werden und nicht jetzt aus dem Konjunkturprogramm, ist das geprüft worden durch die Landesregierung?

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Zunächst einmal ist diese Frage, die Sie jetzt stellen, eine unglaublich komplexe Frage, die ein völlig neues Thema betrifft, nämlich Ausgleichsflächen, und Sie werden wohl verstehen, dass ich vor dem Hintergrund dieser ganzen Maßnahmen, die ich aufgezählt habe, nicht in jedem Fall etwas aus der Lameng sagen kann. Ich hoffe auf Ihr Verständnis. Dann müssen Sie einfach eine Anfrage stellen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Ich habe damit wenig Erfahrung.)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Staatssekretärin, zur Not gibt es ja immer wieder das beliebte Mittel der Selbstbefassung im Ausschuss mit solchen Fragen, wenn es dann helfen soll.

Ich rufe auf die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Lukin von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/1505.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Investitionen des Freistaats Thüringen in die ICE-Neubaustrecke

Pressemeldungen vom 18. September 2010 zufolge hat die Deutsche Bahn AG intern ein erstes Konzept für den Fernverkehr auf der ICE-Neubaustrecke ab dem Jahr 2017 erarbeitet. Demnach würden sowohl für den Bereich Ostthüringen als auch für die Neubaustrecke einschneidende Veränderungen im Verkehr nach München und Berlin eintreten, die nicht immer von Vorteil für Thüringen wären. Auch sollen die sogenannten Sprinter-ICE Thüringen passieren, ohne anzuhalten. Dies sei ärgerlich, weil Thüringen große Summen in den Streckenbau investiert hätte.

(Abg. Dr. Lukin)

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hoch sind die in der Presse erwähnten Investitionen des Freistaats Thüringen für den Bau der Neubaustrecke über Erfurt insgesamt und in Jahresscheiben und für welche Maßnahmen wurden sie vorrangig eingesetzt?
2. Wie und in welchem Umfang wurde und wird die Thüringer Landesregierung in die Planungen des ICE-Fernverkehrs durch Thüringen einbezogen?
3. Welche konzeptionellen Vorstellungen verfolgt die Landesregierung bei der Verzahnung des Regionalverkehrs auf der Mitte-Deutschland-Verbindung mit dem zukünftigen ICE-Verkehr?
4. Wie bewertet die Landesregierung das Vorhaben, einige ICE-Züge (Sprinter) durch Thüringen nicht in Thüringen halten zu lassen?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Frau Staatssekretärin Dr. Eich-Born.

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Lukin beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Der Freistaat Thüringen setzt für den Bau des Verkehrsprojekts Deutsche Einheit Nr. 8 keine Landesmittel ein. Die Zuständigkeit hierfür liegt beim Bund. Aus dem Operationellen Programm Verkehr EFRE Bund 2007 bis 2013 erhält der Freistaat Thüringen 239,5 Mio. € zur Förderung der Verkehrsinfrastruktur des Bundes. Hierbei handelt es sich um Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung. Die Landesregierung hat sich dafür eingesetzt, dass diese Mittel vollständig für den Abschnitt von Erfurt bis zur Landesgrenze Thüringen/Bayern der ICE-Neubaustrecke verwendet werden. Die Kofinanzierung und Mittelbewirtschaftung obliegt dem Bund.

Zu Frage 2: Der Eisenbahnfernverkehr ist unabhängig davon, welches Unternehmen dieses betreibt, grundsätzlich eigenwirtschaftlich zu erbringen. Aus diesem Grund hat das Land kein Mitspracherecht bei der Gestaltung der konkreten Verkehrsangebote. Ungeachtet dessen finden regelmäßig Abstimmungen mit Vertretern der DB Fernverkehr AG zum jeweils kommenden Jahresfahrplan und zu ausgewählten künftigen Konzepten statt. Für den Zeitraum nach Fertigstellung der ICE-Neubaustrecke, voraussichtlich Ende 2017, existieren nach Kenntnis der Landesregierung derzeit noch keine verbindlichen Konzepte. Fahrplananmeldungen müssen spätestens bis zum zweiten Montag im April des Jahres, an dem der Jahresfahrplan beginnt, bei

den Infrastrukturbetreibern vorliegen. Dies bedeutet, dass die konkreten Fahrplanlagen für den Jahresfahrplan 2017/2018 erst Anfang des Jahres 2017 feststehen müssen. Überlegungen zu Linienverläufen und entsprechenden Haltekonzeptionen nach Fertigstellung der ICE-Neubaustrecke können derzeit nur Planungsstände sein. Diese werden von den Fernverkehrsbetreibern in den nächsten Jahren an die demographischen, verkehrlichen und wettbewerbsrelevanten Rahmenbedingungen entsprechend angepasst.

Zu Frage 3: Die den Bahnknoten Erfurt tangierenden Nahverkehrszüge werden so geplant, dass sie attraktive vertaktete Anschlüsse zum Fernverkehr in Erfurt gewährleisten können. Die konkrete Gestaltung der Verkehrsangebote erfolgt im Rahmen der Fahrplanaufstellung, die für den Jahresfahrplan 2017/2018 im Laufe des Jahres 2016 durchgeführt wird. Die für die Anbindung Ostthüringens wichtige Mitte-Deutschland-Verbindung soll weiter ertüchtigt und zweigleisig ausgebaut werden. Damit wird die Voraussetzung geschaffen, um auf der Strecke Gera-Jena-Weimar-Erfurt zusätzliche Nahverkehrsleistungen bestellen zu können.

Zu Frage 4: Da für den Zeitraum nach Fertigstellung der ICE-Neubaustrecke bislang noch keine verbindlichen Konzepte existieren, ist es der Landesregierung nicht möglich, eine seriöse Bewertung vorzunehmen.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Staatssekretärin. Es gibt den Wunsch auf eine Nachfrage. Frau Dr. Lukin.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, mir ist bekannt, wann die Fahrpläne erarbeitet werden, aber es gibt bereits Vorplanungen. Und so wie wir wissen, ist die ICE-Neubaustrecke 1994 - ich will ganz kurz ausholen - bestätigt worden und alle anderen Planungen sind danach kaum noch korrigierbar. Ich vermute also, wenn die ersten Fahrplanplanungen jetzt bereits getätigt werden und die Landesregierung keinerlei Einflussnahme darauf hat, dass uns die Verbindungen der Deutschen Bahn dann ebenso überrollen werden wie die Neubaustrecke. Sehen Sie das auch so oder werden Sie versuchen, zumindest Wünsche anzumelden, und das sehr zeitnah, denn den ersten Verkehrsplan habe ich schon gesehen?

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Dr. Lukin, wir haben heute das Jahr 2010. Das Jahr 2017 liegt noch in weiter Ferne. Sie können davon ausgehen, dass das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr selbstverständlich mit dem Generalbevoll-

(Staatssekretärin Dr. Eich-Born)

mächtigen, mit der NVS in reger Kommunikation steht. Allerdings muss ich Ihnen auch dazu sagen, ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie den ersten Plan schon festgeschrieben gesehen haben, den gibt es nämlich wirklich noch nicht. Im Übrigen muss ich auch dazu sagen, dass natürlich die koordinierten Bevölkerungsvorausrechnungen eine wesentliche Grundlage für eine solche Planung sind. Hinzu kommen feststehende Pendlerverflechtungen, wie sie dann zu dem Zeitpunkt sein werden. Insofern - das muss ich Ihnen ganz offen sagen - kann es diesen Plan jetzt noch gar nicht geben.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Staatssekretärin. Gibt es noch einen Wunsch auf Nachfrage? Nein.

Ich rufe auf die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Korschewsky von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/1509.

Abgeordneter Korschewsky, DIE LINKE:

Herzlichen Dank, Herr Präsident, wenn Sie gestatten, eine kleine Vorbemerkung, denn wir kommen ja jetzt ein Stück weit zur Aktuellen Stunde.

(Zwischenruf Dr. Schubert, Staatssekretär:
Wenn Sie klein ist.)

Sie ist ganz klein. Man könnte jetzt meinen, dass alles in der Aktuellen Stunde beredet worden ist. Aber es gibt doch noch einige kurze Nachfragen an dieser Stelle. Diese waren in der Aktuellen Stunde nicht möglich. Deshalb möchte ich Sie trotzdem stellen.

Weitere Entwicklung des Wintersportzentrums Oberhof

In den vergangenen Jahren sind aus dem Sportgymnasium Oberhof viele herausragende Sportlerinnen und Sportler hervorgegangen. Jährlich finden und finden am Grenzadler herausragende internationale Wettkämpfe im Wintersport (Nordische Kombination, Biathlon und Nordischer Skilanglauf) statt.

Die derzeitigen Bedingungen im funktionalen Bereich im Biathlon-Zentrum am Grenzadler und die sportlichen Möglichkeiten im Skisprungbereich entsprechen nicht mehr den Ansprüchen für die Durchführung von hochrangigen internationalen Wettkämpfen, so dass die Möglichkeit besteht, dass es in den nächsten Jahren zu Einschränkungen im internationalen Trainings- und Wettkampfbetrieb kommen könnte. Dieses würde dem Sportland Thüringen und insbesondere der Region um Oberhof erheblichen Schaden im Ansehen, aber auch im wirtschaftlichen Bereich zufügen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung bekannt, dass das Biathlon-Zentrum am Grenzadler in Oberhof im funktionalen Bereich nicht den Ansprüchen zur Durchführung von internationalen Wettkämpfen entspricht und wenn ja, welche Maßnahmen sind in welchem Zeitraum geplant, um den derzeitigen Zustand zu verändern?

2. Wer ist mit den entsprechenden Planungen beauftragt?

3. Gibt es Planungen, gegenüber der derzeitigen Jugendschanze am Wadeberg eine internationalen Ansprüchen entsprechende Jugend- und Trainingschanze (80- bis 90-Meter-Schanze) neu zu bauen, um die Möglichkeit des Trainings- und Wettkampfbetriebes für die Nordische Kombination und den Sprungdisziplinen zu eröffnen und wenn ja, welche Maßnahmen sind in welchem Zeitraum geplant?

4. Wer ist mit der entsprechenden Planung beauftragt?

Danke.

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, Herr Staatssekretär Dr. Schubert.

Dr. Schubert, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Tat haben die meisten Fragen ja in der Aktuellen Stunde eine Rolle gespielt. Ich werde sie jetzt trotzdem beantworten und mich dann auf die Nachfragen konzentrieren.

Zu Frage 1: Der Landesregierung ist bekannt, dass im Vergleich mit der internationalen Konkurrenz unter den Weltcup-Veranstaltern im Wintersport das Erfordernis besteht, Verbesserungen im Umfeld des Wettkampfbetriebes der DKB-Arena (allgemein bekannt als Biathlonarena) vorzunehmen. Dabei handelt es sich in erster Linie um ein Multifunktionshaus, in dem sich Athleten und Betreuer der Weltcup-Mannschaften zwischen den Wettkämpfen aufhalten können. Diese Bedarfe werden aktuell mit Containerlösungen bedient. Die sind natürlich nicht mehr zeitgemäß. Deshalb muss die Veränderung so schnell wie möglich vonstatten gehen.

Zu Frage 2: Die Koordinierung der verschiedenen Planungs-, Finanzierungs- und Betreiberfragen erfolgt derzeit durch die Landesentwicklungsgesellschaft.

Zu Frage 3: Das war die Schanze; diese Planungen bestehen. Es ist beabsichtigt, den Ersatzneubau einer sogenannten Lernschanze im Schanzenkomplex am Wadeberg in Oberhof noch im Jahr 2011 zu beginnen.

(Staatssekretär Dr. Schubert)

Zu Frage 4: Da die Schanzenanlagen zum Thüringer Wintersportzentrum Oberhof gehören, liegt aktuell die Federführung der Planungs-, der Finanzierungs- und auch der Bauvergabeleistung bei der Stadt Oberhof.

Danke.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Korschewsky, DIE LINKE:

Zu Frage 1 haben Sie den Zeitraum nicht genannt. Sie sagten, es ist bekannt, dass das geschehen muss. Die Frage ist ja, die IBU vergibt die Wettkämpfe im Biathlonsport: Bis zu welchen Zeiträumen soll dort dieses Multifunktionsgebäude geplant und gebaut werden?

Dr. Schubert, Staatssekretär:

Das lässt sich natürlich jetzt nicht genau auf ein Datum festlegen. Da kann ich nur sagen, wie ich es auch in der Anfrage gesagt habe, so schnell wie möglich. Da muss natürlich zuerst einmal die Finanzierung komplett stehen. Das ist noch nicht erfolgt. Der Landkreis möchte sich eventuell beteiligen. Das Land hat dazu auch schon erklärt, wenn der Landtag die Mittel dazu beschließt, sich zu beteiligen. Wenn im Jahr 2011 dort alle Voraussetzungen geschaffen werden können, könnte vielleicht Ende 2012 - also in der anschließenden Saison 2012/2013 - das Haus in Betrieb gehen.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Frage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Korschewsky, DIE LINKE:

Zu Frage 3: Sie sprachen davon, dass im Jahr 2011 durch die Stadt Oberhof die Schanze am Wadeberg begonnen werden soll zu bauen. Wann ist der Abschluss geplant und fällt diese Bauphase bzw. geht dann diese Bauträgerschaft über an eine Oberhofer Sportstätten GmbH, die ja im Konzept von Minister Machnig dort drin ist oder bleibt die bei der Stadt Oberhof?

Dr. Schubert, Staatssekretär:

Erst einmal ist es so, dass auch hier die Finanzierung noch nicht hundertprozentig steht. Wir haben in den Entwurf des Landeshaushalts unseren Teil eingestellt. Der Bund hat uns schriftlich mitgeteilt, dass er sich auch beteiligen will. Das brauchen wir aber erst noch in Bescheidform, also ist es zu 99 Prozent. Das sind erst einmal die Voraussetzungen. Dann soll im Jahr 2011 begonnen werden. Ich denke, auch hier muss man mit einem Jahr Bauzeit

mindestens rechnen. Wenn natürlich in dieser Zeit dann das Eigentum an den Sportstätten in eine Gesellschaft übergeht, wo alles dann drin ist, dann wird das natürlich auch die Schanze betreffen. Dazu sind noch einige Gespräche zu führen, aber wir sind auf einem guten Weg, wie Sie vorhin auch in der Aktuellen Stunde gehört haben.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt den Wunsch auf eine weitere Nachfrage.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Herr Staatssekretär, Sie haben sowohl bei der Nachfrage zu Punkt 1 und auch zu Punkt 3 die Bereitschaft des Landes signalisiert, dort möglicherweise mit in die Finanzierung zu gehen. Gibt es dazu speziell zu beiden Dingen im Haushaltsplan konkrete Festlegungen? Können Sie dazu jetzt schon einmal die Summen sagen, speziell zur Frage 3, bei der Schanze am Wadeberg, weil Sie jetzt eben gesagt haben, das soll 2011 dann schon in Bau gehen. Dann müssten ja finanzielle Mittel eingestellt sein.

Dr. Schubert, Staatssekretär:

Die Mittel sind eingestellt. Ich habe die Zahlen nicht genau im Kopf, deswegen würde ich Sie Ihnen lieber nachreichen. Das können wir dann übrigens auch in der Haushaltsdiskussion machen, also die Haushaltsstellen sind „Förderung von gemeindlichen Sportinvestitionen“ im Bereich unseres Ministerium und da stehen, glaube ich, 4 Mio. drin, darunter subsumiert ist auch diese Sache mit der Schanze. Entweder wollen Sie es jetzt gleich nachgereicht haben oder wir machen es in der Haushaltsdiskussion dann. Das ist mir jetzt egal.

Vizepräsident Gentzel:

Ich sehe keinen weiteren Nachfragebedarf. Danke, Herr Staatssekretär. Ich rufe auf die Mündliche Anfrage der Abgeordneten König von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/1510.

Abgeordnete König, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, meine Mündliche Anfrage zum Thema:

Fortführung der KZ-Gedenkstätte Außenlager "Laura" fraglich

Nach Presseberichten steht die seit 1979 existierende KZ-Gedenkstätte Außenlager „Laura“ bei Schmiedebach vor einer ungewissen Zukunft. Grund ist der schlechte bauliche Zustand und der Rückzug des gegenwärtigen Betreibers. Erforderliche bauliche Sanierungen können nicht durchgeführt werden, da sich die Gebäude nicht im Eigentum des Landkreises befinden. Trotz bestehenden

(Abg. König)

Denkmalschutzes soll der private Eigentümer des Geländes vor einigen Jahren am Dach eines der zum Objekt gehörenden Gebäude Abtragungen vorgenommen haben, die zu schweren Schäden und zum Abriss des Gebäudes führten. Andere, heute noch genutzte Gebäude, sind durch den bevorstehenden Auszug des CJD von Verwahrlosung bedroht.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Bedeutung misst die Landesregierung der Erhaltung von Sachzeugnissen, insbesondere Gedenkstätten, zur Erinnerung an die Verbrechen der NS-Diktatur bei vor dem Hintergrund der Tatsache, dass einerseits Zeitzeugen dieser Verbrechen in unserer Gesellschaft immer weniger mahndend zur Verfügung stehen, andererseits aber in Deutschland und anderen europäischen Staaten Ideologien, die auf die Unterdrückung und Verfolgung von Menschen anderer Herkunft und Kultur setzen, erneut Auftrieb erleben?
2. Anerkennt die Landesregierung eine Verantwortung für die Erhaltung und Bewahrung dieser Zeugnisse und wie will die Landesregierung gemeinsam mit dem Landkreis Saalfeld-Rudolstadt tätig werden, um einen drohenden Verfall der KZ-Gedenkstätte Außenlager „Laura“ abzuwenden?
3. Trifft die Tatsache zu, dass der Privateigentümer des Geländes durch die vollständige oder teilweise Entfernung des Daches eines der Gebäude der Gedenkstätte schwere bauliche Schäden verursachte, obwohl das Gebäude unter Denkmalschutz stand und wie wurde oder wird deswegen von den zuständigen Behörden gegen den Verursacher vorgegangen?
4. Wann wird die Landesregierung ein Landes-Gedenkstättenkonzept vorlegen?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Herr Staatssekretär Prof. Dr. Deufel.

Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär:

Vielen Dank, Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Mündliche Anfrage der Frau Abgeordneten König beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die Landesregierung misst der Erhaltung von Sachzeugen zur Erinnerung an die NS-Diktatur und der Nutzung für die historische Bildung bzw. zur Demokratieerziehung große Bedeutung bei.

Zu Frage 2: Die Landesregierung bekennt sich im vollen Maße zu dieser Verantwortung. Sie trägt zur Erhaltung und zum Betrieb der Gedenkstätte Bu-

chenwald und Mittelbau Dora mit jährlichen Landesmitteln in Höhe von 3,382 Mio. € bei. Das sind 50 Prozent des Gesamtbedarfs, dessen andere Hälfte durch den Bund getragen wird. Der Freistaat Thüringen förderte bisher den Betrieb der Gedenkstätte Laura mit einem jährlichen Betriebskostenzuschuss. Darüber hinaus stellt er dem Landkreis noch in diesem Jahr Fördermittel in Höhe von 50.000 € für notwendige Sanierungsarbeiten zur Verfügung. Die Landesregierung sieht - wie der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt - keinen Grund für einen Zweifel an einer erfolgreichen Fortführung der bisher in der Gedenkstätte Laura geleisteten Arbeit.

Zu Frage 3: Alle ehemals für das Außenlager Laura des Konzentrationslagers Buchenwald genutzten Gebäude stehen unter Denkmalschutz. Ein Teil der Liegenschaft wird durch den Eigentümer privat genutzt. Er war im September 2006 aufgefordert worden, Sicherungsmaßnahmen an einem Schuppen vorzunehmen. Bei einem Ortstermin mit dem Thüringer Landesamt für Denkmalpflege am 24.04.2008 wurde der vom Amtsgericht Rudolstadt eingesetzte Zwangsverwalter aufgefordert, für Sicherungs- und Dokumentationsmaßnahmen zu sorgen. Die Privatinsolvenz des Eigentümers führte zu Verzögerungen der Reparaturarbeiten an dem ohnehin desolaten Gebäude. Am 2. Juli 2010 wurde dem Antrag auf Abriss der Schuppenwände mit der Auflage stattgegeben, den Grundriss des Gebäudes nachvollziehbar darzustellen. Das Aufstellen einer Informationstafel wurde empfohlen. Der abgerissene Schuppen gehörte nicht zum unmittelbaren Gedenkstättenbestand. Um die Erlebbarkeit des authentischen Wortes zu ermöglichen, erfolgte die Auflage, wie in Gedenkstätten üblich, die Fundamente des verloren gegangenen Gebäudes kenntlich zu machen. Die Einbeziehung der bisher privat genutzten Gebäude der Liegenschaft in die Gedenkstättenarbeit ist auch künftig nicht möglich. Zur Erhaltung der nicht für Gedenkstättenzwecke genutzten Gebäude wird deshalb eine private Nutzung auch in der Zukunft unerlässlich sein. Es gibt keine gesetzlichen Mittel, um gegen den insolventen Eigentümer einer denkmalgeschützten Immobilie vorzugehen.

Zu Frage 4: Der Freistaat Thüringen wird sich auch künftig im Bereich der KZ-Gedenkstätten konsequent auf die Sicherung des Bestandes und des Betriebes der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora konzentrieren. Hier sind insbesondere die Qualität der nationalen und internationalen Jugendarbeit und die Aktualisierung der musealen Bereiche schwerpunktartig zu fördern. Kleinere Gedenkstättenprojekte außerhalb seiner unmittelbaren Zuständigkeit wird der Freistaat auch in Zukunft unterstützen. Ich danke Ihnen.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete König, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Staatssekretär, als Erstes freue ich mich, dass die Landesregierung unterstützt. Gleichzeitig allerdings die Frage: Inwieweit sieht die Landesregierung Möglichkeiten, über den Betriebskostenzuschuss und die in diesem Jahr noch abzurufenden Mittel für bauliche Maßnahmen weitere Mittel zur Verfügung zu stellen, damit der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt in die Lage versetzt wird, das Gelände, auf dem sich das ehemalige Konzentrationslager befindet, zu erwerben und damit den Problemen, die jetzt beispielsweise mit der Privatnutzung aufgetreten sind, dann auch zukünftig entgegenzuwirken?

Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär:

Derzeit sehe ich dafür keine Aktivitäten und keine Möglichkeiten. Das hatte ich Ihnen erläutert, wie wir im Augenblick mit dem Landkreis verblieben sind und wie sich die Situation auch im Augenblick darstellt.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch den Abgeordneten Dr. Augsten.

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Staatssekretär, dieser insolvente Inhaber dieses Geländes ist ja Landwirt. Soweit ich das mitbekommen habe, hängt das, was er machen kann und was er machen will davon ab, ob er eine größere landwirtschaftliche Nutzfläche erwerben kann, was ihm bisher verwehrt wird, die BVVG-Fläche, das ist bekannt. Ist der Landesregierung bekannt, dass er dort quasi um Fläche kämpft, die er für den Fortbestand seines Betriebes braucht? Und wäre das nicht eine Möglichkeit, um die Gedenkstätte zu erhalten? Das ist die zweite Frage. Gut, aber Sie verstehen, um das dann quasi auf einen guten Weg zu bringen. Der Landwirt braucht die Fläche, um dort auch letzten Endes arbeiten zu können.

Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär:

Ich muss noch einmal darauf verweisen: Die Gedenkstätte besteht und wird in vollem Umfang nicht nur erhalten, sondern auch fortgeführt. Sie wird auch unterstützt. Ich wollte nur diesen Zungenschlag korrigieren. Es gibt aktuell keine Gefährdung der Gedenkstätte. Es gibt einen baulichen Eingriff an einem privat genutzten Teil des Gesamtdenkmals, nicht der Gedenkstätte, des Gesamtdenkmals und an diesem denkmalgeschützten, aber privat

genutzten Bereich sind derzeit keine weiteren Zugriffe geplant und möglich. Nur um das zu konkretisieren, ich denke, es ist wichtig, das auseinanderzuhalten. Wir haben eine Gedenkstätte zu deren fortgesetzter Förderung wir stehen, für die wir uns verantwortlich fühlen. Wir haben ein Denkmal, das größer als diese Gedenkstätte ist und für den privat genutzten Teil dieses Denkmals können wir nicht gleichzeitig in Verantwortung treten.

Vizepräsident Gentzel:

Ich sehe keine weiteren Nachfragen. Danke, Herr Staatssekretär. Ich rufe auf die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Leukefeld von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/1516.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Steuerfahndung in Thüringen

Der Abgeordnete Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hat mit drei Kleinen Anfragen die Umsetzung des Steuervollzugs und darunter auch die Arbeitsweise und Ergebnisse der Steuerfahndung in Thüringen hinterfragt. Die Landesregierung hat mit ihren Antworten, insbesondere mit der Antwort in Drucksache 5/1485, deutlich gemacht, dass die Steuerfahndung in Thüringen erfolgreich arbeitet und allein in den letzten beiden Jahren ein steuerliches Mehrergebnis von über 20 Mio. € erbracht wurde.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Personen arbeiten in den vier Steuerfahndungsstellen in Thüringen?
2. Wie ist das Verhältnis von Personalausgaben und erzieltm Mehrergebnis in Summe in Thüringen?
3. Was besagt eine Machbarkeitsstudie im Auftrag des Finanzministeriums hinsichtlich der in Erwägung gezogenen Strukturveränderungen der Steuerfahndung durch Zusammenlegung der vier Standorte und welche Position vertritt dazu die Landesregierung?
4. Ist eine Konzentration der Standorte geplant, wenn ja, in welchem Zeitraum?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Finanzministerium, Herr Staatssekretär Dr. Spaeth.

Dr. Spaeth, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

(Staatssekretär Dr. Spaeth)

Zunächst eine Vorbemerkung: Die Steuerfahndung ist unabhängig von dem durch sie erzielten Mehrergebnis in erster Linie ein Instrument zur Strafverfolgung, welches gleichzeitig auch einen abschreckenden und damit präventiven Charakter hat. Daher ist es auch wenig sinnvoll, bei der Steuerfahndung eine Kosten-Nutzen-Rechnung zwischen Mehrergebnis und Prüfeinsatz aufzumachen, oder die genaue Personalentwicklung in den Steuerfahndungsstellen nachvollziehen zu wollen, weil diese Stellen jenseits ihrer Besetzung und ihres Mehrergebnisses durch ihre Präsenz einen Wert an sich haben.

Dies als Einleitung vorausgeschickt, möchte ich nun auf Ihre Fragen eingehen.

Zu Frage 1: Zum Stand 1. Juli 2010 arbeiteten in den Thüringer Steuerfahndungsstellen 69 Bedienstete.

Zu Frage 2: Das für das Jahr 2009 vorläufig errechnete Mehrergebnis der Thüringer Steuerfahndungsstellen betrug 20.577.654 €. Die in diesem Jahr dafür durchschnittlich angefallenen Personalkosten über alle Laufbahngruppen beliefen sich auf ca. 2,6 Mio. €.

Zu Frage 3: Das Thüringer Finanzministerium hat keine externe Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Stattdessen hat es in einer eigenen Organisationsuntersuchung die Anzahl der Steuerfahndungsstellen unter der Maßgabe einer stärkeren Kompetenzbündelung evaluiert. Dabei hat sich ergeben, dass durch eine Reduzierung der derzeit vier Stellen auf zukünftig nur noch zwei Stellen vor dem Hintergrund knapper Personalressourcen die Effektivität gesteigert werden kann.

Zu Frage 4: In der Konsequenz dieser Erkenntnis ist es geplant, die Zuständigkeiten bis spätestens Ende nächsten Jahres zu konzentrieren. Ich danke Ihnen.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Ja, danke schön, für die Antwort. Ich denke, dass aus fachlicher Sicht eine Konzentration sicherlich eine Option ist, aber es gibt bereits die ersten Bedenken auch von Beschäftigten. Deswegen meine Frage: Welche Form der Gesprächsführung mit den betroffenen Beschäftigten haben Sie schon genutzt und wie wird dabei die Mitarbeiterbeteiligung organisiert. Als zweite Nachfrage: Welche Standorte sind denn für Konzentrationen geplant und ziehen Sie auch Außenstellen in Erwägung?

Dr. Spaeth, Staatssekretär:

Vielleicht fange ich hinten an: Außenstellen machen nur da Sinn, wo sie in Bürgerkontakt treten. Die Steuerfahndung arbeitet anders als die Veranlagungsstellen, da haben wir ja diese Servicestellen. Die Steuerfahndung, wenn sie rausgeht, durchsucht und dafür brauchen Sie ja keine Außenstellen. Da haben sie ein Objekt, für das sie einen Durchsuchungsbeschluss haben und da fahren sie dann hin und das können auch mehrere Objekte sein. Insofern ist die Arbeitsweise eine andere.

Es soll sich konzentrieren auf Gotha und Gera, auf die zwei Standorte, das ist auch letzte Woche den Führungsgremien und der Finanzverwaltung kommuniziert worden. Es wird ein Feinkonzept erarbeitet und daraufhin wird dann auch untersucht, welches Personal wie umgesetzt werden wird. Da auch andere Stellen wiederum im Gegenzug verlagert werden, wird es zu einem Austausch kommen und es wird jeder Beschäftigte ein Gespräch bekommen. Dann wird man sehen, wenn das Feinkonzept vorliegt, wer wohin fahren muss. Aber das ist alles machbar. Wir haben im Außendienst, und das betrifft insbesondere die Steuerfahndung Betriebsprüfung, die Heimarbeit, die ermöglicht es vielen, die größere Distanzen - ich rede jetzt von über 10, 20 Kilometern - täglich fahren müssten, ihre Arbeitszeit auf wenige Tage in der Woche oder manchmal auch nur auf einen Tag zu reduzieren.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch den Abgeordneten Kuschel.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Herr Staatssekretär, Sie haben zu Recht darauf verwiesen, man kann bei der Steuerfahndung nicht Effizienzkennziffern zu Rate ziehen. Aber können Sie einschätzen, ob die jetzige und künftige Personalstruktur tatsächlich ausreicht, um in diesem Bereich mögliche Gesetzesverletzungen zeitnah und effektiv zu verfolgen?

Dr. Spaeth, Staatssekretär:

Die Frage ist zu allgemein gefasst. Die Frage ist doch folgende: Wir haben eine Personalbedarfsberechnung und daraus ergibt sich eine gewisse Notwendigkeit einer Anzahl an Steuerfahndungsprüfern. Was wir jetzt vorhaben, ist einfach, wir haben in Suhl zum Beispiel einen Sachgebietsleiter, der ist nicht voll ausgefüllt als Steuerfahndungssachgebietsleiter. Das heißt, Sie haben da eine Unterdeckung und es ist schwierig, das mit anderen Sachgebieten zu kombinieren. Durch die Konzentration erreichen wir es, dass wir ausschließlich Steuerfahndungssachgebietsleiter einsetzen können. Zudem ist es auch so, wenn ein Sachgebiets-

(Staatssekretär Dr. Spaeth)

leiter mit einer Truppe draußen ist beim Durchsuchen, haben sie einen im Amt vor Ort. Das sind die Vorteile und darum geht es. Danke schön.

Vizepräsident Gentzel:

Ich sehe keinen weiteren Fragebedarf und rufe auf die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Bärwolff von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/1517.

Abgeordneter Bärwolff, DIE LINKE:

Kürzung des Elterngeldes für Hartz-IV-Empfänger - Auswirkungen auf Thüringen

Die Bundesregierung plant mit dem Haushaltsbegleitgesetz für den Bundeshaushalt eine Kürzung des Elterngeldes. So sollen nach bisherigem Erkenntnisstand ALG-II-Bezieher kein Elterngeld mehr bekommen. Ebenfalls ist die Anrechnung des Elterngeldes bei den Empfängern des Kinderzuschlags wie auch bei Angestellten im Niedriglohnbereich, den sogenannten Aufstockern, geplant. Laut Bundesregierung soll mit dieser „Neujustierung“ ein Betrag von 600 Mio. € gekürzt werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Elterngeldbezieher gibt es in Thüringen derzeit und wie gliedern sich diese nach den Kategorien ALG-II-Bezieher, Aufstocker, Empfänger des Kinderzuschlags und einfache Bezieher des Elterngeldes auf?
2. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung, wenn die Kürzung des Elterngeldes tatsächlich so eintritt, wie dies vom Bundeskabinett vorgesehen ist, insbesondere im Hinblick auf Wohngeld?
3. Wie verhält sich die Landesregierung bei der Abstimmung des Sparpakets zur Kürzung des Elterngeldes im Bundesrat?
4. Welche Auswirkung hat die Kürzung des Elterngeldes auf die betroffenen Haushalte und die Armutsquote in Thüringen?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit. Herr Staatssekretär Dr. Schubert.

Dr. Schubert, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Bärwolff beantwortete ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zunächst eine kurze Vorbemerkung: Herr Bärwolff hatte gesagt, dass nach seiner Kenntnis ALG-II-Bezieher künftig kein Elterngeld mehr bekommen. Die Aussage ist so nicht ganz richtig, also was geplant

ist. ALG-II-Bezieher haben auch zukünftig einen Anspruch auf Elterngeld, allerdings wird die Anrechnungsfreiheit des Elterngeldes bei Bezug von Arbeitslosengeld II aufgehoben, so dass das Elterngeld voll auf das Arbeitslosengeld II angerechnet wird. Das ist in der Summe egal, aber ich wollte es korrekt darstellen.

Zu Frage 1: Im September 2010 gab es in Thüringen 10.793 Bezieher von Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz. Von diesen 10.793 Beziehern erhielten 3.048 Personen 300 € und 567 Personen 375 €. Der letztgenannte Betrag setzt sich zusammen aus dem Mindestbetrag von 300 € und einem Geschwisterbonus in Höhe von 75 €. Die Statistik unterscheidet nicht zwischen ALG-II-Beziehern, Aufstockern oder auch Personen, die Hausfrauen, Studenten oder Minijobber sind. Deswegen lässt sich das nicht nach ALG-II-Beziehern aufgliedern.

Zu Frage 2: Wenn die Kürzung des Elterngeldes tatsächlich eintritt, wie dies vom Bundeskabinett vorgesehen ist, sind insbesondere beim Wohngeld Mehrausgaben zu erwarten. Aufgrund fehlender statistischer Daten sind jetzt allerdings diese Aussagen nicht quantifizierbar. Die Aufhebung der Anrechnungsfreiheit des Elterngeldes im Falle des Bezuges von SGB-II-Leistungen kann dazu führen, dass Familien ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld II verlieren und stattdessen einen Wohngeldanspruch erhalten. Im geringeren Maße wechseln zudem Haushalte wegen der Aufhebung der Anrechnungsfreiheit des Elterngeldes bei Bezug von SGB XII Leistungen in das Wohngeld. Des Weiteren verringert sich durch die Minimierung des Elterngeldes bei bisherigen Wohngeldhaushalten das anrechenbare Einkommen, so dass sich deren Wohngeld erhöhen kann.

Zu Frage 3: Das Kabinett wird seine Position bezüglich der Abstimmung des Sparpakets zur Kürzung des Elterngeldes im Bundesrat in der Kabinettsitzung am 12. Oktober 2010 festlegen.

Zu Frage 4: Mit der Aufhebung der Anrechnungsfreiheit des Elterngeldes wird damit gerechnet, dass den betroffenen Haushalten weniger Einkommen zur Verfügung steht als vorher. Dies ist meines Erachtens sehr bedauerlich, da die Geburt eines Kindes höhere Ausgaben mit sich bringt und diese mit dem Elterngeld teilweise ausgeglichen werden sollten. Mit der vollständigen Anrechnung des Elterngeldes wird daher der finanzielle Engpass, in den auch gerade Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem SGB II mit der Geburt eines Kindes geraten, verschärft. Welche Auswirkungen die Kürzung des Elterngeldes auf die Armutsquote in Thüringen hat, ist nur schwer zu beantworten. Schwierig ist schon die Festlegung eines allgemeingültigen Armutsbegriffs oder einer Armutsquote. Für die europäischen Staaten hat sich der soge-

(Staatssekretär Dr. Schubert)

nannte relative Armutsbegriff etabliert, der eine bestimmte Quote eines mittleren Einkommens als Armutsrisiko definiert. Nach der europäischen Definition gilt als dauerhaft einkommensarm, wer aktuell und mindestens in zwei von drei Vorjahren mit einem Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Einkommensmedians auskommen musste. Aus der Zielstellung mit Sozialtransfer die Armutsrisikoquote aufzufangen bzw. zu senken, kann im Umkehrschluss gefolgt werden, dass das Armutsrisiko ansteigen könnte, soweit Sozialtransfers reduziert werden.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt den Wunsch auf Nachfrage zunächst vom Abgeordneten Blechschmidt.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Herr Staatssekretär, Sie haben gesagt, am 12. wird sich das Kabinett letztendlich mit der Entscheidung befassen, wie die Landesregierung im Bundesrat abstimmen wird. Meine Frage: Gibt es eine Empfehlung Ihres Hauses in dieser Kabinettsvorlage?

Dr. Schubert, Staatssekretär:

Da gibt es noch keine Empfehlung, sondern das wird am 12. dann im Kabinett beschlossen.

Vizepräsident Gentzel:

Die nächste Nachfrage durch den Abgeordneten Kuschel.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Herr Staatssekretär, nach welchen Kriterien will denn die Landesregierung die Entscheidung zum Abstimmungsverhalten treffen?

Dr. Schubert, Staatssekretär:

Natürlich vor allen Dingen wie sich die Auswirkungen dieses Pakets auf den Freistaat Thüringen darstellen, welche finanziellen Auswirkungen dieses Paket auf den Landeshaushalt haben wird und auf die Bevölkerung in Thüringen. Das sind die Kriterien, nach denen entschieden wird.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE:
Eben haben Sie gesagt, Sie kennen die Auswirkungen nicht.)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Staatssekretär. Ich rufe auf die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Bergner von der Fraktion der FDP in der Drucksache 5/1519.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Danke, Herr Präsident.

Anhörung der Verbände und Interessenvereinigungen zum Vergabe- und Mittelstandsförderungs-gesetz

In der Medieninformation zum Entwurf des Thüringer Vergabegesetzes vom 21. September 2010 wurde mitgeteilt, dass ca. acht Monate lang die Beratung und Diskussion - u.a. mit Verbänden und Interessenvereinigungen in Thüringen - stattgefunden habe.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Verbände und Interessenvereinigungen in Thüringen wurden zum Entwurf des Vergabegesetzes angehört bzw. in die Beratung und in die Diskussion mit einbezogen?

2. Welche Verbände und Interessenvereinigungen standen dem Gesetzentwurf ablehnend gegenüber?

3. Wie begründeten die Verbände und Interessenvereinigungen, die dem Gesetzentwurf ablehnend gegenüberstanden, im Einzelnen ihre Position?

4. Wie soll die konkrete Umsetzung der Mittelstandsförderung nach dem zweiten Abschnitt des Vergabegesetzes erfolgen?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie, Herr Staatssekretär Staschewski.

Staschewski, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich beantworte die Mündliche Anfrage des Abgeordneten für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Folgende Verbände und Interessensvereinigungen in Thüringen wurden zum Entwurf des Vergabegesetzes angehört bzw. in die Beratung und in die Diskussion mit einbezogen:

Bauindustrieverband Hessen-Thüringen auch im Namen des Verbandes baugewerklicher Unternehmen Thüringen e.V., Bund der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure e.V. Landesgruppe Thüringen, DB Regio AG Verkehrsbetrieb Thüringen, DGB Thüringen, Erfurter Bahn GmbH, Gemeinde- und Städtebund Thüringen, Handwerkskammer Erfurt für die Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammer Erfurt für die Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern, Landesfrauenrat Thüringen e.V., Landesinnungsverband des Bauhandwerks Thüringen, Neue Richtervereinigung, Thüringer Architektenkammer, Thüringer In-

(Staatssekretär Staschewski)

genieurkammer, Thüringer Landkreistag, Thüringer Richterbund, Thüringer Verwaltungsrichterverein, Transnet Bezirk Thüringen, ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Verband baugewerklicher Unternehmer Thüringen e.V., Verband der Thüringer Wohnungsimmobilienswirtschaft e.V., Verband deutscher Vermessungsingenieure, Landesverband Thüringen.

Zu Frage 2: Es gab Verbände und Interessenvereinigungen, die durchaus auch kritische Anmerkungen zu dem Gesetzentwurf vorgebracht haben, so zum Beispiel der Bauindustrieverband Hessen-Thüringen auch im Namen des Verbandes baugewerklicher Unternehmer Thüringen e.V., die Industrie- und Handelskammer Erfurt für die Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern und andere.

Zu Frage 3: Im Hinblick auf die große Anzahl der eingegangenen Stellungnahmen und ihr teilweise enormer Umfang würde es insbesondere den zeitlichen Rahmen einer Mündlichen Anfrage sprengen auf konkret jede einzelne ablehnende Stellungnahme im Detail einzugehen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich verweise auch auf die umfänglichen Berichterstattungen in den Thüringer Medien dazu.

Zu Frage 4: Die Umsetzung der Mittelstandsförderung nach dem zweiten Abschnitt des Thüringer Vergabe- und Mittelstandsfördergesetzes erfolgt wie bisher für das Mittelstandsfördergesetz durch Richtlinien und Verwaltungsvorschriften maßgeblich im Rahmen von Programmen zur Wirtschaftsförderung.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Besten Dank, Herr Staatssekretär. Nun war Ihre Fähigkeit im schnellen Vorlesen doch beeindruckend, insofern bin ich mir nicht ganz sicher, ob ich alle in der Tat gehört habe. War bei den Verbänden, die Sie aufgezählt haben, der Verband der Wirtschaft Thüringens e.V. dabei?

Staschewski, Staatssekretär:

Ja.

Abgeordneter Bergner, FDP:

War der Verband der Wirtschaft Thüringens e.V. mit dabei?

Staschewski, Staatssekretär:

Nein, der war nicht mit dabei.

Abgeordneter Bergner, FDP:

War der Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft mit dabei?

Staschewski, Staatssekretär:

Nein. Sie wollten wissen, wer die Verbände in Thüringen sind. Es gibt auch noch welche, die außerhalb Thüringens natürlich eingebunden waren. Also auch Verbände, die auch außerhalb Thüringens ihren Sitz haben.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Aber die beiden Verbände, die ich jetzt gerade genannt habe, die hatten sie dementsprechend nicht beteiligt?

Staschewski, Staatssekretär:

Ich sehe das im Moment nicht, nein. Aber ich kann Ihnen das gern nachreichen und die ganzen Verbänden, was auch eine weitaus größere Liste ist, die auch noch eingebunden worden sind, kann ich Ihnen gern zuschicken.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Gut. Und ...

Vizepräsident Gentzel:

Herr Bergner, das waren mittlerweile, wenn man es streng auslegt, drei Fragen. Aber wir drücken mal ein Auge zu. Damit ist Ihr Fragerecht verwirkt. Ich habe noch eine Anfrage durch den Abgeordneten Kuschel.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Herr Staatssekretär, Sie haben darauf verwiesen, dass noch eine Richtlinie erlassen werden soll, ich bin mir sicher, im Rahmen der Beantwortung der Frage 4. Inwieweit sollen denn die Kommunen ermächtigt werden, durch eine eigene Vergabeordnung künftig die gesetzlichen Regelungen aus dem Vergabegesetz den konkreten Bedingungen vor Ort anpassen zu können.

Staschewski, Staatssekretär:

Für uns ist jetzt wichtig, dass wir auf Landesebene klare Regeln schaffen, was die Vergabe anbelangt, und wir wollen natürlich auch, dass entsprechende Vergabekriterien bei kommunalen Aufträgen zur Geltung kommen. Wie das genau aussieht, werden wir dann, wenn wir uns geeinigt haben, auch entsprechend noch berechnen.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt noch eine weitere Nachfrage.

Abgeordneter Recknagel, FDP:

Zum Punkt 3: Wie gesagt, die Vielzahl der ablehnenden Stellungnahmen können Sie hier nicht einzeln aufzählen. Sind Sie in der Lage, uns die ablehnenden Stellungnahmen zuzustellen?

Staschewski, Staatssekretär:

Es sind ja nicht alle ablehnenden Stellungnahmen schriftlich fixiert; es wurden auch viele mündlich vorgetragen. Ich kann im Haus nachprüfen, was wir realistischere dann an schriftlichen Sätzen da haben, die kann man dann selbstverständlich zur Verfügung stellen.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Staatssekretär. Ich rufe auf die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Blechschmidt von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/1520.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Änderungsgesetz der Landesregierung zum Thüringer Ministergesetz - Wie weiter?

In der 11. Sitzung des Ausschusses für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten am 11. Juni 2010 kündigte die Landesregierung im Rahmen der Beratung des Änderungsgesetzes der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thüringer Ministergesetz und des darauf bezogenen Änderungsantrags der Fraktion DIE LINKE an, dass sie im September einen eigenen Gesetzentwurf zur Änderung des Ministergesetzes in den Landtag einbringen werde.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann soll nach Vorstellungen der Landesregierung der angekündigte Gesetzentwurf zum Thüringer Ministergesetz nunmehr in den Landtag eingebracht werden?
2. Warum konnte die Landesregierung ihren im Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten am 11. Juni 2010 angekündigten Zeitplan zur Einbringung eines Änderungsgesetzes zum Ministergesetz nicht einhalten?
3. Für welche anderen Ministergesetze im Bund und in den Ländern sind nach Kenntnis der Landesregierung in den Jahren 2009 und 2010 welche inhaltlichen Änderungen erfolgt oder noch in Beratung?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet die Staatskanzlei, Herr Minister Dr. Schöning.

Dr. Schöning, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Blechschmidt beantwortete ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Der Gesetzentwurf der Landesregierung befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung. Eine Kabinettsbefassung ist noch in diesem Monat vorgesehen. Es ist beabsichtigt, den Entwurf im November im Landtag einzubringen.

Zu Frage 2: Es trifft zu, dass ursprünglich ein anderer Zeitplan ins Auge gefasst war. Dieser Zeitplan sah vor, dass die im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einer ersten Parlamentsbefassung begonnene Diskussion im Zuge der Haushaltsberatung fortgesetzt werden sollte. Wegen der Komplexität des Themas zu untersuchen sind unter anderem die Rechtsverhältnisse früherer, also bereits ausgeschiedener, sowie gegenwärtiger und künftiger Amtsinhaber. Es sind gründliche und auch zeitintensive Untersuchungen, Abstimmungen und Vergleiche erforderlich. Diese gehen über das ursprünglich zugrunde gelegte Zeitraster hinaus. Wir haben uns daran orientiert, dass auch hier Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen sollte.

Meine Damen und Herren, ich will bei dieser Gelegenheit auch in Erinnerung rufen, dass mehrere Redner im ersten Plenardurchgang am 27. Mai darauf hingewiesen haben, dass kein Zeitdruck bestehe, zumal das Gesetz aus Gründen des Bestands- und Vertrauensschutzes erst für künftige Amtsinhaber relevant werden dürfte. Gleichwohl ist die Staatskanzlei bemüht, die noch offenen Punkte so schnell wie möglich abzuarbeiten, damit der von mir dargestellte neue Zeitplan eingehalten wird.

Zu Frage 3: Ich will zunächst darauf hinweisen, dass die Änderungen in den Ministergesetzen des Bundes und in den entsprechenden Gesetzen der Länder außerhalb der Zuständigkeit der Thüringer Landesregierung liegen. Dennoch empfiehlt es sich natürlich, auch zur eigenen Positionsbestimmung über die Landesgrenzen hinaus zu blicken. Die Staatskanzlei hat die Rechtssituation in anderen Bundesländern und beim Bund in eine synoptische Darstellung gebracht. Diese Darstellung würde ich den Fraktionen bzw. dem zuständigen Ausschuss zu gegebener Zeit für die weitere Beratung gern zur Verfügung stellen. Ich danke Ihnen.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Nur eine Nachfrage: Wird dieses Ministergesetz seitens der Landesregierung schon Auswirkungen auf den Haushalt 2011 haben.

Dr. Schöning, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Das ist nicht zu erwarten.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch den Abgeordneten Kuschel.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Herr Minister, wie bewerten Sie - denn es werden ja viele rechtliche Fragen, auch verfassungsrechtliche Fragen aufgeworfen - den Umstand, dass an dem jetzigen Verfahren Menschen mitwirken, die davon betroffen sind, also Minister?

Dr. Schöning, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Ich hatte ja, Herr Kuschel, darauf hingewiesen, dass aller Voraussicht nach diejenigen, die jetzt an dem Gesetzentwurf mitwirken, nicht von dem Gesetz betroffen sein werden.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch den Abgeordneten Kuschel?

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Kann ich also davon ausgehen, dass keiner der Minister, die jetzt dem Kabinett angehören, beabsichtigt, eine weitere Wahlperiode dieses Amt auszuüben?

Dr. Schöning, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Ich sehe nicht, dass irgendein Anlass zu dieser Schlussfolgerung besteht oder von mir gegeben wurde.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Minister. Ich rufe auf die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Untermann von der Fraktion der FDP in der Drucksache 5/1545.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Danke schön, Herr Vorsitzender.

Bauverzögerung beim Jagdbergtunnel bei Jena

Beim Bau des Jagdbergtunnels kommt es wegen Gipsvorkommen zu Bauverzögerungen von sechs bis neun Monaten beim Tunnelausbau.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann und in welcher Form wurde die Landesregierung von diesem Vorgang informiert?

2. Vor Beginn des Tunnelbaus gab es umfangreiche Untersuchungen des Erdreichs: Warum wurde das Gipsvorkommen erst jetzt entdeckt?

3. Wird sich die Bausumme dadurch erhöhen, wenn ja, um wie viel, und wer wird diese zusätzlichen Kosten tragen?

4. Gibt es Erkenntnisse in Bezug auf die Verantwortlichkeit für diese Fehleinschätzung?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Frau Staatssekretärin Dr. Eich-Born.

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Untermann beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Baulastträger für den Jagdbergtunnel ist der Bund. Die erste Information zur Bauzeitverlängerung des Jagdbergtunnels erfolgte Anfang September anlässlich einer Pressekonferenz im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Zu Frage 2: Der Gipsanteil im Gebirge war bekannt. Die Auswirkungen des Gipses im Zusammenhang mit dem anfallenden Bergwasser konnten erst nach dem Auffahren des Tunnels und weitergehender Materialanalysen verbindlich beurteilt werden und damit als Grundlage für die zu ergreifenden Maßnahmen dienen.

Zu Frage 3: Nach jetzigem Kenntnisstand wird sich die Gesamtbausumme wegen Kosteneinsparungen im Vortrieb nicht erhöhen.

Zu Frage 4: Es gab keine Fehleinschätzung.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch den Abgeordneten Untermann.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Genau gesehen hätte ich noch zwei kurze Fragen. Die erste: War die Anzahl der Bohrungen ausreichend und entsprach sie den einschlägigen Normen?

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Ja, soweit mir bekannt, ist das so.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Zweitens: Geologische Karten und Grundgutachten in der Umgebung von Jena gaben schon Hinweise auf zahlreiche Gipsvorkommen. Wieso wurde dieses nicht zum Anlass genommen, dieses rechtzeitig zu berücksichtigen?

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Diese geologischen Gutachten sind berücksichtigt worden. Es ist nur die Reaktion auf den Vortrieb, die war in dieser Form so nicht berechenbar. Aber das müssten Sie eigentlich den Bund fragen.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch den Abgeordneten Bergner.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Danke, Herr Präsident. Frau Staatssekretärin, Sie sprachen davon, dass die Gesamtbausumme sich nicht erhöht. Das heißt also, dass es Einsparungen an einer anderen Stelle gibt. Wie hoch ist die Erhöhung konkret durch diesen Sachverhalt?

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Das rechnet sich pari pari. Durch diese Gipshöhle bei dieser Baumaßnahme ist dieser Vortrieb nicht mehr nötig und damit sparen Sie Geld ein. Das soll in etwa sich ausgleichen. Insofern soll es keine Kostenerhöhung geben.

Abgeordneter Bergner, FDP:

In der Summe. Aber die konkrete Erhöhung durch diesen Sachverhalt ist doch die Frage.

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Darauf kann ich Ihnen keine Antwort geben, weil es eigentlich keine Erhöhung gibt.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Das ist nicht die Frage, die Frage ist die konkrete Erhöhung durch diesen Sachverhalt. Ansonsten hätten wir ja eine Kostenminderung.

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Da wir selber nicht Baulastträger sind, habe ich selbst die Einsicht in diese detaillierten Anlagen nicht. Das müssten Sie dann über die Bundestagsfraktion klären und dann sollten Sie die Fragen auch so detailliert stellen.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Staatssekretärin. Die Stunde, die in der Geschäftsordnung vorgesehen ist für die Fragestunde, ist abgelaufen. Damit schließe ich den Tagesordnungspunkt. Ich danke den jetzt vierzehn Aufrechten, die ihre parlamentarischen Pflichten vor den Empfang gesetzt haben.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Nennen Sie die mal namentlich für das Protokoll!)

Herr Kuschel, irgendwann, aber jetzt sind Sie nicht dran. Ich schließe damit die heutige Tagesordnung. Wir sehen uns morgen wieder.

Ende: 19.24 Uhr